

62. Sitzung

am Dienstag, dem 14. Dezember 2010, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 5269

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Prof. Dr. Armin Weiß** 5269

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Georg Eisenreich** 5269

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung der Bayerischen Bauordnung Einbau von Rauchwarnmeldern (Drs. 16/6410)

- Erste Lesung -

Angelika Schorer (CSU)..... 5269
Thorsten Glauber (FW)..... 5269
Christine Kamm (GRÜNE)..... 5270 5272 5273
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5270
Bernhard Roos (SPD)..... 5271 5273
Staatssekretär Gerhard Eck..... 5271 5272 5273

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 5273

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan-ger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

**zur Änderung des Bayerischen Hochschulge-
setzes (Drs. 16/6447)**

- Erste Lesung -

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW)..... 5273
Oliver Jörg (CSU)..... 5275 5276
Isabell Zacharias (SPD)..... 5276 5277
Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5277
Dr. Annette Bulfon (FDP)..... 5278
Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5279

Verweisung in den Hochschulausschuss..... 5279

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan-ger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)

**zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern - Klimaschutz und Erneuerbare Energi-
en in der Bayerischen Verfassung verankern!**

(Drs. 16/6448)

- Erste Lesung -

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5279
Jürgen W. Heike (CSU)..... 5280
Ludwig Wörner (SPD)..... 5281
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5281
Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 5282
Florian Streibl (FW)..... 5282
Staatssekretärin Melanie Huml..... 5283

Verweisung in den Verfassungsausschuss..... 5284

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bau-se, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**zur Änderung des Bayerischen Mediengeset-
zes (Drs. 16/6668)**

- Erste Lesung -

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5284 5287 5292
Eberhard Sinner (CSU)..... 5285 5287 5289
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 5288 5290
Christine Stahl (GRÜNE)..... 5290
Prof. Dr. Michael Piazolo (FW)..... 5290
Tobias Thalhammer (FDP)..... 5291 5292 5293
Hans Joachim Werner (SPD)..... 5292

Verweisung in den Hochschulausschuss..... 5293

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Beschluss..... 5293

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften und der Verordnung über Aufgaben der Großen Kreisstädte (Drs. 16/5479)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 16/6681)

Beschluss..... 5293

Schlussabstimmung..... 5293

Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 16/5283)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses
(Drs. 16/6693)

Eberhard Sinner (CSU)..... 5294

Dr. Christoph Rabenstein (SPD)..... 5295

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW)..... 5295

Ulrike Gote (GRÜNE)..... 5295

Julika Sandt (FDP)..... 5296

Staatsminister Siegfried Schneider..... 5297

Beschluss..... 5297

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG)

(Drs. 16/5873)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 16/6686)

Martin Bachhuber (CSU)..... 5297

Florian Ritter (SPD)..... 5299 5305 5306

Florian Streibl (FW)..... 5300 5301

Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 5302 5306

Julika Sandt (FDP)..... 5303

Staatsminister Siegfried Schneider..... 5307

Beschluss..... 5308

Namentliche Schlussabstimmung..... 5309

Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung (s. a. Anlage 2) 5310

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/5130)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 16/6692)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW)..... 5309 5313

Berthold Rüth (CSU)..... 5310

Karin Pranghofer (SPD)..... 5311

Simone Tolle (GRÜNE)..... 5311

Renate Will (FDP)..... 5312 5313

Beschluss siehe Plenarprotokoll 16/63 vom 15. Dezember 2010..... 5313

Schluss der Sitzung..... 5314

(Beginn: 14.02 Uhr)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 62. Vollsitzung des Bayerischen Landtags eröffnen. Wie immer haben Presse, Funk und Fernsehen -

(Unruhe)

darf ich um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten? - sowie Fotografen um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben, um eines ehemaligen Kollegen zu gedenken. -

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 7. Dezember 2010 verstarb der ehemalige Abgeordnete Professor Dr. Armin Weiß im Alter von 83 Jahren. Er war von 1986 bis 1990 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN den Wahlkreis Oberpfalz. Professor Dr. Weiß war Professor der Chemie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und engagierte sich besonders im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Er war außerdem Mitglied zweier Untersuchungsausschüsse und der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten im Mai 1994.

Der Bayerische Landtag wird dem verstorbenen Kollegen ein ehrendes Gedenken bewahren. - Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich bedanke mich dafür.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten darf ich noch einen Geburtstagsglückwunsch aussprechen; der Kollege ist aber, glaube ich, nicht im Raum. Herr Kollege Georg Eisenreich konnte am 6. Dezember einen runden Geburtstag feiern. Ich bitte, ihm die Glückwünsche des Hohen Hauses auszurichten.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Der Tagesordnungspunkt 1 "**Ministerin- oder Ministerbefragung**" entfällt, nachdem die Fraktion der CSU auf ihr Vorschlagsrecht verzichtet hat.

Wie im Ältestenrat vereinbart, rufe ich dann den Tagesordnungspunkt 3 a auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung der Bayerischen Bauordnung Einbau von Rauchwarnmeldern (Drs. 16/6410)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. - Herr Kollege Roos wollte das tun; er ist aber nicht da. Damit entfällt die Begründung.

Dann darf ich als nächsten Redner den Kollegen Schorer

(Zurufe von der CSU: Kollegin Schorer!)

- die Kollegin Schorer - - Entschuldigung. Ich war gerade so sehr mit der Abwesenheit des Kollegen beschäftigt. - Frau Kollegin Schorer, dadurch kommen Sie zur ersten Wortmeldung. - Frau Angelika Schorer hat das Wort. Bitte schön.

Angelika Schorer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, ich bin nach wie vor eine Frau. - Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion fordert, dass Rauchwarnmelder in Wohnungen angebracht werden sollen. Für Neubauten soll das vorgeschrieben werden.

Ich möchte heute nicht intensiv in die Diskussion einsteigen. Ich meine, es ist notwendig, eine ausführliche Diskussion im federführenden Ausschuss zu führen. Das Thema ist aus meiner Sicht sehr wichtig. Wir haben es in den vergangenen Jahren immer wieder aufgegriffen und behandelt.

In der Diskussion im federführenden Ausschuss wird neben vielen anderen Fragen sicher auch von Bedeutung sein, wie kontrolliert werden kann, ob Rauchwarnmelder angebracht worden sind und wie es, abgesehen von Privatwohnungen, in anderen Bereichen ausschaut. Im Moment wird über die baulichen Anforderungen an Alten- und Pflegeheime diskutiert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesen Themen befassen wir uns in vielerlei Hinsicht. Ich bitte darum,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

die ausführliche Diskussion im federführenden Ausschuss zu führen. Nach der Beratung werden wir zu Beschlüssen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nächster Redner ist Kollege Glauber. Ihm folgt Frau Kollegin Kamm.

Thorsten Glauber (FW): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leider haben wir die Begründung zum Gesetzentwurf nicht gehört. Ich pflichte Frau Kollegin Schorer bei, dass wir den Gesetzent-

wurf im Ausschuss - ich gehe davon aus, dass der Gesetzentwurf in den Wirtschaftsausschuss verwiesen wird - ausführlich behandeln werden.

Unsere Feuerwehren im Ehrenamt und die Berufsfeuerwehren leisten hervorragende Dienste. Es ist immer gut, wenn wir diese Arbeit unterstützen können. Eventuell ist es mit der Einführung einer Installationspflicht für Brandmeldeanlagen möglich, unterstützend zu wirken.

Der Gesetzentwurf zielt auf Neubauten ab. Man muss fragen, warum die Installationspflicht nur für Neubauten gelten soll. Die in Neubauten verwendeten Baustoffe unterliegen ohnehin strengen Prüfungen. Es kommt auf die in einem Gebäude vorhandenen Brandklassen an. Wenn wir überwachen, haben wir das Problem der Brandklassen immer noch. Wie gesagt: Neue Gebäude unterliegen ohnehin schon strengeren Einstufungen.

Was ist mit dem Geschosswohnungsbau? Was ist mit Altbauten? Auch dort treten die Probleme auf. Diese Fragen werden in Ihrem Gesetzentwurf nicht beantwortet. Ich sehe erheblichen Klärungsbedarf im Ausschuss.

Die Frage wurde aufgeworfen, wie kontrolliert werden soll. Wer soll kontrollieren? Wenn kontrolliert wird, ist die Frage offen, wie sich künftig die Versicherungen in Brandfällen verhalten, wenn keine Brandmelder installiert wurden. Auch das muss unbedingt im Ausschuss geklärt werden.

Der Antrag hat einen guten Ansatz; aber ich denke, so wie er momentan auf dem Tisch liegt, ist er sehr schwer umsetzbar. Von daher besteht viel Beratungsbedarf im Ausschuss.

Ich möchte noch Folgendes zu bedenken geben: Bei uns im Landkreis Forchheim übersendet der Landkreis jeder Familie, die ein Kind bekommt, mit den Glückwünschen einen Brandmelder. Das ist auch eine Möglichkeit, dem Thema vorausgehend Rechnung zu tragen. Ich denke, andere Landkreise können nachfolgen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege Glauber. Nun erhält Frau Kollegin Kamm das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir haben uns mit der Thematik der Verpflichtung, Brandmelder sowohl in Schlafräumen als auch in Fluchräumen zu installieren, bereits in der letzten Legislaturperiode befasst. Damals haben wir uns noch nicht für eine Verpflichtung entschieden. Wir haben auf den Erfolg der Aufklärungskampagne des Innenministers gehofft. Aber jetzt müssen wir feststellen: Einige Jahre sind ins Land gezogen, aber an der Zahl der Brandopfer hat sich nicht viel geändert. Leider sind in Bayern ungefähr 50 Brandopfer pro Jahr zu beklagen. Der größere Teil stirbt nicht in den Flammen, sondern erstickt im Rauch. Man muss wissen: Bereits drei Atemzüge hochgiftigen Brandrauchs können tödlich sein. Die Opfer werden im Schlaf bewusstlos und ersticken dann. Das Einatmen einer einzigen Lungenfüllung mit Brandrauch kann schon tödlich sein. Daher wären die Rauchmelder nicht nur in den Wohnungen die besten Lebensretter, sondern auch in den Einrichtungen hilfreich, um Menschen im Brandfall zum Beispiel im Schlaf nachts frühzeitig zu warnen. Bedauerlicherweise sind erst vor einigen Tagen in einem Altenheim in Würzburg drei Bewohnerinnen am Rauch erstickt. Dort waren zwar Brandmelder installiert, aber leider nicht an allen dafür erforderlichen Orten.

Ein Viertel der Brandopfer ist in Einrichtungen zu beklagen, drei Viertel in Privatwohnungen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Glauber beipflichten: Es nützt nicht viel, Rauchmelder bloß in Neubauten zu installieren. In Altbauten bestehen die größeren Brandrisiken. Es genügt auch nicht, nur in Privatwohnungen Brandmelder zu installieren, Brandmelder müssen auch in Einrichtungen installiert werden.

Ich denke, wir sollten in der Diskussion hierüber weiter kommen als in der letzten Legislaturperiode. Auch muss ich hinzufügen, dass das Kontrollproblem in sieben anderen Bundesländern schon gelöst ist, wo bereits eine Verpflichtung zur Installation von Brandmeldern besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Frau Kollegin. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Fischer.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Brandtote sind Rauchtote. Täglich verunglücken in Deutschland durchschnittlich zwei Menschen durch ein Feuer tödlich. Das macht rund 800 jedes Jahr. Die Mehrheit stirbt an einer Rauchvergiftung, zwei Drittel werden nachts im Schlaf überrascht. Deswegen ist die Initiative der SPD im Grundsatz durchaus zu begrüßen. Sie fasst ein Problem an, das wichtig ist.

Die FDP hat auf meine Initiative hin einen inhaltlich sehr ähnlichen Antrag diskutiert. Ich sage ganz offen: Ich persönlich habe große Sympathie für diesen Antrag. Ich sage auch: Die FDP ist als Fraktion natürlich gegenüber jeder Form der Vorschrift und des Bürokratieaufbaus misstrauisch. Deswegen diskutieren wir das sehr intensiv.

Die Feuerwehren fordern die Pflicht, Rauchwarnmelder zu installieren. In fünf Bundesländern besteht eine Pflicht, die auch für die Bestandsbauten gilt, die also wesentlich weiter geht. Insofern möchte ich den Vorrednern ausdrücklich zustimmen. Wenn wir etwas machen, müssen wir uns sehr wohl überlegen, ob wir es auf Neubauten beschränken oder auch die Bestandsbauten einschließen. Lediglich in Thüringen und im Saarland liegt ein Gesetz vor, das in die Richtung Ihres Antrags geht.

Als Fazit möchte ich sagen: Es ist wichtig, das Thema zu diskutieren; es ist wichtig, intensiv darüber zu beraten. Es wird spannende Beratungen in allen Fraktionen und in den Ausschüssen geben, und zwar nicht nur im Wirtschaftsausschuss, sondern auch im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der als der für die Feuerwehren zuständige Ausschuss meiner Meinung nach im Zuge der Mitberatung ebenfalls mit dem Antrag befasst werden sollte.

Ich für meine Person sage: Ich werde diesem Antrag zustimmen, und ich werde auch meinen Einfluss geltend machen, um meine Fraktion davon zu überzeugen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt folgt Herr Kollege Roos.

Bernhard Roos (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich mich förmlich für mein Zuspätkommen entschuldigen. Das lag nicht an einer Rauchentwicklung im Landtag, sondern an einer Besprechung. Ich bitte um Verzeihung.

Umso mehr freut es mich, dass trotz der entfallenen fünf Minuten flammenden Begründens die anderen Fraktionen dem Gesetzentwurf generell zustimmen wollen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Begründung ist entfallen, jetzt sind wir in der Aussprache!)

- Die Begründung ist entfallen. Aber dennoch, werter Kollege Thalhammer: Es freut mich, dass dieser Antrag grundsätzlich auf fruchtbaren Boden fällt.

Wir wollen mehr Sicherheit für die Bevölkerung, vor allem mehr Sicherheit für die besonders Schutzbedürftigen, für die Kinder. Die Zahlen der Statistik sind von meinen Vorrednern bereits genannt worden. Dass andere Bundesländer diesbezüglich schon weiter sind, ist darauf zurückzuführen, dass die früheren Bemühungen der SPD-Fraktion in den vergangenen Legislaturperioden hier nicht aufgenommen wurden und dass fadenscheinige Begründungen in den Vordergrund geschoben wurden, etwa die, es bestünden versicherungsrechtliche Probleme, weswegen diese wertvollen Initiativen buchstäblich im Sand verliefen.

Versicherungsrechtliche Gründe liegen allerdings nicht vor. Es gibt keine Bedenken, die es wert wären, diesen Gesetzentwurf zu torpedieren. Die Rücksprache mit Versicherungsunternehmen hat ergeben, dass Rauchmelder ausschließlich zum Schutz von Personen installiert werden. Es geht nicht etwa darum, im Falle eines Brandes eine erhöhte Schadenssumme zu beklagen, wenn ein Rauchmelder nicht funktioniert, sondern es geht schlicht und einfach immer darum, möglichst viele Menschen zu retten. Wie gesagt: Eine volle Lungendosis Rauch ist, insbesondere wenn sich noch zusätzliche Schadstoffe darin befinden, oftmals schon tödlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, andere Bundesländer machen es vor; wir sollten es nachmachen. Die Freiwilligen Feuerwehren vor Ort haben uns regelrecht bedrängt, doch endlich etwas zu tun. Auch mein Vorgänger im Amt, Kollege Jürgen Dupper, nunmehr Oberbürgermeister in Passau, hat dies ganz oben auf seine Agenda gesetzt, neben der Forderung, dass die Feuerweherschulen besser finanziert werden müssten und derlei Dinge mehr.

Insofern möchte ich an Sie alle appellieren. Ich betone noch einmal: Mich freut es außerordentlich, dass alle mitziehen wollen. Selbstverständlich sind wir bereit, im Laufe der weiteren Beratungen an dem einen oder anderen Punkt noch ein bisschen zu feilen, Hauptsache, es kommt etwas für die Menschen dabei heraus, damit wir nicht mehr wie weiland in Würzburg Todesopfer beklagen müssen, sondern früher an den Brandherd kommen, und damit auch jene, die in den helfenden Berufen tätig sind, geschützt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Kollege Roos. Zum Abschluss dieser Ersten Lesung hat nun Herr Staatssekretär Eck das Wort.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, bei diesem Thema brauchen wir keine politischen Zwistigkeiten auszutragen. Es ist mir

allerdings wichtig, einige Dinge an dieser Stelle klarzustellen. Liebe Frau Kollegin Kamm, Sie haben zum Ausdruck gebracht, dass diese drei Todesopfer in Würzburg aufgrund der fehlenden Brandmelder zu beklagen seien. Da wissen Sie mehr als die untersuchenden Beamten vor Ort. Ich war vor Ort und habe mich kundig gemacht und habe gleichzeitig als Unterfranke natürlich auch die Betroffenheit der gesamten Staatsregierung sowie der Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Hause zum Ausdruck gebracht.

Ich kann Ihnen an dieser Stelle sagen, dass alle Brandschutzeinrichtungen, die vorhanden waren, gut funktioniert haben. Das ist mir zumindest vor Ort so mitgeteilt worden. Die Brandopfer - außer der Dame, die in ihrem Zimmer verbrannt ist - sind nicht in ihren Zimmern durch Rauchvergiftung umgekommen, sondern sie haben sich auf den Fluren oder sonst wo aufgehalten. Da wäre ihr Tod mit Rauchmeldern in ihren Zimmern auch nicht zu verhindern gewesen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kamm?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Ja, bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatssekretär Eck, kann es sein, dass Sie mir nicht genau zugehört haben?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Nein, das kann nicht sein.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Einen Moment bitte, zunächst die Zwischenfrage!

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ich habe gesagt, dass beim Brand im Altersheim in Würzburg drei Todesopfer zu beklagen gewesen waren und dass dort zwar Brandmelder installiert gewesen waren, aber leider nicht in ausreichender Anzahl.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Jetzt, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Sie haben gesagt, sie waren nicht an der Stelle, wo sie hätten sein müssen. Ich habe da ganz genau zugehört. Sie können das im Protokoll nachlesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Roos, Sie haben eine sehr wagemutige Aussage bezüglich der Versicherungen gemacht. Mir ist durchaus ein Stück weit unklar, wie sich Versicherungen einerseits darauf verlassen, dass in der Bayerischen Bauordnung oder

wo auch immer geregelt ist, dass Brandmelder eingebaut werden sollen, aber andererseits eventuell ein ganzes Jahrzehnt lang darauf vertrauen, dass diese Brandmelder auch funktionieren. Solche Brandmelder müssen regelmäßig geprüft werden, wie jeder Fahrzeugfahrer, der ein Fahrzeug fährt, eine entsprechende Versicherung vorlegen und das Fahrzeug kontinuierlich durch den TÜV prüfen lassen muss.

Damit bin ich da angelangt, wo es um Bürokratie geht. Wir müssen uns sehr genau überlegen, wie weit dieser Bürokratieakt der Überprüfung zu vollziehen ist.

Es gibt inzwischen neun Bundesländer, in denen Brandmelder vorgeschrieben sind, aber sie werden in diesen neun Ländern nicht kontrolliert. Bei Stichproben ist es schon sehr oft vorgekommen, dass nicht alle funktionsfähig waren.

Wenn sich die Bürgerinnen und Bürger schlicht und ergreifend in der Sicherheit wiegen, dass ein Brandmelder vorhanden ist, aber gleichzeitig die Sicherheit wegen fehlender Kontrolle nicht gewährleistet ist, dann ist das schon ein sehr wagemutiger Weg, der da gegangen wird.

(Zurufe von der SPD)

Zugegebenermaßen müssen wir dieses Thema also sehr intensiv diskutieren und in den Ausschüssen ausführlich beraten.

Abschließend möchte ich aber auch feststellen, dass aus bayerischer Sicht unheimlich viel getan wird, um eine möglichst hohe Sicherheit zu erlangen. Es gibt diese Broschüre, die immer wieder neu aufgelegt wird. In allen Kommunen wird dafür geworben, die Sicherheit zu beachten. Und auch bei allen Feuerwehren wird darüber geredet. Und das ist auch der letzte Punkt, der uns möglicherweise ein Stück weit unterscheidet, Frau Kamm und Herr Roos. Ich bin aktiv bei der Feuerwehr und mache heute noch Dienst. Deshalb kann ich sehr wohl mitreden, wie unterschiedlich Bürger, die bei Brandeinsätzen dabei sind, auf das Stichwort Brandmelder reagieren. Auch der Rest der Bevölkerung ist häufig sehr unsicher in der Frage, welches der richtige Weg ist.

Aus diesem Grunde bitte ich alle von mir vorgetragenen Argumente im Ausschuss intensiv zu diskutieren. Dann werden wir sicherlich in der Zweiten Lesung sagen können, ob wir über eine Verpflichtung reden müssen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ein Moment, Herr Staatssekretär. Es gibt noch eine Zwischenbe-

merkung der Abgeordneten Kamm. Bitte sehr, Frau Kamm!

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatssekretär, wenn Sie schon bei der Feuerwehr sind, möchte ich Sie fragen: Wie erklären Sie sich, dass die Feuerwehren seit Jahren die Verpflichtung zur Installation von Brandmeldern fordern?

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Diese Frage kann ich Ihnen beantworten. In allen Berufsgruppen gibt es natürlich unterschiedliche Auffassungen und Forderungen. So gibt es auch bei der Feuerwehr selbstverständlich Gruppierungen, die Brandmelder fordern, und es gibt andere, die sagen, diese seien nicht notwendig. Es gibt also Kollegen, die meinen, man brauche solche Brandmelder, und andere wiederum sagen, man müsse vorsichtig sein, die Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit zu wiegen, sie seien per se schon geschützt, wenn sie einen solchen Brandmelder haben. Denn sie glauben, sie könnten davon ausgehen, dass dann in Zukunft nichts mehr passiert. Das muss man abwägen.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatssekretär, bleiben Sie noch einen Moment. Sie haben mit Ihren Ausführungen noch eine Zwischenfrage provoziert. Herr Roos bitte.

Bernhard Roos (SPD): Herr Staatssekretär Eck, ich danke einerseits für Ihre grundsätzlich positive Haltung. Andererseits habe ich aber folgende Frage: Teilen Sie meine Ansicht, dass die Kostenfrage nicht ausschlaggebend sein darf? Es gibt doch auch Bedenken dergestalt, dass der Brandschutzmelder zu viel koste und die Mieten dadurch in die Höhe getrieben würden. Und auf die Eigenheimbesitzer kämen erhebliche Mehrkosten zu. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass das nicht den Ausschlag geben darf, da es genau gesehen im Endeffekt nur um Pfennigbeträge geht?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die versicherungsrechtlichen Bestimmungen. Natürlich muss man eine möglichst niederschwellige Kontrolle der Brandmelder vorsehen. Soweit ich weiß, geben die Brandmelder einen Summton von sich, wenn die Batterien zur Neige gehen.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Nicht alle!

Bernhard Roos (SPD): Damit werden die Bewohner doch aufgerüttelt und merken, dass es Zeit wird, die Batterien zu wechseln.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Herr Kollege Roos, ich bin mit Ihnen einig, dass die

Kosten nicht das Entscheidungskriterium sein dürfen. Aber ich bin nicht ganz sicher, ob es sich nur um Pfennigbeträge handelt. Ich habe bei mir in der Wohnung fünf verschiedene Geräte ausprobiert. Es gibt da ganz gute und tolle, die aber auch sehr teuer sind. Aber auch selbst unter den guten sind welche, die nicht summen, wenn die Batterie leer ist. Es gibt jedoch auch günstige Geräte, wo es funktioniert. In meiner Familie leben kleine Kinder und ältere Menschen, deshalb war es für mich persönlich ganz wichtig, zu sehen, wie man mit den Dingen umgehen kann. Genau die Erfahrungen, die ich da gemacht habe, sind das Fundament, auf dem ich diskutiere. Wir können mit dieser Verpflichtung allein keine Sicherheit gewährleisten. Mit der Verpflichtung, einen Brandmelder einzubauen, muss gewährleistet sein, dass im Rauchfalle der Alarm losgeht. Das ist für mich der Grund zu sagen, dass wir ganz intensiv diskutieren müssen.

Im Übrigen bin ich auch Ihrer Meinung, dass man dann, wenn man nur ein einziges Menschenleben damit retten kann, die Kosten nicht in den Vordergrund rücken darf. Aber über die Absicht, dem Bürger das Sicherheitsgefühl einfach so ungemindert zu geben, müssen wir zunächst noch diskutieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Alles Weitere wird nun in den von allen gewünschten Ausschussberatungen erörtert werden. Der Gesetzentwurf soll dementsprechend federführend dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie überwiesen werden. Das schlage ich Ihnen hiermit vor. - Damit besteht Einverständnis. Das ist dann dorthin so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3 b:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)
zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes (Drs. 16/6447)
- Erste Lesung -**

Dieser Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Dazu erteile ich Herrn Professor Dr. Piazzolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir wollen uns bei diesem Gesetzentwurf über die Mitbestimmung von Studierenden unterhalten. Es gibt da nämlich etwas über das hinaus, was bisher im Gesetz steht. Studierende sind wichtig für die Gesellschaft. Wichtig ist auch, welches Bild wir uns von Studierenden machen, wie wir Stu-

dierende ausbilden wollen und wie wir sie in der Gesellschaft sehen.

Studenten prägen die Gesellschaft. Wenn Sie ein wenig in die Literatur schauen, werden Sie viele Beispiele finden, wie stark die Studierenden die Gesellschaft prägen. Denken Sie an Heinrich Manns Roman "Der Untertan", der im Grunde die wilhelminische Zeit abbildet. Oder wenn Sie etwas Peppigeres haben wollen: Denken Sie an Jerome David Salinger "Der Fänger im Roggen".

(Zurufe von der CSU)

Denken Sie an die Beat-Generation.

(Zuruf von der CSU)

Das ist alles schon etwas älter, natürlich! Aber gerade jetzt könnte man sich diese Bücher als Weihnachtslektüre wieder einmal zu Gemüte führen. Möglicherweise hat der eine oder andere Autor sein Studium abgebrochen und ist als Tramp durch die USA gereist. Insofern hatten sie nicht immer nur Vorbildfunktion, aber wir sollten uns gewiss sein: So wie wir Studierende erziehen, so, wie wir sie haben wollen, prägen sie sehr stark unsere Gesellschaft. Sie sind die kommenden Eliten einer jeden Gesellschaft.

An den Universitäten und den anderen Hochschulen haben wir inzwischen die Lehre umgestellt. Lehre bedeutet nicht mehr nur Vermittlung von ganz bestimmten Inhalten, sondern es geht inzwischen auch um Kompetenzen. Mit welchen Kompetenzen soll ein Studierender aus seiner Studienzeit kommen? Ich glaube, zu den wichtigsten Eigenschaften gehören die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, und Selbstbestimmung. Wie kann man das besser lernen, als im Rahmen der Hochschule die Gelegenheit zu bekommen, selbst Verantwortung zu übernehmen? Genau diese Möglichkeit eröffnet unser Gesetzentwurf. Ich glaube, dass Studierende schon seit Langem reif dazu sind. Sie sind reif dazu, mitzubestimmen, Teil der Hochschule zu sein. Ich glaube, die Demonstrationen im letzten Jahr haben gezeigt, dass Studierende verantwortlich handeln können. Letztes Jahr standen nicht die Proteste im Vordergrund, sondern Lösungen. Die Demonstrationen waren lösungsorientiert. Es ist schade, dass der zuständige Minister nicht da ist; ich wollte ihn nämlich loben. Ich glaube, Herr Heubisch hat das begriffen. Er hat das zumindest gesagt. Ich glaube, es war nicht nur Taktik, als er sagte, die Studierenden haben durchaus Lob verdient. Er hat diese Proteste ernst genommen.

Bei den Diskussionen zur verfassten Studierendenschaft, die wir jetzt schon ein paar Mal hatten, hat sich teilweise hier im Haus und besonders stark aufseiten

der Regierungskoalition ein tiefes Misstrauen gegenüber Studierenden gezeigt. Hierfür wurden Beispiele genannt. Dass in den 70er-Jahren in der verfassten Studierendenschaft einmal Geld veruntreut worden ist, wird noch heute als Beispiel dafür angeführt, dass ein solches System nicht sinnvoll ist. Ich glaube, wir sollten davon Abstand nehmen und in aller Offenheit über Modelle sprechen, wie Studierende besser in die Hochschule integriert werden können.

Wir haben deswegen einen Gesetzentwurf vorgelegt, einen - so möchte ich das nennen - bayerischen Weg. Wir machen das etwas anders als andere Bundesländer. Wir haben das "Integrierte Studierendenschaft" genannt. Im Zentrum steht dabei aber, dass die Studierenden eine Teilkörperschaft statt nur bloße Adressaten sind. Das heißt, sie sollen Teil der Hochschule sein, sie sollen mitmachen können. Wir planen eine Mitmachhochschule statt einer bloßen Zuhörerschaft - nicht zuschauen, sondern mitmachen. Wir planen aber auch ganz eindeutig - das ist vielleicht auch eine Abgrenzung zur verfassten Studierendenschaft - Freiwilligkeit statt Zwang. Insofern verbinden sich verschiedene Elemente.

Ich glaube, es ist überfällig, die Studierenden stärker einzubinden. Sehen wir uns die Entwicklung der letzten Jahre an: Einiges an unseren Hochschulen hat sich verändert. Wir haben den Hochschulen mehr Autonomie gegeben. Wir haben auch wirtschaftlichen Sachverstand in die Gremien hineingenommen. Nur bei der Studierendenschaft haben wir in den letzten Jahren überhaupt nichts geändert. Die Studenten sollen weiter weitgehend draußen bleiben. Sie sind natürlich in einigen Gremien vertreten, aber nicht als Teilkörperschaft der Hochschulen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Dazu kommt - dadurch hat sich in den letzten Jahren schon einiges geändert -, dass die Studierenden ihre Ausbildung sogar selber zahlen dürfen. Das heißt, wir haben Studienbeiträge. Wir nehmen also auf der einen Seite, bei der Finanzierung, die Studierenden mit an Bord - wir als Opposition lehnen das ab; aber so ist die Gesetzeslage -, auf der anderen Seite bekommen sie aber nicht mehr Selbstbestimmung. Wir nennen das übrigens auch nicht Studiengebühren, sondern Studienbeiträge. Das heißt, sie sollen zu den Finanzen beitragen; gleichzeitig dürfen sie aber kaum zur Mitbestimmung an der Hochschule beitragen. Ich glaube, das widerspricht sich elementar. Allein deshalb wollen wir, dass die Studierenden ein Teil der Hochschule sind, und zwar ein rechtlich verfasster Teil.

Ich sage noch einmal: Unsere "Integrierte Studierendenschaft" sieht keine verfasste Studentenschaft, keine Zwangsmitgliedschaft über die gesamte Dauer des Studiums vor. Es soll eine Opt-out-Möglichkeit geben, und zwar möglichst schnell. Unser Modell sieht zusätzlich vor - das ist ganz wichtig -, dass auch Finanzhoheit gewährleistet ist. Diese wollen wir - darüber kann man diskutieren - an die Wahlbeteiligung binden. Wir wollen also, dass die Studierenden, wenn sie viele ihrer Kollegen von der Qualität ihrer Arbeit überzeugen und an die Wahlurnen bringen können, auch mehr Geld erhalten. Das sind Überlegungen, die man darüber hinaus sogar für Parlamente anstellen kann. Es gibt ja die Überlegung, das eine oder andere an die Wahlbeteiligung zu binden. Das würde uns vielleicht dazu animieren, bei den Bürgern noch mehr zu werben. Wir wollen einen solchen kleinen Versuch bei den Studierenden starten. Sie sollen einwerben; sie sollen für ihre Arbeit werben. Wir wollen eine Kopplung an die Wahlbeteiligung, gleichzeitig aber auch eine Erhöhung der Transparenz. Höhere Stimmbeteiligung, Teilkörperschaft der Universität, Finanzhoheit - all das soll die Studierendenschaft zu einem Teil der Hochschule machen. Das soll die Hochschulen zu Mitmach-Hochschulen weiterentwickeln.

Ich freue mich auf die gemeinsame Diskussion.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Jörg.

Oliver Jörg (CSU): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo, zunächst einmal bin ich dankbar dafür, dass wir in diesem Hohen Hause einmal mehr darüber diskutieren können, wie wir in der Zukunft studentische Mitwirkungsrechte gestalten, und dass wir darüber diskutieren, wie wir Weiterentwicklungen voranbringen. Insofern bin ich auch für Ihre Vorschläge durchaus dankbar, die wir uns heute genauer ansehen, Kolleginnen und Kollegen. Von dem, was Sie vorschlagen, klingt zunächst einiges ganz charmant.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Was Sie sagen, auch!)

Greifen wir eine Fragestellung heraus. In diesem Hohen Hause finden wir für verfasste Studentenschaften keine Mehrheit. Sie wissen genau, dass auch ich persönlich mich mit Zwangsmitgliedschaften an den bayerischen Hochschulen schwer tue. Inwiefern gelingt es uns, einen Lösungsweg aufzuzeigen, der gangbar wäre?

Sie schlagen zum einen vor, keine Zwangsbeiträge zu erheben. Das bezieht sich auf die Diskussion, die wir

hier und im Ausschuss geführt haben. Zum anderen schlagen Sie vor, keine Pflichtmitgliedschaft zugrunde zu legen. In einem kleinen Nebensatz erwähnen Sie aber, dass Sie das für das erste Semester schon wollen. Ich frage mich daher: Wo bleibt die Konsequenz in der Darstellung und in der Erläuterung für die Studierenden? Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Warum Pflichtmitgliedschaft?

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist erst die Erste Lesung, das können wir verbessern!)

Warum für im Schnitt ein Achtel der Studienzeit, für sieben Achtel des Studiums jedoch nicht? Darüber müssen wir diskutieren. Das ist heute die Erste Lesung. Im Ausschuss werden wir hierfür noch viel Zeit haben. Über diesen Punkt wird man sich trefflich streiten können.

Zum Studierendenparlament. Die Frage ist - darauf sind Sie leider nicht näher eingegangen -: Welche Kompetenzen verbinden Sie damit? Wie soll ein solches Gremium aussehen? Worin steckt der Mehrwert und der Gewinn für diejenigen, die sich hochschulpolitisch einbringen wollen? In der Tat ist unumstritten: Hochschulpolitisches Engagement, das Sich-Einsetzen für die Belange der Studierenden ist unersetzlich und wahnsinnig wichtig. Als ehemaliger RCDS-Landesvorsitzender weiß ich, wovon ich spreche und wie wichtig es war, dass wir die Möglichkeit hatten, uns einzubringen, und das im Übrigen auch gemacht haben. Ich wehre mich gegen Vorträge, die suggerieren, es gäbe keine oder kaum eine Möglichkeit, sich einzubringen. Die Studierenden haben zum Beispiel die Möglichkeiten über den studentischen Konvent, über den Sprecherrat. Sie sind in alle Hochschulgremien eingebunden, zum Beispiel und natürlich auch in den Senat.

Ich komme auf einen Vorschlag zu sprechen, der nicht schlecht ist. Sie sagen: Vielleicht sollten wir einen zusätzlichen studentischen Vertreter in den Senat entsenden. Wir haben schon einmal darüber diskutiert, dass dies verfassungsrechtlich problematisch ist, weil wir die Mehrheit der Professoren wahren müssen. Darauf gehen Sie ein. Das finde ich gut. Sie sagen: Dann erhöhen wir auch die Anzahl der Sitze der Professoren um einen Sitz. Darüber kann man diskutieren.

Keine Antwort geben Sie aber auf die Frage, wie wir mit der sich dadurch automatisch ergebenden Unterrepräsentation durch die zwei Vertreter des Mittelbaus umgehen sollen. Dieses Problem geht natürlich darüber hinaus, weil sich diese Unterrepräsentation im Hochschulrat widerspiegelt. Wie sollen wir dort die paritätische Besetzung - einerseits hochschulintern, an-

dererseits hochschulextern - regeln? Ich signalisiere: Hier gibt es wirklich gute Ideen, über die es Spaß macht, zu diskutieren. Bei vielen Punkten sehe ich jedoch - wie sie jetzt eingebracht worden sind - noch erheblichen Klärungsbedarf.

Zur finanziellen Ausstattung: Ich warne ganz entschieden davor, in diesem Hohen Hause oder in anderen Parlamenten den Appetit zu wecken, die Höhe der finanziellen Mittel an die Wahlbeteiligung zu knüpfen.

(Beifall bei der CSU)

Zunächst müssen ein Aufgabenkanon und ein Kompetenzfeld bestimmt und mit Mitteln unterfüttert werden. Wir dürfen doch das Pferd nicht von hinten aufzäumen. Ich fände es schwierig, wenn sich hoch motivierte Studierendenvertreter in ein Studierendenparlament wählen ließen und hinterher feststellten, dass die Wahlbeteiligung im letzten Jahr niedrig war und deshalb keine Mittel zur Verfügung stünden.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit.

Oliver Jörg (CSU): Herr Vizepräsident, ich achte auf die Redezeit, bedanke mich sehr herzlich für die Aufmerksamkeit und sehe, dass zu diesem Gesetzentwurf noch viel Erklärungsbedarf besteht. Wir werden uns gerne vertieft mit Ihnen über diesen Gesetzentwurf im Hochschulausschuss unterhalten.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Zacharias. Ihr wird Frau Kollegin Gote folgen.

Isabell Zacharias (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Professor Dr. Piazzolo, Sie veranstalteten unlängst eine Pressekonferenz mit dem wunderbaren Thema "Die Studierendenproteste ernst nehmen". Ich habe mich darüber gefreut. Sie haben groß angekündigt, dass wir die Mobilität im In- und Ausland verbessern und endlich die unsäglichen, unsozialen und von Bildung abhaltenden Gebühren abschaffen müssten. Das ist richtig. Außerdem wollten Sie über eine bessere Demokratisierung an den Hochschulen sprechen. Übrig geblieben ist ein kleines Gesetzentwürfchen, über das wir heute sprechen. Dennoch freue ich mich über alle Vorschläge, mit denen die Rechte der Studierenden ausgebaut werden. Ich bin aber nicht begeistert davon, wie Sie sich das vorstellen.

Herr Kollege Jörg, ich bin hingerissen, wie einig wir uns sind. Ich kann Ihrer Argumentation zwar nicht völlig folgen, aber in einigen Punkten bin ich mit Ihnen

sehr einig. Herr Professor Dr. Piazzolo, Sie sagen, die Freien Wähler wollten die Einführung einer Studierendenschaft. Wir wollen eine verfasste Studierendenschaft, die wie der Landesschülerrat alle Schülerinnen und Schüler umfasst. Vielleicht werden wir irgendwann einmal auch über eine verfasste Elternschaft sprechen, in der alle bayerischen Eltern vertreten sind, nicht nur die, die in mehr oder minder guten Verbänden organisiert sind. Bei der Diskussion über eine Studierendenschaft nicht über eine verfasste Studierendenschaft zu sprechen, ist unsäglich. Die SPD hat dazu bereits ihre Vorschläge eingebracht. Die Argumente sind hinlänglich ausgetauscht.

Sie wollen eine Austrittsmöglichkeit im ersten Semester schaffen. "Opt out" ist eine schöne Formel, die bedeutet, dass im ersten Semester alle Studierenden dieser Studierendenschaft angehören müssten, danach könnten sie austreten. Damit befördern Sie eine Doppelstruktur an den Universitäten. Das ist wie bei den Schülerinnen und Schülern. Auf der einen Seite gibt es den Landesschülerrat, der zu wenig Kompetenzen hat und ein Kastrat seiner selbst ist; auf der anderen Seite gibt es die Landesschülervertretung, die zwar ackert, aber auch nicht richtig zu Potte kommt. Mit Ihrem Gesetzentwurf würden Sie diese Doppelstruktur befördern.

Ich komme jetzt zur finanziellen Beteiligung: Herr Jörg, Sie haben gerade ausgeführt, dass die Kopplung der Höhe der finanziellen Ausstattung für ein Gremium an die Wahlbeteiligung grundsätzlich absurd und undemokratisch ist. Herr Professor Dr. Piazzolo, wenn ich an die Wahlbeteiligung von 57 % in Ihrem Giesinger Stimmkreis denke, in dem Sie 4,8 % der Stimmen erhalten haben, und mir vorstelle, dass danach Ihre Diäten bemessen würden, würde ich viel mehr als Sie verdienen. Das haben Sie nicht verdient. Ernsthaft: Es versteht sich, dass ein Gremium gut ausgestattet werden muss. Außerdem können wir kein neu gewähltes Gremium dafür verantwortlich machen, dass das alte Gremium schlechte Arbeit geleistet hat und deshalb die Wahlbeteiligung schlecht war.

Ein weiteres Argument, warum ich grundsätzlich dagegen bin: In großen Universitäten ist die Wahlbeteiligung immer eher gering. Kleine Universitäten können die Studierenden sehr viel besser mobilisieren. Die Geisteswissenschaftler können sehr gut motivieren, nicht aber die Dental-Mediziner, wenn ich auf den Minister sehe. Er hat aber gerade kein Ohr für mich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Liebe Kollegen auf beiden Seiten: Das ständige Reden muss einmal aufhören. Ich bitte Sie, der Rednerin zuzuhören. Herr Dr. Heubisch, Sie waren direkt angesprochen.

Isabell Zacharias (SPD): Herr Dr. Heubisch, ich hatte gerade eine Weihnachtslyrik parat. Die haben Sie jetzt verpasst.

(Karl Freller (CSU): Schade!)

- Das ist schade. Herr Freller, ich danke Ihnen, dass Sie das auch so sehen.

Die Mediziner, Dental-Mediziner und Betriebswirtschaftler mobilisieren deutlich schlechter als die Geisteswissenschaftler. Wir würden örtliche und finanzielle Unterschiede an den Universitäten schaffen. Das ist für mich keine Demokratie. Das ist Zufälligkeit und Beliebigkeit und hat nichts mit einer verfassten Studierendenschaft zu tun. Abgesehen davon würden wir damit wiederum Doppelstrukturen zulassen, die ich unsäglich fände. Ich bleibe dabei: Die SPD-Fraktion hat zur verfassten Studierendenschaft Anträge und einen Gesetzentwurf eingebracht. Keiner wird als Demokrat geboren. Demokratie muss gelernt werden. Dafür brauchen wir ordentliche Strukturen.

(Beifall bei der SPD)

Fünf Minuten sind immer schneller vorbei, als man glaubt, auch in der Vorweihnachtszeit. Ich möchte deshalb als letzten Punkt die Erhöhung der Zahl der Sitze im Senat auf zwei ansprechen. Das ist eine gute Idee. Mein Vorredner hat aber bereits angemerkt, dass auch der Mittelbau, der genauso paritätisch mitentscheidet, zahlenmäßig aufgewertet werden muss.

Ebenfalls angesprochen wurde die verfassungsrechtliche Schwierigkeit der unterhältigen Besetzung mit Professorinnen. Ich möchte insgesamt, dass aus den Gremien echte Mitsprachegremien werden. Was nützen diese Gremien, wenn der Hochschulpräsident oder der Rektor immer noch ein Vetorecht hat? Das ist grundsätzlich kein demokratisches Verfahren, wenn ich mich auch darüber freue, dass zwei Studierendenvertreter in diesem Gremium sitzen sollen.

Herr Professor Dr. Piazzolo, über diese Punkte müssen wir noch reden. Ich bin noch nicht glücklich und kann Ihnen noch nicht das Weihnachtsgeschenk machen, dass ich diesem Gesetzentwurf grundsätzlich zustimmen werde.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gote. Ihr wird Frau Kollegin Dr. Bulfon folgen.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer gut und richtig, über mehr Mitbestimmungs- und Mitentscheidungs-

kompetenzen für die Studierenden an unseren Hochschulen zu sprechen; denn was wir in Bayern seit vielen, vielen Jahrzehnten erleben, ist wirklich ein Trauerspiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb bin ich grundsätzlich froh über diesen Gesetzentwurf, wenngleich ich sagen muss: Darin wird natürlich eine Mitbestimmung light vorgeschlagen. Dieser Gesetzentwurf wurde aus den Diskussionen geboren, die wir im Ausschuss geführt haben. Sie wissen selbst, was geht und was nicht geht. Insofern finde ich Ihren Versuch, wenigstens einen kleinen Schritt vorwärts zu machen, lobenswert. Wir werden uns diesem Schritt grundsätzlich nicht verschließen. Wenn es durch diesen Gesetzentwurf nur irgendeine Verbesserung geben wird, sind wir dabei.

Trotzdem möchte ich an dieser Stelle nachfragen, was aus dieser Arbeitsgruppe geworden ist. Eigentlich hat dieser Gesetzentwurf die Funktion, beim Minister und der Staatsregierung nachzuhören, weil uns der Minister versprochen hat, die Mitbestimmung zu seinem persönlichen Anliegen zu machen. Herr Dr. Heubisch, was ist eigentlich daraus geworden?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wir möchten wissen, ob es aus dieser Arbeitsgruppe Ergebnisse gibt, die irgendwann umgesetzt werden. Heute bestünde die Chance, darüber etwas zu sagen. Andernfalls werden wir Sie bei diesem Thema weiter vorantreiben.

Wir GRÜNE haben selbst einen Gesetzentwurf zu genau diesem Thema eingebracht, der sehr viel weiter ging und meiner Meinung nach auch besser war. Dennoch sind auch in diesem Gesetzentwurf ein paar gute Punkte enthalten, zum Beispiel die Erhöhung der Mitgliederzahl im Senat. Die Vorredner und Vorrednerinnen haben bereits gesagt, dass wir zu diesem Punkt noch über die Details reden müssen.

Eines möchte ich Ihnen aber schon noch von dieser Stelle aus mitgeben: Ich finde, dass die Koppelung der Finanzen an das Wahlergebnis ein No Go ist. Herr Kollege, Sie sollten sich überlegen, ob wir hier nicht zu einer Änderung des Gesetzentwurfs kommen könnten; denn diese Regelung wäre zutiefst undemokratisch. Mit so etwas wollen wir gar nicht anfangen. Frau Kollegin Zacharias hat die Argumente dazu genannt. Von der Koppelung der Finanzen an das Wahlergebnis sollten Sie Abstand nehmen; denn das geht wirklich gar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Kollege von der CSU hat über die sogenannte Zwangsmitgliedschaft gesprochen. Im Rahmen diverser Diskussionen zu diesem Thema habe ich bereits mehrmals gesagt: Die Mitgliedschaft in einer Studierendenvertretung als Zwangsmitgliedschaft zu bezeichnen, halte ich für eine Diffamierung. Es geht um die Sicherstellung eines demokratischen Grundrechtes. Bezeichnungen wie Zwangsmitgliedschaft und Ähnliches sind dabei völlig fehl am Platz. Im Übrigen werden die Studierenden dies keineswegs so empfinden. Diesen Gesetzentwurf werden wir wohlwollend, aber auch kritisch begleiten. In diesem Sinne freue ich mich auf die Debatten im Ausschuss.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Wie angekündigt hat als Nächste Frau Bulfon das Wort.

Dr. Annette Bulfon (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Piazzolo, ich schätze Ihre Sachlichkeit und Ihre Initiativen sehr. In diesem Fall ist mir jedoch Ihre PR-Abteilung etwas zu weit gegangen. Mit der "Integrierten Studierendenschaft" nehmen Sie Anleihen beim Popularen. In der Vorweihnachtszeit ist das Thema Integration immer gut beleumundet. Es handelt sich trotzdem nur um alten Wein in neuen Schläuchen. Frau Gote, Sie hören den Begriff "Zwangsmitgliedschaft" nicht so gerne. Es ist und bleibt jedoch eine Pflichtmitgliedschaft, zumindest über ein Semester. Da sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der FDP)

Zu den Details: Herr Professor Piazzolo, mit ihrem Gesetzentwurf fordern Sie eine rechtsfähige Teilkörperschaft. Das ist auch in anderen Bundesländern der Fall. Dennoch bleibt es bei der Zwangsmitgliedschaft. Sie erheben in diesem Fall keine Beiträge, sondern wollen hierzu Haushaltsmittel verwenden. Dieser Punkt in ihrem Gesetzentwurf wurde bereits von allen Rednern einstimmig kritisiert. Sie wollen diese Haushaltsmittel an die Wahlbeteiligung knüpfen. Damit habe auch ich große Probleme. Es geht um Aufgaben, die bewältigt werden müssen. Wir können die Studierendenvertretung nicht handlungsunfähig machen in Zeiten, in denen die Wahlbeteiligung schlecht ist.

(Beifall bei der FDP)

Auf den ersten Blick klingt ihr Vorschlag ganz charmant. Auf den zweiten Blick kann ich daran aber nichts Gutes finden. Die Aufgaben bleiben die gleichen.

Im Übrigen merke ich an, dass wir kein Misstrauen gegenüber den Studierenden äußern. Im Gegenteil, wir nehmen die Studierenden sehr ernst. Sie werden immer wichtiger. Wir brauchen insbesondere für die Qualitätsentwicklung an den Hochschulen jeden einzelnen Studenten.

(Beifall bei der FDP)

Wir wollen auch weiterhin die gewünschte Qualität für unsere Studierenden erreichen. Wir haben Studierendenvertreter. Ich werde nicht müde, dies immer wieder gebetsmühlenartig herunterzuleiern: Wir haben einen Vertreter im Senat der Studierenden, im Hochschulrat, im Fakultätsrat und im Berufungsausschuss. Darüber hinaus gibt es die Gremien der Studierenden, den studentischen Konvent, den Sprecherinnen- und Sprecherrat, der an den Landes-ASTA angelehnt ist, und die Fachschaftsvertretungen. Diese Vertreter werden gewählt. Zudem besteht eine paritätische Beteiligung der Studierenden bei der Verwendung und Festsetzung der Höhe der Studienbeiträge. Artikel 106 des Hochschulgesetzes gewährt ein abweichendes Mitwirkungsrecht. Dieses sollte von den Hochschulen vor Ort genutzt werden.

Wir haben uns ausführlich über die Senatsbesetzung unterhalten. Das Verfassungsgericht sagt: Drei Senatsvertreter gehen nicht. Im Sinne der Hochschulautonomie könnte ich mich sehr wohl mit zwei Vertretern im Senat anfreunden. Diese Entscheidung würde ich jedoch den einzelnen Hochschulen selbst überlassen.

Ein interessanter Punkt ist die Hochschulöffentlichkeit. Herr Professor Piazzolo, Sie wollen diese Hochschulöffentlichkeit in den Gremien der Hochschulverwaltung, im Senat und im Fakultätsrat, herstellen. Streng genommen ist diese Hochschulöffentlichkeit sehr genau definiert. Die Hochschulöffentlichkeit umfasst die Studierenden, das wissenschaftliche und das nicht wissenschaftliche Personal. Wir betreiben ein sehr ambitioniertes Ausbauprogramm für den doppelten Abiturjahrgang. Das Audimax in der LMU München könnte die 45.000 Studierenden gar nicht fassen. Im Prinzip müssten Sie die Allianz-Arena anmieten. Ich möchte diesen Vorschlag jedoch nicht ins Absurde führen. Es gibt Möglichkeiten, die gewünschte Hochschulöffentlichkeit herzustellen. Darüber kann man bestimmt nachdenken. Werter Herr Kollege Professor Dr. Piazzolo, das würde ich der autonomen Hochschule selbst überlassen. Dort werden passgenaue Vorstellungen entwickelt. Wir sind auf einem richtigen Weg. Alles in allem ist das alter Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Aus Gründen der Gleichstellung muss ich auch hier auf die Redezeit verweisen. Herr Dr. Fahn möchte noch die Redezeit für die Freien Wähler nutzen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass mit unserem Gesetzentwurf etwas Bewegung in die Sache gekommen ist. Die bisherigen Diskussionen haben wir dort zusammengefasst. Der Gesetzentwurf stellt in gewisser Weise einen Kompromiss dar. Zwar ist die Hochschulöffentlichkeit bereits möglich - das ist richtig -, jedoch gibt es keine bayerische Universität, die ihre Sitzungen für öffentlich erklärt. Stattdessen gilt der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit. In Göttingen ist das anders. Deshalb wäre es gut, wenn der Grundsatz der Öffentlichkeit gelten würde. Personalangelegenheiten sollten jedoch weiterhin unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden.

Die Freien Wähler meinen, dass in den Gremien der Universitäten die gleichen Grundsätze wie im Gemeindeparlament und den Kreistagen gelten sollten. Dort ist es auch so: Die Sitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Auf Beschluss werden einzelne Tagesordnungspunkte für nicht öffentlich erklärt. Eine Veröffentlichung der Protokolle im Internet wäre für die Studenten eine große Hilfe. Das würde die nötige Transparenz schaffen. Auf der Grundlage dieser Protokolle könnten auch nach längerer Zeit Entscheidungen nachvollzogen werden. Wir haben viele Gespräche mit den Studenten geführt. Die Studenten sagen, ein Student, der Mitglied im Senat sei, wisse nach der Sitzung nicht, was er erzählen und was er nicht erzählen dürfe. Die Informationen der Studenten, die aus dem Senat berichten, sind relativ restriktiv. Aus diesem Grund wäre eine Regelung zur Öffentlichkeit und Nichtöffentlichkeit der Sitzungen notwendig. Der öffentliche Teil sollte in einem Protokoll veröffentlicht werden.

An der Universität Würzburg haben wir ein Gespräch mit Herrn Professor Forchel geführt. Er hat gesagt, er könne sich vorstellen, Protokolle aus öffentlichen Sitzungen für alle Studenten nachvollziehbar im Internet zur Verfügung zu stellen. Im Sinne einer stärkeren Demokratisierung der Hochschule wäre es besser, diese Regelung einzuführen. Da dies bisher noch keine bayerische Hochschule umgesetzt hat, sollten wir es im Landtag regeln. Grundsätzlich sollten die Sitzungen mit Ausnahme bestimmter nicht öffentlicher Teile öffentlich sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem

Ältestenrat schlage ich Ihnen vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur zu überweisen. - Das ist damit so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 c auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)
zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern - Klimaschutz und Erneuerbare Energien in der Bayerischen Verfassung verankern!
(Drs. 16/6448)
- Erste Lesung -**

Dieser Antrag wird vonseiten der Antragsteller begründet. Herr Dr. Fahn, Sie sind schon wieder am Zug. Jetzt haben Sie 5 Minuten Zeit. Ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle jetzt den Gesetzentwurf vor. Herr Florian Streibl, unser Jurist, wird im weiteren Verlauf der Sitzung einige Details unseres Gesetzentwurfs vortragen.

Artikel 141 der Bayerischen Verfassung wurde 1984 neu gefasst und wesentlich erweitert. Das damals gestiegene Umweltbewusstsein gab dafür den Ausschlag. Wir haben den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den sparsamen Umgang mit Naturgütern und die Leistungsfähigkeit des Naturlandhaushalts in die Verfassung aufgenommen. In der Folgezeit wurde dieser Artikel immer als Erfolg einer vorausschauenden bayerischen Umweltpolitik hervorgehoben. Das sahen alle bayerischen Ministerpräsidenten und alle bayerischen Umweltminister so.

Heute, nach 26 Jahren, ist der Klimaschutz immer mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass das, was Umweltminister Markus Söder am 1. Dezember, also vor knapp zwei Wochen, hier im Landtag sagte, richtig ist: "Die globalen Durchschnittstemperaturen steigen seit ungefähr 50 Jahren doppelt so schnell wie früher." Weltweit könnten bis 2050 rund 200 Millionen Menschen aufgrund der Klimaveränderungen ihre Heimat verlieren. Ein Grad Erwärmung bedeute eine Verschiebung der Vegetationszonen in Bayern um 200 bis 300 Kilometer von Süd nach Nord oder um 200 bis 300 Meter in die Höhe. Das heißt also, es hat sich etwas verändert. Dem müssen wir entgegensteuern.

Was ist zu tun? Globaler Klimaschutz und nachhaltige Energieversorgung sind in der Zukunft untrennbar miteinander verbunden. Wir brauchen eine nachhaltige, auf die Zukunft gerichtete Klimapolitik, die auf regene-

rative Energien setzt, und eine nachhaltige, auf die Zukunft gerichtete Klimapolitik, die auf Energieeffizienz und Energieeinsparung setzt. Wir brauchen eine Energiewende von unten nach oben. Das ist keine Erfindung der Freien Wähler, sondern das haben auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung und das Umweltbundesamt so geschrieben. Ich zitiere aus dem Gutachten:

Die entscheidende Zielgröße ist die lokale Energieautarkie. Kleinräumige, dezentrale Strukturen werden autark mit Strom versorgt. Wir brauchen lokale Inselnetze.

Das schreibt das Umweltbundesamt. Sie sehen also, dass der Klimawandel eine der schwerwiegendsten Bedrohungen für uns darstellt. Deshalb muss der Staat die Lebensgrundlagen nicht nur für die gegenwärtige, sondern auch für zukünftige Generationen sichern. Da sich der Klimaschutz immer mehr zu einer der wichtigsten Staatsaufgaben entwickelt, muss der Staat die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen setzen.

Diese Rahmenbedingungen sind das Grundgesetz und unsere Bayerische Verfassung. Inzwischen gibt es schon verschiedene Rechtsgutachten, die das bestätigen. Auch die Bürger wollen das. Am 27. Oktober wurden im Bundestag 363.867 Unterschriften für die Aufnahme des Klimaschutzes in das Grundgesetz übergeben. Im Moment gibt es im Bundestag eine Online-Petition. Wenn 50.000 Bürger diese Petition unterschreiben, muss sich der Bundestag damit beschäftigen.

Selbstverständlich ist auch der Bayerische Landtag gefordert, tätig zu werden. Andere Bundesländer in unserer Nachbarschaft sind schon weiter. Als erstes österreichisches Bundesland hat Niederösterreich den Klimaschutz bereits 2007 in seiner Landesverfassung verankert. Im Februar 2008 folgte Vorarlberg. Salzburg wird in Kürze folgen. Das heißt - das ist unser Vorschlag -, wir müssen auch in Bayern tätig werden. Wir wissen, dass der Klimawandel eine der zentralen Herausforderungen für die Politik im 21. Jahrhundert ist. Deshalb müssen wir im Grundgesetz - dafür sind wir nicht zuständig -, aber auch in der Bayerischen Verfassung etwas tun. Wir müssen handeln. Die Aufnahme des Klimaschutzes ist nicht nur eine semantische Ergänzung des bisher in der Verfassung vorhandenen Staatsziels Umweltschutz. Vielmehr wird die öffentliche Hand verpflichtet, im Rahmen des wissenschaftlich, technisch und volkswirtschaftlich Vertretbaren alles zu tun, um eine möglichst weitgehende und sichere Versorgung Bayerns aus erneuerbaren Energien zu gewährleisten. Anders formuliert heißt dies: Es ist alles zu unterlassen, was dieses Ziel gefährdet.

Mein Kollege Florian Streibl wird nachher noch weitere Details vorstellen. Der renommierte Staatsrechtler Professor Kahl, der jetzt in Heidelberg lehrt, schreibt dazu, die Verankerung des Klimaschutzes und des Auftrags an den Staat zur Gewährleistung einer Energieversorgung aus erneuerbaren Energien in der Verfassung sei aus juristischer Sicht machbar und aus politischer Sicht sinnvoll.

Wie geht es weiter? Wir wissen, dass für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Deshalb müssen wir in den Ausschüssen ausführlich über diesen Gesetzentwurf diskutieren. Wir sind auch gerne bereit, auf andere Formulierungen einzugehen.

Zum Schluss möchte ich unseren Umweltminister Markus Söder zitieren, der am 1. Dezember sagte:

Umweltschutz und Klimaschutz sind weder Luxus- noch Nischen- noch Wohlstandsthemen. Wir müssen den Lebensraum auf der Erde für unsere Kinder und Enkel bewahren. Was wir heute für den Klimaschutz tun, werden unsere Kinder und Enkel ernten.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Unterländer, wir sind uns im Präsidium darüber einig, dass wir die Sprechstundenpraxis hier vorne ein bisschen eindämmen. Darum bitte ich.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der hat aber Sprechstunde beim Chefarzt!)

Wir kommen jetzt zur Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Heike. Ihm folgt der Kollege Wörner.

Jürgen W. Heike (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Eigentlich ist das, worüber wir hier sprechen oder diskutieren, nichts Neues. Bereits in der letzten Legislaturperiode haben wir darüber diskutiert. Es liegen - das muss man ganz deutlich sagen - keine neuen Erkenntnisse vor, die dazu führen, dass es jetzt eine andere Entscheidung gibt als in der letzten Debatte.

Kollege Fahn, die Verfassung ist eine Regelung von Grundsätzen. Neben Ihnen oder vor Ihnen sitzt ein Jurist, der sich immer sehr deutlich äußert. Ich kann nur Folgendes sagen: Bei der Verfassungsfeier mit unserem Präsidenten des Verfassungsgerichtshofs haben Sie sicher genau zugehört, und Kollege Pohl auch. Da war nämlich ausdrücklich vom Recht des Gesetzgebers zur Veränderung der Verfassung die Rede. Der von mir und, wie ich glaube, von uns allen hoch geschätzte Präsident Dr. Huber hat ausdrücklich

gesagt und gemahnt, die Verfassung dürfe vom Gesetzgeber nicht überfrachtet werden. Sie sei kein Dokument des jeweiligen Zeitgeistes. Genau das, verehrter Kollege Fahn, ist jetzt leider zu erkennen. Sie haben mit Ihrer Überlegung, dass wir das Klima besonders achten und schützen müssen, recht. Das ändert aber nichts daran, dass diese Absicht nicht unbedingt in die Verfassung aufgenommen werden muss. Man könnte alles Mögliche, was heute wichtig und für uns von Bedeutung ist, in die Verfassung setzen. Dafür ist aber die Verfassung zu wichtig und zu wertvoll. Sie soll auch nicht vom heutigen Zeitpunkt aus, sondern allgemein gesehen werden.

Artikel 141 der Bayerischen Verfassung schützt schon jetzt die natürlichen Lebensgrundlagen und verlangt auch den schonenden Umgang mit Naturgütern. Der Ausbau der erneuerbaren Energien funktioniert schon heute, und auch immer besser, weil die Bevölkerung akzeptiert, dass er notwendig und richtig ist. Auch insoweit gibt es keinen Handlungsbedarf. Die Freiwilligkeit ist gut und zielführend. Wir sollten sie beibehalten.

Ein Verfassungsgrundsatz ist auch die gemeindliche Selbstverwaltung. Ein Zwang zur dezentralen und regionalen Energieversorgung mit erneuerbaren Grundstoffen wird auch an der Verpflichtung der Gemeinden zu wirtschaftlichem Handeln scheitern. Im Rahmen der Einzelfallprüfung wird jede Gemeinde das Recht haben, zu entscheiden, auf welchem Wege sie ihre Überlegungen voranbringen will.

Wir werden in den einzelnen Ausschüssen sicher sehr intensiv über den Gesetzentwurf diskutieren. Wir halten die von Ihnen vorgeschlagene Ergänzung im Sinne der Achtung vor unserer Verfassung weder für notwendig noch für gerechtfertigt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist der Kollege Wörner. Ihm folgt Herr Hartmann.

Ludwig Wörner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf hat in seinem ersten Absatz einen gewissen Charme. Da können wir mitgehen, denn das Klima gehört nun einmal dazu. Beim zweiten Absatz haben wir schon Probleme, weil damit eine Zersplitterung erfolgt. In eine Verfassung gehören aber nach meinem juristischen Laienverständnis nur Kernaussagen, aber keine kleinteiligen Regelungen. Man hätte sonst möglicherweise unter der Ägide der CSU die Kernenergie aufgenommen. Deshalb warne ich vor einer solchen Entwicklung. Wir sollten den Gesetzentwurf unter diesem Aspekt diskutieren, um sicherzustellen, dass der Klimaschutz aufgenommen wird. Wir sind der Mei-

nung, dass dies nötig ist, weil wir nicht sehen, dass die Natur so gepflegt worden wäre, wie das schon heute die Verfassung vorsieht; denn sonst würden sich die roten Listen nicht fortlaufend verlängern, würde das Land nicht zersiedelt, wäre das Trinkwasser nicht nach wie vor gefährdet und ginge die Boden-erosion aufgrund von unsachgemäßem Gebrauch des Bodens nicht weiter vor sich.

(Beifall bei der SPD)

Angesichts dessen und des Klimawandels ist es dringend geboten, die Kernaussage zu verstärken. Ich bin fasziniert, weil in der Zeitung zu lesen war, dass Staatsminister Dr. Söder angeblich - nichts Genaues weiß man nicht - in Cancún Einfluss genommen habe, dass es in Zukunft - man höre und staune - mit der Freiwilligkeit vorbei sein müsse und die EU Sanktionen und Restriktionen verhängen können müsse, wenn jemand gegen diese Ziele verstößt. Gerade habe ich vom Kollegen Heike anderes gehört, nämlich die Partnerschaft, das Miteinander, das Füreinander und das bayerische Paktieren. Was denn nun? - Weltweit werden Restriktion und Reglementierung gefordert, aber in Bayern geht man aus Feigheit vor den Bürgerinnen und Bürgern auf Tauchstation - wobei diese weiter sind als wir, weil sie mit diesen Dingen besser umgehen, als wir glauben.

Die SPD ist der Meinung, dass es angesichts der Gesamtsituation nötig ist, den Begriff "Klima" aufzunehmen. Wir sollten in den Ausschüssen in diese Richtung diskutieren. Über die Ziffer 2 müssen wir reden. Die SPD ist der Meinung, dass die Zersplitterung der Bayerischen Verfassung nicht gerecht wird. Auch darüber sollten wir reden.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist wie angekündigt Herr Hartmann. Ihm folgt Herr Dr. Fischer. Bitte schön, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Beobachtung des Klimagipfels in Cancún hat relativ schnell gezeigt, dass es darum ging, der Weltöffentlichkeit nicht erneut ein Scheitern wie nach dem Klimagipfel in Kopenhagen zu präsentieren. Wirkliche Lösungen und verbindliche Zusagen sind aber nicht erfolgt. Ein Jahr nach der Klimakonferenz in Kopenhagen stellt sich die Frage, ob wir auf eine internationale Lösung warten können oder ob einzelne Länder als Vorreiter vorangehen müssen.

Die GRÜNEN sind der Meinung, dass die Bundesrepublik inklusive Bayerns eine Vorreiterrolle übernehmen muss. In vielen Bereichen in Deutschland hat die

Vorreiterrolle gut funktioniert. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG - hat eine Vorreiterrolle gespielt. Das Gesetz ist in seiner Grundkonstruktion mehr als ein Dutzend Mal von anderen Ländern kopiert worden und hat gut funktioniert. Das war der Grund dafür, dass die deutschen Unternehmen im Bereich der erneuerbaren Energien weltweit zu den Spitzenreitern gehören und hier Arbeitsplätze geschaffen haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es lohnt sich also, Vorreiter zu sein und diesen Weg zu gehen.

Mit dem Vorschlag der Freien Wähler geht es uns ähnlich wie der SPD. Wir hatten vor zweieinhalb Jahren einen ähnlichen Gesetzentwurf eingereicht. Mit dem ersten Teil des Gesetzentwurfs, der besagt, dass der Klimaschutz aufgenommen werden soll, können wir gut leben. Zum zweiten Teil, der konkreten Umsetzung, meinen wir, dass das Landesentwicklungsprogramm - LEP - das richtige Instrument ist, in das Vorschläge, die weitere Landesentwicklung betreffend, aufgenommen werden sollen. Hierher gehört das Thema "dezentrale Energieversorgung". Wir wünschen uns, dass wir diesmal sachlich und um einiges inhaltlich fundierter debattieren werden als vor zweieinhalb Jahren. Ich habe das Protokoll gelesen und bin auf einen Satz gestoßen. Der damalige stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU hat damals geäußert: Lange Reden erhöhen den CO₂-Ausstoß. Das war eine Zwischenbemerkung der CSU.

Ich wünsche mir eine ehrliche und fundierte Debatte. Den ersten Bereich können wir unterstützen. Zum zweiten Bereich sollten wir darüber diskutieren, ob die konkreten Umsetzungen bei anderen Instrumenten besser aufgehoben wären als in der Verfassung. Ich kann mich der Meinung anschließen, dass in der Verfassung nur die Kernaufgaben stehen sollten. Der Klimaschutz gehört dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner: Herr Dr. Fischer. Ihm folgt Herr Kollege Streibl.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Klimawandel ist unbestritten eine große Herausforderung unserer Zeit. Deshalb ist der Klimaschutz für uns alle eine zentrale Verpflichtung. Das ist völlig unbestritten. Bei diesem Thema stellt sich dieselbe Frage wie bei vielen anderen Themen. Die Frage lautet nicht, ob das Thema wichtig ist, sondern ob es in die Bayerische Verfassung aufgenommen werden muss. Das, Kolleginnen und Kollegen, ist etwas völlig anders.

Ich möchte dazu einige Aspekte ansprechen. Eine Verfassung ist nicht die Satzung eines Geflügelzuchtvereins. Dieses Zitat ist nicht von mir, sondern von

Altkanzler Gerhard Schröder. Um aber kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Weder er wollte noch ich will die wertvolle und gute Arbeit der Geflügelzuchtvereine abwerten. Ein Verein kann und darf detailliert alles regeln. Eine Verfassung soll das nicht tun. Sie hat eine völlig andere Aufgabe. Sie soll unabhängig vom Zeitgeist und unabhängig von aktuellen Diskussionen Leitlinien für eine lange Zukunft darstellen. Ich sehe einen ganz entscheidenden Unterschied - um den ersten der beiden Aspekte anzusprechen - zwischen Boden, Wasser und Luft und Klimaschutz. Für Boden, Wasser und Luft liegen unsere Einflussmöglichkeiten zentral in Bayern. Klima ist dagegen etwas Globales.

Ja, wir haben Mitverantwortung. Ich meine aber nicht, dass dieser Hinweis in der Verfassung richtig aufgehoben ist.

Dann stellt sich die Frage, welche Rechtswirkung damit verbunden ist. Mit der Aufnahme des Klimaschutzes in die Verfassung wäre gar keine Rechtswirkung verbunden; denn schon jetzt haben wir die Formulierung, dass die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen sind und mit Naturgütern schonend und sparsam umzugehen ist. Eine konkrete Rechtswirkung ist in der Tat mit dem zweiten Teil verbunden. Diesen Abschnitt halte ich wie meine Vorredner für zu kleinteilig.

Das letzte Argument ist das Entscheidende. Kolleginnen und Kollegen, wie ändert man eine Verfassung? - Nicht nur mit qualifizierter Mehrheit, sondern mit einem Volksentscheid. Die Kosten für einen Volksentscheid liegen bei 13 Millionen Euro. So viel war im Haushalt für den Volksentscheid zum Rauchverbot veranschlagt. Ich sage Ihnen: Diese Kosten wären im Klimaschutz besser aufgehoben

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nun hat Herr Streibl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die bisherigen Wortbeiträge zeigen, dass das Thema noch nicht richtig angekommen und noch nicht ins Bewusstsein gedrungen ist; denn Klimaschutz, Herr Kollege Dr. Fischer, ist etwas anderes als der Schutz von Geflügel. Hier geht es um existenzielle Lebensgrundlagen und nicht um einen Geflügelzüchterverein. Da Deutschland 160 Milliarden Euro pro Jahr an das Ausland für fossile Brennstoffe abgibt, ist eine regenerative Wertschöpfung im eigenen Land dieses Geld wert. Dieses Geld im Lande zu halten, wäre die beste Wirtschaftspolitik, die wir in Bayern betreiben

könnten. Diesen Gesichtspunkt sollte man bei diesem Thema einbeziehen.

Die Freien Wähler habe sehr bewusst Artikel 152 der Bayerischen Verfassung gewählt, um zu verankern, dass die regenerative Wertschöpfung und Energieschöpfung im Land und in den Regionen bleiben sollen. Dieser Artikel wurde für Energie geschaffen. Mit der Änderung des Artikels 152 wird die ökonomische Relevanz des Klimaschutzes deutlich gemacht. Mit den regenerativen Energien, die bei uns entwickelt werden, können wir uns bei der Energieerzeugung, aber auch als Technologiestandort als Vorbild zeigen und in die Welt wirken. Deswegen ist es sinnvoll und richtig, diesen Satz als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufzunehmen.

Der Behauptung, wir würden die Situation einer Verfassung verkennen, ist zu entgegnen, dass wir darin die Aufgabe einer Verfassung sehen. Denn genau die regionale Wertschöpfung war für die Mütter und Väter unserer Verfassung ganz normal. Damals gab es noch keine zentralen Energieversorger aus dem Ausland, sondern hat man noch die Energie vor der Haustüre erwirtschaftet, in der Kommune, in der Gemeinde. Deswegen steht es auch nicht drin. Aber jetzt holen wir nach, was notwendig ist.

Meine Damen und Herren, wir müssen Importe an fossilen Brennstoffen generieren, und wenn wir die nicht mehr brauchen, sind wir nicht gezwungen, Geld ins Ausland zu transferieren, sondern können es hier bei uns verwenden. Für diese Technologien brauchen wir auch Arbeitskräfte. Es muss installiert werden, es muss betrieben werden, es muss gewartet werden. Das ist letztlich auch ein Top-Motor für Deutschland.

Hier können wir mit gutem Gewissen vorangehen. Dass es beim Klimaschutz eine Übereinstimmung zumindest aufseiten der Opposition gibt, ist erfreulich. Wir müssen aber das Augenmerk darauf legen und mit der Bayerischen Verfassung ein Zeichen in die deutsche Verfassungslandschaft hinein setzen. Wir sind nämlich nicht nur aufgefordert, unsere Schöpfung zu bewahren, sondern auch, an der Schöpfung teilzuhaben, an der Schöpfung mitzugestalten und sie verantwortlich nachhaltig zu gestalten. Wir können nur im Einklang mit der Schöpfung diese weiter fortführen. Wir können nicht gegen sie arbeiten. Das können wir am besten durch erneuerbare, dezentrale, regenerative Energien. Und die gehören nach unserer Auffassung in die Bayerische Verfassung.

Sehr geehrter Herr Kollege Heike, Sie sagen, das sei zu kurz gesprungen für eine Verfassung und das gehöre eher in ein ausführendes Gesetz. Na ja, die Baby-pflege im Unterrichtsplan für Jugendliche steht auch

in der Bayerischen Verfassung oder auch der Auftrag an die Kommunen, für die Denkmalpflege zu sorgen. Da ist dieses Ziel hier wesentlich höher und wichtiger.

Es ist klar, wir müssen behutsam mit unserer Verfassung umgehen. Deswegen ist das Volksreferendum vorgesehen, und das ist gut so. Aber wenn das Volk, der Souverän erkennt, dass etwas wichtig genug ist, aufgenommen zu werden, und dass das in diese Zeit hineingehört, weil es eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist, dann sollte der Souverän dazu auch das Recht haben. Diesen Weg sollten wir ihm ermöglichen. Denn dieses Thema wird immer drängender und immer wichtiger.

Es ist letztlich nicht nur vom Klima her existenziell wichtig, sondern es ist auch für Bayern eine Chance, hier wieder Vorreiter zu werden, sich einen Standortvorteil für die Zukunft zu sichern. Das bitte ich, zu bedenken.

Die rechtlichen Aspekte werden wir dann im Ausschuss in aller Breite genüsslich debattieren. Ich freue mich schon, wenn wir dann die Klängen kreuzen können. Ich hoffe aber, dass wir vielleicht doch ein Stück weit aufeinander zugehen können, um etwas für Bayern erreichen zu können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön, Herr Kollege Streibl. Sie haben jetzt die Staatsregierung doch herausgefordert. Frau Staatssekretärin Huml hat ums Wort gebeten. Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich ist der Schutz des Klimas auch für uns als Bayerische Staatsregierung ein wichtiges Anliegen. Wenn man sich aber die Bayerische Verfassung genau anschaut, dann wird dort bereits seit 1984 ausdrücklich zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und zum sparsamen Umgang mit der Energie aufgefordert.

(Hubert Aiwanger (FW): Aber nicht zur regionalen Wertschöpfung!)

Ich darf daraus zitieren:

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.

In der amtlichen Begründung für die Verfassungsänderung von 1984 ist das Klima explizit als natürliche Lebensgrundlage und als Schutzgut genannt. Das heißt, unsere Verfassung schützt das Klima bereits jetzt.

(Hubert Aiwanger (FW): Aha! Hoffentlich weiß das Klima das!)

In Ihrer eigenen Begründung zum Gesetzentwurf, lieber Herr Fahn, schreiben Sie, dass Sie sich davon keine größere Durchschlagskraft erwarten, was den Bereich der erneuerbaren Energien betrifft. Ich darf darauf verweisen, was wir gerade schon gehört haben, dass die Bayerische Verfassung einen Rahmen bietet, in den nicht jedes kleine Detail aufgenommen wird.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist kein kleines Detail! Das ist eine Milliardenwertschöpfung!)

Wir wissen heute noch nicht, wie es in fünf, zehn, 15 oder 20 Jahren aussieht, ob wir dann nicht andere Technologien haben.

(Hubert Aiwanger (FW): Dann ändern wir es wieder!)

Von daher ist es wichtig, den Klimaschutz in der Verfassung zu verankern, aber eben nicht die Bereiche, die ins Detail gehen. Von daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab. Ich darf darauf verweisen, dass wir beim Klimaschutz in Bayern bereits Vorreiter in Deutschland sind. Das wollen wir selbstverständlich auch weiterhin bleiben.

(Beifall bei der CSU - Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Dass Sie das glauben, wissen wir!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Damit ist die Aussprache geschlossen. Die weitere Diskussion über diesen Gesetzentwurf soll im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz als federführenden Ausschuss stattfinden. Ich sehe Einverständnis, dass wir dorthin den Gesetzentwurf überweisen. Das ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 d auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes (Drs. 16/6668)

- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Das übernimmt Frau Kollegin Gote. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es geht auch in dieser Woche noch einmal um die BLM, die Bayerische Landeszentrale für neue Medien. Kolleginnen und Kollegen, der Präsident der BLM erhält ein Gehalt von 305.682 Euro im Jahr.

(Zuruf von der CSU)

Der Geschäftsführer der BLM erhält ein Gehalt von 168.116 Euro im Jahr.

Kolleginnen und Kollegen, diese Höhe der Gehälter ist schlichtweg unmoralisch. Sie ist unmoralisch, und es ist unanständig, solche Gehälter zu beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Kolleginnen und Kollegen, wir diskutieren in diesem Land leider immer noch zu wenig darüber, dass die soziale Schere aufgeht, darüber, dass Menschen für die harte Arbeit, die sie leisten, keinen gerechten Lohn erhalten, darüber, dass viele Menschen nicht von ihrem Gehalt leben können, obwohl sie hart arbeiten. Auf der anderen Seite lassen wir es bisher zu, dass in einer öffentlich-rechtlichen Behörde, im öffentlich-rechtlichen Verantwortungsraum Gehälter in dieser Höhe gezahlt werden. Das ist wirklich unanständig. Das können Sie draußen niemandem vermitteln, niemandem, der für sein Geld hart arbeiten muss und dem am Ende doch nicht viel übrig bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb legen wir heute den Entwurf zur Änderung des Bayerischen Mediengesetzes vor. Er hat zum Ziel, mehr Transparenz im Gehaltsgefüge an der Spitze dieser Behörde zu schaffen und auch mehr Kontrolle über die Spitze dieser Behörde zu ermöglichen - Kontrolle, die zunächst die weiteren Organe der BLM ausüben sollen, zum Beispiel der Medienrat. Der Medienrat wusste nämlich bisher gar nicht, wie viel die Spitze dieser Behörde verdient.

Wofür erhält die Spitze so viel Geld? Die BLM ist nichts weiter als eine Behörde. Da mag man den Aufgabenkatalog im Mediengesetz noch so sehr aufblähen - lesen Sie das mal, da ist viel Prosa drin -, sie bleibt immer noch nur eine Behörde und noch nicht einmal eine besonders große. Diese Behörde hat

nicht einmal 150 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Es ist also eher eine kleine Behörde. Der Präsident und der Geschäftsführer dieser Behörde tragen kein wirtschaftliches Risiko. Da werden keine Arbeitsplätze geschaffen, wie uns das so oft gesagt wurde, wenn man rechtfertigen will, dass Managergehälter so hoch sein müssen. Dieser Manager hat diese Aufgabe nicht. Er verwaltet nur eine Behörde. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es Zeit, es ist rechte Zeit, gerechte Maßstäbe walten zu lassen.

Das, was wir vorschlagen, ist immer noch sehr gut erträglich - ich sage das mit einem Teil Ironie für diejenigen, die später einmal diesen Job leisten sollen. Wir schlagen Ihnen nichts anderes vor, als dass die Spitze der BLM - der Präsident und der Geschäftsführer - so entlohnt werden, wie dies für andere Behördenleiter im Freistaat auch gilt. Wir fordern, diese Jobs in das Gefüge des Bayerischen Beamtenbesoldungsgesetzes einzuordnen. Ich nenne Ihnen einige Beispiele: Ich weiß nicht, ob Sie wissen, dass der Ministerpräsident - er ist kein Beamter - Bezüge nach B 11 plus sieben Fünfundzwanzigstel erhält. Dazu muss man wissen, dass es die Besoldungsgruppe B 11 im Bayerischen Beamtengesetz eigentlich gar nicht gibt. Die Besoldungsgruppen dort gehen nur bis B 9. Das ist in Ordnung, denn der Ministerpräsident kann so viel verdienen. Das ist übrigens auch deutlich weniger, als Herr Ring im Jahr bekommt.

(Zuruf von der CSU: Vorbildlich!)

- Ja, vorbildlich.

Auch die Bundeskanzlerin erhält übrigens nicht sehr viel mehr als Herr Seehofer. Sie erhält Bezüge aus der Besoldungsgruppe B 11 plus zwei Drittel. Aber auch das ist deutlich weniger, als der Leiter der Behörde BLM bekommt. Das ist das Gefüge, in dem wir uns bewegen. Würde man die Maßstäbe des Bayerischen Beamtenbesoldungsgesetzes anlegen, dann könnte man einmal sehen, wo man hinkommt. Sie haben B 9 als höchste Stufe. Da kommen wir in die Region des Direktors des Landtagsamtes oder des Präsidenten bzw. der Präsidentin des Bayerischen Obersten Rechnungshofes. Ich finde, wenn man den Leiter der BLM auf diese Stufe stellt, dann ist er mehr als gut bedient. Die Leiter anderer Landesämter mit deutlich mehr Personal erhalten weniger. Dort ist B 7 oder B 8 der Maßstab.

Zusätzlich zu den Gehältern, die auf dem Papier stehen, werden auch noch Nebentätigkeiten ausgeführt, was wir alle wissen. Übrigens ist das bis in einige Stufen unterhalb der Spitze der BLM hervorragend austariert. Es gibt dort Nebenjobs, die alle auch noch entlohnt werden, zum Teil mit

Aufwandsentschädigungen, von denen andere mit Kindern in diesem Land den ganzen Monat leben müssen. Das gibt es nur für einen Nebenjob noch einmal drauf. Was Herr Ring, der Präsident der BLM, zur Zeit an Nebeneinkünften erhält, haben wir bisher nicht erfahren können. Das bleibt bisher leider ein Geheimnis. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass der Oberste Rechnungshof die Personalkosten und vor allem die Entwicklung der Personalkosten bereits 2002 deutlich kritisiert hat. Er hat dabei so schön ausgeführt: Besonders kritikwürdig ist die Dynamik der Gehälter. - Das sagt gar nichts anderes, als dass es Gehaltssteigerungen bzw. eine Explosion der Kosten um mehr als 40 % gab. Diese Zuwächse hat man mit größeren Aufgaben begründet. Das lässt sich aber nicht mit Aufgaben begründen. Auch die Zusammensetzung des Gehalts des Präsidenten lässt sich nicht mit Leistung begründen. Er bekommt nämlich sein Grundgehalt und eine sogenannte Tantieme. Diese wurde sogar in zwei Stufen erhöht. Ich weiß nicht, wo dem Leistung entspricht. Es gab einmal 50.000 Euro und bei einer nächsten Gehaltsrunde noch einmal 50.000 Euro. Dies geschah nicht nach klaren Regeln. Worin in diesen Jahren die Gegenleistung bzw. Mehrleistung bestand, bleibt ein Rätsel des Verwaltungsrates.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau das wollen wir jetzt ändern. Wir wollen, dass der Verwaltungsrat mit dem Präsidenten oder der Präsidentin der BLM das Gehalt nicht mehr freihändig aushandeln kann. Wir wollen, dass klar geregelt ist, wo es sich in das Beamtenbesoldungsrecht einfügen muss. Wir wollen auch eine Obergrenze, nämlich das Bayerische Beamtenbesoldungsgesetz. Dann geht B 11 nämlich nicht mehr. Wir wollen auch Transparenz bei den Nebeneinkünften haben. So etwas soll es nicht mehr geben. Es soll klar sein, wie viel dort verdient werden kann und welche Leistung dem entgegensteht. Deshalb wollen wir das Bayerische Mediengesetz ändern, und wir wollen mehr Kontrolle durch den Medienrat ermöglichen. Auch der Rechtsaufsicht soll eine größere Kompetenz eingeräumt werden. Ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf im Verfahren positiv zu begleiten und ihm zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Eberhard Sinner das Wort.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren jetzt offensichtlich in jeder Plenarsitzung Themen, die den Medienrat bewegen.

(Hubert Aiwanger (FW): Die Ihnen unangenehm sind!)

- Die sind mir überhaupt nicht unangenehm, Herr Kollege Aiwanger.

Ich stelle nur fest, dass es Ihnen trotz dieser fürstlichen Gehaltsvorstellungen, die hier präsentiert wurden, offensichtlich nicht gelungen ist, irgendwo einen Bewerber für dieses Amt zu finden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das läuft doch noch!)

Die Diskussion um das Gehalt läuft schon länger. Herr Kollege Rinderspacher, auch Sie haben sich dazu geäußert. Auch ich habe mich dazu geäußert. Die Gehälter sind veröffentlicht worden. Ich zitiere aus dem "Focus".

(Hubert Aiwanger (FW): Das gehört geändert, nicht veröffentlicht!)

- Das sind Verträge, Herr Aiwanger. Sie haben Vertreter und Vertreterinnen im Medienrat, die sich um die Sachen kümmern und sich entsprechend äußern könnten. Dafür sind Sie dort hingeschickt worden.

(Hubert Aiwanger (FW): Das tun Sie auch!)

Wir haben uns entsprechend geäußert, wonach nach unserer Meinung die Regelungen nicht so fortgesetzt werden können. Vor allem der Begriff Tantiemen passt nicht. Der Verwaltungsrat hat sich mit dem Thema befasst. Auch im Grundsatzausschuss, Frau Kollegin Gote, ist das ausführlich diskutiert worden. Herr Kollege Rinderspacher, ich darf Sie in diesem Zusammenhang zitieren. Sie sagen im "Focus" Nummer 39: Es kann nicht sein, dass öffentliche Gelder nach Gusto und in bester Amigomanier verteilt werden. - In diesem Verwaltungsrat sitzen natürlich der Vorsitzende Manfred Nüssel, der Präsident des Deutschen Raiffeisenverbandes, Walter Engelhardt, Urgestein der SPD - offensichtlich ein Amigo -, Johanna Rumschöttel, Landrätin im Landkreis München - gehört wohl auch zu Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Aber sie sitzt drin. Es geht jetzt um die Zukunft und dieser Gesetzentwurf bezieht sich auf die Zukunft.

Im Verwaltungsrat sitzen Henry Schramm, der Oberbürgermeister vom Kulmbach, Dr. Rainer Hecker, ehemaliger Chef von Loewe, Peter Esser, Mittelbayerische Zeitung, und unter anderem Herr Professor Johannes Kreile. Wir wollen einmal die Personen benennen, die das zu entscheiden haben. Frau Kollegin

Gote, diese Personen werden vom Medienrat gewählt. Sie haben also alle Einflussmöglichkeiten, sich im Medienrat mit diesen Themen zu beschäftigen und letztendlich über die Gehaltsvorstellungen zu diskutieren.

(Hubert Aiwanger (FW): Wir wussten das von den Tantiemen nicht!)

- Dann muss man eben die Medienräte fragen. Ich habe vorhin schon festgestellt: Wenn Sie Ihre Medienräte dort hinschicken, dann müssen Sie erfahrene Medienpolitiker dort hinschicken, die sich um diese Dinge kümmern und nicht von einer Überraschung in die andere fallen.

Wir befinden uns heute in der Ersten Lesung und wir diskutieren über dieses Thema. Wir halten sehr viel vom Grundsatz der Subsidiarität. Ich habe zu den Tantiemen eine Meinung - sehr deutlich im Namen meiner Fraktion - geäußert. Das Thema ist auch im Grundsatzausschuss des Medienrats sehr ausführlich diskutiert worden; das weiß auch jeder, der im Medienrat sitzt. Wir führen nicht jeden Tag eine Stellvertreterdiskussion, weil Medienräte ihre Aufgaben im Medienrat nicht wahrnehmen. Diese sind im Übrigen auch nicht von Ihrer Fraktion, sondern primär vom Landtag dort hingeschickt, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden.

Jetzt noch etwas zu Ihnen, Herr Rinderspacher: Sie kommen aus der Medienwelt. Sie sind nicht aus dem Bergbau unter Tage erschienen, sondern Sie wissen, was in der Medienwelt gezahlt wird. Sie wissen, dass es dort teilweise Verträge gibt, die nicht mit dem Beamtenrecht vereinbar sind. Es sind Positionen auf Zeit, die nicht auf Lebenszeit verliehen werden.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wie die des Ministerpräsidenten!)

Die Frage ist letztendlich, ob man das Beschäftigungsverhältnis des Präsidenten des Medienrats exklusiv durch gesetzgeberischen Akt losgelöst von dem, was die Intendanten betrifft - Sie haben das wieder nicht angesprochen; Sie machen dabei einen sauberen Unterschied - in das Beamtenrecht überführt. Ich halte das am Ende nicht für sachgerecht. Ich halte es für sachgerecht, im Medienrat darüber zu diskutieren, ich halte es für sachgerecht, dass sich der Verwaltungsrat damit befasst; aber ich halte es nach der Vorlaufdiskussion, die wir in den Gremien hatten, vom Grundsatz her nicht für notwendig, eine gesetzliche Regelung zu beschließen. Frau Gote, es ist nicht so, dass hier keine Sensibilität herrscht. Es war in allen Medien, es wurde sehr ausführlich diskutiert, und jeder, der im Verwaltungsrat ist, weiß, dass etwas, was sich sozusagen über eine langjährige Amtszeit

eingebürgert hat und was möglicherweise auch mit einem Haltebonus zu tun hat - ich darf meine Unterlagen hier nicht vorzeigen -, nicht einfach perpetuiert werden kann.

Insofern werden wir das in den Ausschüssen noch beraten. Aber ich kann nicht signalisieren, dass wir uns als CSU-Fraktion an die Stelle des Medienrats, an die Stelle des Verwaltungsrats setzen wollen. Ich setze darauf, dass die Medienräte und der Verwaltungsrat ihre Aufgaben wahrnehmen, und ich setze auch darauf, dass man eine gute Lösung findet.

Herr Rinderspacher, Sie haben alle Chancen, noch Vorschläge zu machen. Nützen Sie diese Chancen und diskutieren Sie im Medienrat. - Ich weiß, Sie haben dieses Gremium verlassen. Dennoch äußern Sie sich ständig zu dem Thema. Nützen Sie Ihre Chancen, und lassen wir eine Gesetzgebung, die eigentlich nicht weiterführt und den Grundsatz der Subsidiarität verletzt.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Haben Sie auch etwas zur Sache zu sagen?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Sinner, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Frau Kollegin Gote hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Nach Ihrem Redebeitrag habe ich doch noch ein wenig zu ergänzen.

Sie haben gesagt, der Medienrat solle halt nachfragen. Mein Kollege Runge hat nachgefragt und keine Auskunft erhalten. Der Verwaltungsrat hat also dem Medienrat auch auf Nachfrage die Auskunft verweigert. Der Medienrat hat bisher schlichtweg nicht die Kompetenz gehabt, das zu wissen.

Außerdem - ich habe das eben angesprochen - wissen wir noch immer nicht über die Nebeneinkünfte Bescheid. Ich habe das im Grundsatzausschuss konkret nachgefragt und keine Auskunft erhalten. Ich finde es unsäglich, dass wir heute noch immer nicht wissen, wie viel die Herren tatsächlich verdienen.

(Franz Maget (SPD): Bekommen!)

Der Zwischenruf war berechtigt. Auch ich möchte von Ihnen gern einmal etwas zur Sache hören, nämlich zu der Frage, welches Gehalt Sie eigentlich für den Leiter dieser Behörde für angemessen halten. Da brauchen Sie nicht wieder mit dem Bayerischen Rundfunk zu kommen. Über ihn können wir an anderer Stelle gern reden. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass der Bayerische Rundfunk mehrere Tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, die BLM aber noch nicht

einmal 150. Insofern ist das durchaus eine andere Größenordnung. Nebenbemerkung: Auch das Gehalt des Intendanten halte ich für viel zu hoch. Aber das können wir bei anderer Gelegenheit gern regeln.

Welche Höhe halten also Sie eigentlich für angemessen? Und dann frage ich: Ist denn eigentlich nicht der Landesgesetzgeber eher legitimiert, dieses Gehalt oder zumindest den Rahmen festzulegen, als ein kleiner Kreis von Verwaltungsräten?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Herr Kollege Sinner, Sie haben das Wort.

Eberhard Sinner (CSU): Frau Kollegin, Sie haben mir nicht richtig zugehört. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass ich im September - das ist im "Focus" dokumentiert - gesagt habe: Die Tantiemen sind von der Bezeichnung und von der Höhe nicht zulässig. Ziehen Sie die Tantiemen ab; dann kommen Sie in etwa auf die Größenordnung, um die es geht.

Zweitens kann ich nur fragen: Warum kommen Sie hierher und fragen mich?

(Hubert Aiwanger (FW): Sie tun so, als sei alles absolut transparent!)

Soll ich Ihnen helfen?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir machen Medienpolitik! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Wenn Sie nicht in der Lage sind und Herr Runge nicht in der Lage war - - Wollen Sie jetzt in das Gesetz hineinschreiben, was alles passieren soll?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Es wurde von der Staatsregierung verweigert! Schriftliche Anfrage! - Zuruf von der CSU: Schreien Sie nicht so dazwischen!)

Ich sage nur: Die Rechtsaufsicht hat sich auch entsprechend geäußert.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Warum können Sie dem nicht folgen?)

- Frau Kollegin Gote, die Aufregung führt nicht weiter.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

- Dafür haben wir den Medienrat und den Verwaltungsrat. Ich weise nur darauf hin: Ich habe einmal in der Presse gesagt, ich würde gern wissen, was jetzt verdient wird, weil ich daran interessiert bin, dass es

veröffentlicht wird. Es hat keine zwei Wochen gedauert, da hat der Verwaltungsrat getagt und hat das veröffentlicht. Es ist doch veröffentlicht worden.

(Zurufe von den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Man muss also nicht ständig mit der Keule des Gesetzgebers kommen, um Dinge zu erreichen und Fragen zu beantworten, die Sie stellen. Ich bin auch der Meinung - - Frau Kollegin Gote, wenn Sie mit Ihrer Nachbarin reden, müssen Sie noch eine Zwischenintervention machen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ich kann auch zuhören! - Tobias Thalhammer (FDP): Frauen sind multitaskingfähig!)

Ich bin auch der Meinung, dass der Medienrat und der Verwaltungsrat, den Sie wählen, dies sagen kann und natürlich auch sagen soll. Das sorgt für Transparenz. Aber ich halte es nicht unbedingt für notwendig, das im Gesetz festzulegen. Nehmen Sie Ihre Pflichten wahr. Dann werden Sie auch gute Ergebnisse bekommen. Schauen Sie, dass Sie eine Kandidatin oder einen Kandidaten finden. Dann gibt es eine transparente Wahl. Damit wäre allen gedient.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das hat doch damit nichts zu tun!)

Aber bisher haben Sie es nicht geschafft, auch nur in weiter Ferne jemanden zu finden, der sich trotz dieser Gehaltsangebote für dieses Amt zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Sinner. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Rabenstein das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

(Christine Stahl (GRÜNE): Butter bei die Fische!)

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung. Herr Sinner, Sie sagen: Schon wieder geht es um die BLM, schon wieder um Medien. Ich erwidere: Vielleicht hat der Landtag in der Vergangenheit viel zu wenig über Medienräte und die BLM geredet, und deswegen haben wir jetzt in vielen Bereichen den Schlamassel.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern, den GRÜNEN und der FDP)

Ich möchte eine zweite Vorbemerkung zur Veröffentlichung dessen machen, was Herr Ring bekommt. Sie meinen, das gehe wohl auf Ihren Zeitungsartikel zu-

rück. Vierzehn Tage später sei es dann veröffentlicht worden. Nein. Da überschätzen Sie sich etwas.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Allerdings!)

Es waren die anderen Medienanstalten, die das Gehalt der Präsidenten offengelegt haben. Auch die Rundfunkanstalten haben die Intendantengehälter offengelegt, und erst dann hat die BLM nachgezogen. So war es. Man konnte dann gar nicht mehr anders, weil der Druck zu groß war. Wir sind froh, dass wir das wissen.

Das war es, nicht Ihre Intervention, Herr Sinner. Ich glaube, dafür sind Sie in dieser Szene nicht wichtig genug.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Gegensatz zur CSU unterstützen wir diesen Gesetzentwurf mit Sicherheit. Er schafft Transparenz. Bei der BLM handelt es sich um eine öffentlich-rechtliche Anstalt, und es besteht ein Unterschied zu einem Betrieb, bei dem man sagen kann, dass ein Betriebsergebnis in irgendeiner Art erfolgreich umgesetzt wird. Insoweit kann ich jemanden, der einen Betrieb führt, einen Manager, anders einordnen und bezahlen. Bei einem Betrieb können wir es nicht steuern, aber bei der BLM können wir es steuern, und deswegen sollten wir es auch steuern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Wir müssen es steuern!)

Nach Artikel 19 des Bayerischen Mediengesetzes liegt die Rechtsaufsicht beim Wissenschaftsministerium. Deswegen sind wir auch verpflichtet nachzufragen, und deswegen war ich sehr erstaunt, dass wir im Hochschulausschuss erfahren mussten, dass selbst das Wissenschaftsministerium von diesen Tantiemen nichts wusste.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Ja, welchen Zustand haben wir denn? Und, Herr Sinner: Stichwort Medienräte. Ich bin auch ein Medienrat.

(Hubert Aiwanger (FW): Im Trüben ist gut fischen!)

Stellen Sie sich vor: Ich habe einen Verwaltungsrat gefragt: Was bekommt denn Herr Ring? Das hat mich einfach interessiert, weil wir auch zuständig sind. Daraufhin bekam ich die Auskunft: In etwa so viel wie ein Staatsminister. Das war natürlich falsch, aber ich habe mich damit zufriedengegeben und habe gedacht, das werde schon so sein.

Nein, wir brauchen hier Transparenz, und wir brauchen vor allem eine Vergleichbarkeit mit den anderen Medienanstalten.

Dazu nenne ich Ihnen ein paar Zahlen.

Wir haben es schon gehört: Herr Ring - er leistet sicherlich gute Arbeit - bekommt 305.000 Euro, davon 105.000 Euro Tantiemen. Jetzt schauen wir einmal nach Nordrhein-Westfalen. Dort sind es 158.000 Euro, also ungefähr die Hälfte. Schauen wir in die Landesmedienanstalt von Baden-Württemberg. Dort sind es 110.000 Euro, also in etwa ein Drittel. Oder schauen wir einmal in die große Medienanstalt Berlin-Brandenburg. Dort bekommt der Präsident 100.000 Euro. Noch einmal: In Bayern sind es 305.000 Euro. Das ist doch nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit muss ich bestätigen, was Frau Gote ausgeführt hat: Wir müssen das auch einmal mit dem vergleichen, was wir als Abgeordnete verdienen oder was ein Ministerpräsident verdient, und müssen fragen, ob das gerechtfertigt ist. Wir sagen: Das ist nicht gerechtfertigt. Natürlich müssen wir die Rahmenrichtlinien entsprechend bestimmen, und diese werden eben auch durch diesen Vorschlag bestimmt. Noch einmal: Dann haben wir wenigstens eine Transparenz. Jeder weiß dann, was hier verdient wird, und - damit komme ich zum Schluss - dann weiß auch jeder, auf welcher Stelle er sich bewirbt.

So wie das Verfahren jetzt ist, erinnert es mich schon sehr an die Verhältnisse in der DDR. Da durfte auch jeder wählen. Natürlich durfte jeder wählen, aber es stand schon von vornherein fest, wen er wählte.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

So ähnlich ist es jetzt auch im Medienrat. Dort steht es schon fest. Es haben sich schon 29 Medienräte dafür ausgesprochen, Herrn Schneider zu wählen, und dann fragen Sie: Warum meldet sich denn keiner?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Weil natürlich jeder weiß, dass das schon feststeht und er nur eine Niederlage einstecken kann. Deswegen meldet sich keiner und nicht etwa, weil er nicht das Klasse Gehalt haben möchte. Wollen wir also die Diskussion sachlich führen. Wir wollen eine entsprechende Transparenz auch bei den Gehältern und deshalb werden wir sicherlich eine interessante Debatte im Ausschuss haben. Alles in allem kündige ich aber

heute schon an, dass wir diese Initiative unterstützen werden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte noch für eine Zwischenbemerkung von Kollegen Sinner. Bitte sehr, Herr Kollege Sinner.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Kollege Rabenstein, ich möchte kein Missverständnis aufkommen lassen. Ich hätte vielleicht bei meiner Bemerkung, dass das Gehalt sofort veröffentlicht wurde, sagen müssen: Vorsicht, Ironie. Es war bundesweit eine riesige Diskussion im Gange und es sind alle Gehälter veröffentlicht worden. Dadurch haben Sie doch die Vergleichbarkeit, ohne dass eine Gesetzgebung notwendig wäre. Ich frage Sie also, warum Sie heute hier solche Debatten führen und dies nicht im Medienrat tun.

(Lachen und Zurufe von der SPD - Hubert Aiwanger (FW): Um es in die Öffentlichkeit zu bringen! Warum sonst? - Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Sie stellen sich doch ein Armutszeugnis erster Ordnung aus, wenn Sie sagen, Sie fragen ein Mitglied des Verwaltungsrates.

(Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Ich nehme an, es war der stellvertretende Vorsitzende Walter Engelhardt, den wir alle noch kennen, ein Urgestein der SPD. Und der sagt Ihnen nicht, was Sache ist?

Sie sagen, es gibt einen Kandidaten. Natürlich ist er da. Aber das war doch seit Monaten und Jahren bekannt. Sie hätten sich doch auch kümmern können.

(Hubert Aiwanger (FW): Das ist doch Zynismus, was Sie da jetzt vortragen! - Markus Rinderspacher (SPD): Herr Sinner, erklären Sie das doch einmal Ihren CSU-Abgeordneten!)

Sie machen jetzt denen, die sich gekümmert haben, einen Vorwurf, weil Sie mit leeren Händen dastehen und keinen Lösungsvorschlag haben. Sie versuchen, die 29, die sich gekümmert haben, nun in ein schlechtes Licht zu stellen. Eigentlich stehen doch die schlecht da, die sich nicht gekümmert haben. Herr Kollege Rabenstein, Sie sind in den Medienrat gewählt worden; dann kümmern Sie sich und sputen Sie sich doch bitte sehr. Dann kriegen Sie dort die Debatte, die Sie jetzt hier führen wollen, die aber in den Medienrat gehört.

(Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Rabenstein, Sie haben das Wort.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Auf Ihre letzte Bemerkung habe ich schon geantwortet. Dazu brauche ich nichts mehr zu sagen.

Und zu der Frage, warum wir das hier diskutieren, nur Folgendes: Es soll in die Öffentlichkeit kommen, die wir bisher nicht haben.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern - Hubert Aiwanger (FW): Bravo! - Franz Maget (SPD): Bravo!)

Darüber hinaus wollen wir auch von den CSU-Vertretern wissen, wie Sie beispielsweise zum Gehalt eines Herrn Ring in Höhe von 305.000 Euro im Jahr stehen. Darüber möchten wir gerne mal eine Auskunft haben. Deswegen muss das hier im Hohen Hause diskutiert werden, denn letzten Endes verabschieden ja wir auch das Mediengesetz. Also sind wir als Gesetzgeber zuständig.

Natürlich können wir auch im Medienrat darüber diskutieren, und das werden wir dort auch tun. Das verspreche ich Ihnen. Sowohl dort wie auch hier zu diskutieren, das ist der richtige Weg, um die Bevölkerung aufzuklären. Das ist unsere Aufgabe und deshalb ist auch hier im Hohen Hause der richtige Ort für die Diskussion.

(Beifall bei der SPD und den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Dr. Rabenstein, bleiben Sie bitte noch einen Moment da. Es gibt noch eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stahl.

Christine Stahl (GRÜNE): Herr Rabenstein, im Grunde genommen haben Sie gerade mit Ihrem letzten Satz vorweggenommen, was ich feststellen wollte: Wir als Gesetzgeber haben zu entscheiden, was wo behandelt wird. Das geschieht nicht in irgendwelchen Mauschelzirkeln oder irgendwelchen Gaststätten, auch nicht in Fensternischen, sondern hier im Hohen Hause. Und wir entscheiden es auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Das kann ich nur bestätigen. Ich stimme dem voll zu.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich die Besucher auf der Tribüne herzlich bitten, Beifalls- bzw. Missfallenskundgebungen zu unterlassen. Das ist nicht üblich hier im Hohen Hause.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

- Wir haben hier eine Geschäftsordnung, die einzuhalten ist, Frau Kollegin, egal, ob es einem passt oder nicht. Ich bin dafür verantwortlich, dass dies geschieht, und darf Sie herzlich bitten, das zu respektieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Hubert Aiwanger (FW): Ich glaube, er hat nur nach einer Fliege geschlagen!)

Bitte sehr, Herr Kollege Piazolo, Sie haben nun das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Sinner, Sie wundern sich, warum wir jede Woche hier im Hohen Hause über den Medienrat und die BLM sprechen. Ich wundere mich nicht. Wir werden noch häufiger darüber sprechen, wenn es dort weiter so zugeht wie in den letzten Monaten und Jahren. Dort herrscht keine Transparenz.

Sie haben das Verfahren bezüglich einer möglichen Neuwahl angesprochen. Dazu ist Folgendes festzuhalten: In der Geschäftsordnung steht, dass jemand, der von fünf Personen vorgeschlagen ist, offiziell Kandidat ist. Jeder, der das liest, stellt sich dabei vor, dass sich der Medienrat zusammensetzt, über Kandidaten berät und dann einen Kandidaten vorschlägt. Wie aber ist es gelaufen? Der Kandidat hat eingeladen. Der Kandidat lud in ein Hotel ein und lässt dort eine Liste bei den Medienräten umgehen, die diese unterschreiben müssen. Das ist doch kein Verfahren, wie man es sich so vorstellt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Vergleichen Sie das einmal mit anderen Gremien. Denken Sie zum Beispiel an ein Berufungsverfahren einer Universität. Derjenige, der sich bewirbt, lädt die Professoren ein. Wo sind wir denn? Was sind das für Verfahren? Da gibt es doch keine Transparenz mehr.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Aus diesem Grunde werden wir uns in der Öffentlichkeit immer wieder über die Problematik unterhalten

müssen. Und das tut das Parlament. Wir sind vom Volke gewählt und sind rechenschaftspflichtig.

(Zuruf von der CSU: Die Medienräte!)

- Ja, das Parlament ist aber dafür zuständig, wenn es merkt, dass bestimmte Dinge aus dem Ruder laufen und nicht so funktionieren, wie es sein soll.

(Zuruf von der CSU: Trauen Sie den Medienräten nicht?)

Dafür, dass die Geschäftsordnung und das Mediengesetz so umgesetzt werden, wie es sich der Gesetzgeber vorstellt, sind wir verantwortlich. Deshalb begrüßen wir den Gesetzentwurf der GRÜNEN ganz ausdrücklich. Denn wie schon erwähnt, herrscht bisher kaum Transparenz. Wenn nicht einmal die Medienräte wissen, wie viel der Präsident verdient, ist irgendetwas faul im Staate Dänemark. Das ist einfach so. Da muss man sich die Regeln einmal ansehen und sagen, dass etwas geändert werden muss.

Insofern begrüßen wir den Gesetzentwurf. Wir sind für mehr Transparenz. Das, was man in den letzten Jahren an intransparenten Vorgängen im Medienrat mitbekommen hatte, sollte ausreichen, um etwas zu verändern.

Wenn Sie immer wieder sagen, die Medienräte seien dafür zuständig, dann ist dem zuzustimmen. Natürlich sind sie es, aber sie wissen von vielen Dingen einfach nichts. Sie wussten nichts vom Vergabeverfahren und auch nichts von den Gehältern. Auch das Verfahren, das jetzt bei den Neuwahlen stattfindet, ist sehr verbesserungswürdig. Wenn der Kandidat schon im Voraus von den Medien ausgeguckt wird und es vorab schon in den Zeitungen steht und dann im Grunde genommen der Kandidat selbst die Initiative ergreift, dann ist das sicherlich nicht das Verfahren, das man sich vorstellt. Insofern unterstützen wir, wie gesagt, diesen Vorschlag.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat der Kollege Thalhammer das Wort.

(Hubert Aiwanger (FW): Jetzt sprich mal Klartext, Tobi!)

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine prinzipielle Bemerkung machen, die für den Fortgang der Diskussion möglicherweise wichtig ist. Wir sollten generell von einer einzelfallbezogenen Gesetzgebung

Abstand nehmen und auch keine personenbezogenen Gesetze schaffen.

Prinzipiell - darauf können wir in Bayern stolz sein - herrscht bei uns der Grundsatz der Staatsferne bei der Überwachung des Rundfunks. Das ist in der Verfassung festgeschrieben. Zur Staatsferne gehört auch per definitionem eine Art Selbstverantwortung. Eigentlich können wir stolz darauf sein, was für ein Konstrukt wir in Bayern haben, wie sich in Bayern über viele Jahre hinweg eine äußerst solide und erfolgreiche private Rundfunklandschaft neben der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft entwickelt hat. Eigentlich müssten wir darauf stolz sein, und das hat Anerkennung verdient. Traurig ist - mich als Medienrat bewegt das immer sehr -, was man in der letzten Zeit immer wieder über die BLM lesen musste. Einiges hat sich über die Zeit weg verselbstständigt und es gibt Auswüchse zu beanstanden. Nehmen wir beispielsweise einmal die Entscheidungsfindung in der BLM beim aktuellen Verfahren für die Wahl eines neuen Präsidenten.

Als einzelner Medienrat ist man nicht berechtigt, einen Vorschlag zu machen. Man braucht neben sich noch fünf weitere Medienräte. Ich verstehe eigentlich nicht, warum das so ist, wenn man doch ein vollwertiger Medienrat ist.

Im Übrigen gibt es zwischen den einzelnen Gremien ein weiteres Gremium, das sich Beschließender Ausschuss nennt. Dieser beschließt, was die Medienräte quasi wollen. Der Beschließende Ausschuss legt mit den jeweiligen Vorsitzenden der Untergremien fest, wie das Auswahlverfahren stattzufinden hat, und wir als Medienräte bekommen hiervon nur Kenntnis.

Ein anderes Beispiel: Bei Frequenzvergaben war es im Medienrat im letzten Jahr eine Revolution, dass wir als Medienräte, also als diejenigen, die über Vergaben entscheiden müssen, überhaupt die Bewerbungsunterlagen ausgehändigt bekommen haben. Vorher mussten wir über Bewerber entscheiden, ohne Bewerbungsunterlagen zu sehen. Herr Sinner, so viel zu den ständigen Berichten.

Hinsichtlich der Entscheidungsfindung liegt einiges im Argen. Ich bin sicher, dass Ihre CSU-Kollegen im Medienrat, die hier hätten auch sprechen können, diese Meinung teilen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Auswuchs hinsichtlich des Gehalts des Präsidenten wurde im Laufe der Debatte schon thematisiert.

Meine Damen und Herren, begreifen wir die jetzige Situation aber auch als Chance, und zwar als Chance

für die Amtsperiode eines neuen Präsidenten der BLM. Derzeit läuft das Bewerbungsverfahren. Jetzt ist die Stunde, in der ein neuer Kandidat oder eine Kandidatin sagen kann, wie in Zukunft mehr Transparenz in der BLM geschaffen werden soll und wie sie oder er vielleicht auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen möchte, auch was die Gehaltsfindung betrifft, statt von einem Gesetz oder von einem Verwaltungsrat aufgefordert zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich bitte alle Bewerber bei der BLM, sich dies vor Augen zu halten, die heutige aktuelle Debatte vielleicht im Protokoll nachzulesen und dies als Chance für die Staatsferne der BLM und auch als Chance dafür zu nutzen, noch viele kritische Medienräte in der BLM von der einen oder anderen Person zu überzeugen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der SPD sowie des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Thalhammer, bleiben Sie bitte am Redepult. Mir liegen zwei Anmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Die erste stammt von Frau Kollegin Gote, die zweite von Herrn Kollegen Werner. Wir kommen jetzt zur ersten Zwischenbemerkung. Bitte schön, Frau Kollegin Gote. Sie haben das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Kollege Thalhammer, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie so manches Verfahren im Medienrat hier so anschaulich geschildert und auch dargelegt haben, wie unmöglich es dort zum Teil zugeht.

Ich möchte etwas klarstellen, weil soeben durch Herrn Sinner und durch Zurufe von der rechten Seite der Eindruck erweckt wurde, man hätte nur fragen müssen, oder unsere Medienräte oder ich als Medienrätin seien einfach nicht schlau genug, zu fragen. Ich möchte klarstellen und zu Protokoll geben, dass Kollege Dr. Martin Runge sehr wohl bei der BLM nachgefragt, aber keine Auskunft erhalten hat, und dass er im Jahr 2005 eine Schriftliche Anfrage gestellt hat, und als Antwort von der Staatsregierung - die Drucksachenummer ist übrigens 15/2688 - auf die konkrete Frage nach den Gehältern der BLM-Spitze und des Intendanten des Bayerischen Rundfunks bekam, dass die Staatsregierung dazu leider keine Auskunft geben könne; sie könne nur Auskunft geben, insoweit die Bezüge der Leitung einzelner öffentlicher Einrichtungen gesetzlich geregelt seien. Nur dann kann man Auskunft geben. Unser heutiger Gesetzentwurf ist doch genau der richtige Weg, der damals von der Staatsregierung aufgezeigt wurde. Man muss dies ge-

setzlich regeln und dann ist auch Transparenz hergestellt, und wir alle wissen, worüber wir sprechen.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) - Hubert Aiwanger (FW): Ja-wohl!!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Das war keine Frage, sondern eine Feststellung der Kollegin Gote. Ich teile Ihre Meinung, dass wir als einzelne Medienräte nicht immer zwangsläufig die Rechte haben, die wir eigentlich bräuchten, um das Amt gewissenhaft und vollumfänglich ausüben zu können. Dennoch stehe ich zum Grundsatz der staatsfernen Überwachung des Rundfunks. Das hat zur Folge, dass auch die BLM eine gewisse Art von Selbstverwaltung hat. Ich appelliere an die neue Präsidentin oder an den neuen Präsidenten, von der Spitze aus kräftig voranzugehen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die richtigen Akzente zu setzen. Jeder, der im Medienrat ist - Herr Sinner weiß das vielleicht nicht, weil er derzeit nicht im Medienrat ist -, weiß, dass da einiges verkehrt läuft.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Jetzt hat Herr Kollege Werner das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Joachim Werner (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Ich bin entsetzt, auf welche Art und Weise seitens der Regierungsfractionen dieses ernsthafte Thema behandelt wird. Ihre Sozialministerin missgönnt den Sozialhilfeempfängern und den Hartz-IV-Empfängern in München 20 Euro im Monat zusätzlich, findet aber nichts dabei,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

dass sich da soeben einmal einer 100.000 Euro unter den Nagel reißt. In welcher Welt leben wir denn?

(Beifall bei der SPD)

Was machen Sie? - Sie versuchen, den Spieß umzudrehen und machen uns einen Vorwurf, als wären wir dafür verantwortlich. Das ist unglaublich. Als das Verfahren zur Neubesetzung des Amtes des Präsidenten gestartet wurde, waren wir sofort unterwegs und haben respektable Kandidaten gesucht. Schon nach wenigen Tagen war dann in der Zeitung zu lesen: Der Schneider wird es. Wissen Sie, was Sie dann von wirklich sehr respektablen Kandidaten als Antwort bekommen? - Die Sache ist schon entschieden. Letzte Woche haben wir den Beweis dafür erhalten, nämlich

zwei Listen für den Kandidaten Sigi Schneider. Auf der einen haben 15 Medienräte unterschrieben, auf der anderen 14. Das sind 29 und bedeutet bei 47 Medienräten die Mehrheit. Glauben Sie, dass sich jemand, der die Qualifikation für das Amt des Präsidenten der BLM hat, antut, sehenden Auges in ein abgekartetes Spiel zu laufen?

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Das macht niemand. Das ist aber der Stil in diesem Hause, und dieser ist total unangemessen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Thalhammer, Sie haben das Wort.

Tobias Thalhammer (FDP): Herr Kollege Werner, ich danke Ihnen für Ihren emotionalen Beitrag. Ich weiß nicht, wen Sie mit "Sie" gemeint haben, ob Sie mich angesprochen oder jemand anderen gemeint haben. Ich teile aber Ihre Einschätzung, dass unsere Brigitte Meyer von der FDP als Sozialministerin sicherlich eine hervorragende Figur abgeben würde.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich fahre fort, wenn sich alle beruhigt haben. - Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. -

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist einstimmig so beschlossen. Der Landtag übernimmt damit die Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten
zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften
und der Verordnung über Aufgaben der Großen
Kreisstädte (Drs. 16/5479)
- Zweite Lesung -**

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/5479 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie auf der Drucksache 16/6681. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass § 3 neu gefasst wird. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu, allerdings mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 16/6681.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit ist der Gesetzentwurf so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen. Das Gesetz hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zuständigkeiten zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften und der Verordnung über Aufgaben der Großen Kreisstädte".

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung zum Vierzehnten Staatsvertrag
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Vierzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
(Drs. 16/5283)**

- Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Eberhard Sinner. Sie haben das Wort.

Eberhard Sinner (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Jugendmedienschutzstaatsvertrag ist eine Novellierung des gültigen Staatsvertrages aus dem Jahr 2003. Er ist aufgrund einer Evaluierung und der Ereignisse von Winnenden entstanden.

In den letzten Tagen ist vor allem unter den Anbietern im Internet eine Diskussion entstanden, weil die Anbieter diesen Jugendmedienschutzstaatsvertrag sehr kritisch sehen. Vor dem Hintergrund dieser Diskussion haben wir auch im Hochschulausschuss intensiv über dieses Thema diskutiert und sind mit großer Mehrheit über die Parteigrenzen hinweg zu dem Ergebnis gekommen, dass wir diesem Staatsvertrag zustimmen, weil uns einerseits der Jugendschutz ein zentrales Anliegen ist, uns aber andererseits auch die Meinungsfreiheit und die Pressefreiheit wichtig sind.

Offenbar besteht das große Missverständnis, dass in diesen Staatsvertrag grundlegend neue Regelungen aufgenommen worden seien. Materiell und inhaltlich sind in diesen neuen Staatsvertrag aber keine Regelungen aufgenommen worden, die nicht schon im alten Staatsvertrag enthalten gewesen wären. Neu hineingekommen ist, dass von Offline-Medien, also DVDs und Filmen, bekannte Alterskennzeichnungen der Selbstkontrolle FSK und USK auf den Online-Bereich übertragen werden. Über eine Kodierung, die angebracht werden kann, wird es Eltern, die ihre Kinder etwas mehr kontrollieren wollen, als sie das bisher getan haben, ermöglicht, bestimmte Angebote durch technische Mittel auszuschalten.

Das funktioniert aber nur, wenn die Eltern das entsprechende Programm installieren. Ich sage deshalb in aller Deutlichkeit: Technik kann Medienverantwortung und Medienkompetenz nicht ersetzen. Hier geht es um ein Hilfsmittel, das den Eltern angeboten wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei Ihnen allen sind heute sicherlich Briefe eingetroffen, in denen sich große Jugendverbände gegen diesen Staatsvertrag äußern. Ich möchte Sie deshalb bitten, zusammen mit der Staatsregierung, die diesen Staatsvertrag ausgehandelt hat, noch stärker auf die Jugendverbände zuzugehen und die tatsächlichen Inhalte dieses Staatsvertrags besser zu kommunizieren. Kein Webmaster steht plötzlich mit einem Fuß im Gefängnis, weil auf seiner Seite keine Alterskennzeichnungen vorhanden sind. Auf den Seiten muss auch kein erkennbares Label stehen. Hier geht es lediglich um eine Kodierung. Wer eine normale Homepage und einen norma-

len Internetauftritt hat, muss sich wegen einer Alterskennzeichnung keine Sorgen machen. Anders ist das natürlich, wenn jemand entwicklungsbeeinträchtigende oder jugendgefährdende Inhalte bereithält. Hier sind wirksame Sicherungen veranlasst.

Offenbar bestehen bei diesem Staatsvertrag Missverständnisse. Um es ganz klar zu sagen: Jugendgefährdend sind Angebote, die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstacheln, in denen Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, zum Beispiel Nazi-Symbole, verwendet werden und die die Anleitung zu schweren Straftaten, die in § 126 Strafgesetzbuch aufgeführt sind, enthalten, den Krieg verherrlichen usw. "Entwicklungsbeeinträchtigende Angebote" sind ein unbestimmter Rechtsbegriff, der erst durch die Rechtsprechung mit Leben erfüllt wird. Darunter ist zum Beispiel die Werbung für sexuelle Dienste zu verstehen sowie Angebote, die sozialetisch desorientierend sind. Dies sind zum Beispiel Angebote, die kritiklose Vorurteile oder Gewalttaten gegenüber Andersdenkenden präsentieren. Ich könnte diesen Katalog fortsetzen. Normale Blogs und Internetangebote, die solche Inhalte nicht enthalten, sind nicht betroffen. Deswegen gehen die meisten kritischen Bemerkungen, die uns vorgelegt wurden, ins Leere.

Wir haben soeben eine Debatte über die Interna des Medienrats geführt. Deshalb steht es uns als Medienpolitikern gut an, deutlich zu machen, dass der Jugendschutz für uns einen hohen Stellenwert hat. Wir werden über das hinaus, was in diesem Staatsvertrag steht, die Medienkompetenz immer wieder in den Mittelpunkt stellen und darauf hinweisen, dass jeder, der im Internet unterwegs ist - seien es die Eltern oder die Jugendlichen -, eine gewisse Verantwortung hat.

Zur Frage, ob Abmahnungen möglich sind, möchte ich abschließend Herrn Thorsten Feldmann von der FSM - Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter -, der Mitglied im Beschwerdeausschuss ist, zitieren. Er hat sich für den neuen Staatsvertrag ausgesprochen, wenn dieser auch nur ein Minimum mehr Rechtssicherheit als der alte Staatsvertrag schaffe. Wenn aufgrund eines Scheiterns dieses Vertrages der alte Vertrag weiter gelten würde, wäre das um nichts besser, sondern in wesentlichen Teilen sogar schlechter.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Sinner!

Eberhard Sinner (CSU): Wenn das so ist, sollten wir diesem Staatsvertrag mit großer Mehrheit zustimmen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Rabenstein das Wort.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich kann mich kurz fassen: Die Zustimmung der Landesparlamente ist eine reine Formsache. Wir können an diesem vierzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag sowieso nichts mehr ändern. Alles ist schon festgeschrieben. Wir können diesem Staatsvertrag nur noch zustimmen oder ihn ablehnen. Wenn er zum Beispiel von den GRÜNEN aus irgendwelchen nachvollziehbaren Gründen abgelehnt würde, würde das überhaupt nichts ändern. Jemand hat etwas geschrieben, dem ich zustimmen kann: Das ist der Sieg der Bürokratie über die Parlamente. Wenn wir hier diskutieren, aber nichts beschließen können, was sollen dann die langen Diskussionen?

Ich könnte als Beispiel die Altersbegrenzungen anführen. Macht es einen Sinn, zwischen sechs Jahren und null Jahren einen Unterschied zu machen? Darüber könnten wir lange debattieren. Ich würde damit meine fünf Minuten rumbringen. Ich könnte zum Beispiel auch über den Sinn oder Unsinn der Jugendschutzprogramme debattieren, die von den Eltern auf den PC aufgespielt werden müssen. Ich könnte sagen: Bei den Eltern oder den Kindern, die es nötig hätten, wird dieses Programm sicherlich nicht aufgespielt. Die verantwortungsbewussten Eltern brauchen dies eigentlich nicht. Die machen es dann aber am ehesten.

In den Ausschüssen haben wir lange debattiert, ohne viel bewirken zu können. Wir stimmen dem Antrag zu. Rheinland-Pfalz hat auch zugestimmt. Wir als SPD werden den Antrag deshalb nicht ablehnen. Die Zeit für lange Diskussionen können wir uns jedoch sparen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Professor Piazzolo das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich nahtlos an die Ausführungen von Herrn Kollegen Dr. Rabenstein anschließen. Mir bereitet es jedoch Bauchschmerzen, dass die Diskussionen im Ausschuss und im Rahmen der Ersten und Zweiten Lesung nichts bewirken können. In diesem Fall sollten wir uns grundsätzlich die Frage stellen, wie sinnvoll Staatsverträge gerade für das Internet sind.

Ich habe mir die einzelnen Abstimmungen angesehen. Interessant ist, dass die Opposition vielfach dagegen gestimmt hat. Ich glaube, die CDU in Berlin hat ebenfalls dagegen gestimmt. Die GRÜNEN haben in Berlin jedoch dafür gestimmt. Dort geht einiges durcheinander.

Kann im Rahmen eines Staatsvertrages wirklich der Versuch unternommen werden, das Internet zu kontrollieren? Es handelt sich um einen Staatsvertrag, der nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist. Das ist ein untauglicher Versuch. Die Länderparlamente haben darauf keinen Einfluss. Vor dem Hintergrund der Anhörung über den Einfluss der Länderparlamente auf die Entscheidungen der Staatsregierung bewirken diese Debatten leider recht wenig. Viele stimmen zu, obwohl Bedenken bezüglich der Wirksamkeit vorhanden sind. Einerseits ist der Staatsvertrag in seiner Wirkung so schwach, dass er im Internet wenig ausrichten kann, andererseits erzeugen die dort festgehaltenen Verpflichtungen große Sorgen bei der User-Gemeinschaft. Wir müssen sehen, ob wir nicht doch eher in Richtung Abmahnung gehen. Die Unzufriedenheit ist bei den meisten sehr groß. Dennoch werden wir, wenn auch mit Bauchschmerzen, dem Staatsvertrag zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Ulrike Gote das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Debatten um den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag im Landtag, im Netz und in vielen öffentlichen Veranstaltungen zeigen deutlich, wie schwierig es ist, den Jugendmedienschutz im Internet umzusetzen und sicherzustellen. Die GRÜNEN sind der Meinung, die wichtigsten Regelungen für den Jugendmedienschutz sind bereits im jetzigen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag geregelt. Herr Kollege Sinner hat schon einige Punkte genannt. Vieles ist schon klar.

Zu verschiedenen Regelungen hat es hier Verwirrung gegeben. Der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag ist an manchen Stellen nicht besonders gut und verständlich formuliert. Die Formulierungen geben nicht das wieder, was gemeint ist. Bei vielen Netzaktivistinnen und Netzaktivisten ist der Eindruck entstanden, jeder werde gezwungen, seine Angebote mit einer Alterskennzeichnung zu versehen. Wir wissen - das haben wir auch immer gesagt -, dass dies nicht so ist. Den Weg, den Jugendmedienschutz über die Alterskennzeichnung, die Sperrung und die Filterung zu gewährleisten, halten wir grundsätzlich für falsch. Deshalb werden wir den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag in vorliegender Form ablehnen.

Mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wird ein Weg eröffnet, der für uns auf lange Sicht nicht zukunftsfähig ist. Im Prinzip ist der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag schon wieder überholt. Zum

einen ist er überholt, zum anderen sind die technischen Instrumente für die Filterprogramme noch gar nicht entwickelt. Sie sind überholt, bevor sie entwickelt werden. Wir halten die Maßnahmen schlichtweg für nicht praktikabel und nicht realisierbar. Darüber hinaus ist es grundsätzlich falsch, mit Sperren zu arbeiten.

In der Debatte ist deutlich geworden, dass wir für die Medienkompetenz sehr viel mehr tun müssen, und zwar auf allen Ebenen. Die Kinder, vor allem aber auch die Erziehungsberechtigten sowie die Erzieherinnen und Erzieher sollten in den Kindertagesstätten, in der Schule und überall dort, wo Bildung stattfindet, eingebunden werden. Wenn wir dort viel erreichen, kann der Jugendmedienschutz erfolgreich umgesetzt werden. Den Weg, der mit diesem Staatsvertrag beschränkt wird, halten wir für falsch. Den Staatsvertrag lehnen wir deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Sandt das Wort. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Jugendmedienschutz ist eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Jugendliche verbringen sehr viel Zeit am Computer. Das prägt die Persönlichkeit. Sie müssen lernen, mit den unzähligen Informationen umzugehen, Quellen richtig einzuschätzen, und Persönlichkeits- und Urheberrechte zu achten. Wir müssen sie vor Mediensucht, extremistischen Inhalten, Gewalt und Pornografie schützen.

Frau Gote, Sie haben recht: Wir brauchen die Medienziehung, um das zu erreichen. Hierzu müssen die Eltern, aber auch die Schulen eingebunden werden. Mit dem Medienführerschein und den Referenzschulen wird hier schon einiges getan. Das alles unterstützen wir. Wir bezweifeln nicht, dass vor uns noch eine Herkulesaufgabe liegt. Jedoch ist es falsch, zu sagen: Wir wollen keine Filtermöglichkeiten schaffen. Wir wollen den Eltern keine technischen Instrumente an die Hand geben. Das wäre so, als würde man sagen: Wir bauen keine Airbags und Gurte mehr in die Autos ein, da die Leute ansonsten unvorsichtig fahren. Wir müssen das eine tun, ohne das andere zu lassen. Neben der Vermittlung von Medienkompetenz sollte den Eltern die Chance eröffnet werden, ihre Kinder vor gefährlichen Inhalten im Internet zu schützen.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag wird mithilfe der Filtermöglichkeiten die Verantwortung auf den Nutzer und somit auch auf die Eltern übertragen. Damit die Filtersoftware erkennt, ob der Inhalt für Ju-

gendliche geeignet ist, müssen die Anbieter diese Inhalte kennzeichnen. Diese Kennzeichnung ist allerdings freiwillig.

Wir haben erkannt und in unseren Verhandlungen berücksichtigt, dass das Internet schon lange keine Einbahnstraße mehr ist. Neben den Homepages, deren Inhalte kontrolliert werden können, gibt es immer mehr Foren, Blogs und Social Networks, in die Jugendliche selber Inhalte hineinstellen. Von der Staatskanzlei wurde uns mit Blick auf die Kennzeichnung entgegengehalten: Wo Biomilch draufsteht, muss Biomilch drin sein. Das Internet ist jedoch kein Supermarkt, in dem sich jeder seine verpackte Biomilch kauft. Das Internet ist vielmehr eine Bar, in der sich jeder seine Milch zusammenmixen und seine Milchmischgetränke anbieten kann. Wenn jemand Alkohol in die Milch mixt und diese einem Kind zu trinken gibt, muss er bestraft werden.

Im Zusammenhang mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag werden jedoch zum Teil unmögliche Ängste geschürt. Seiten, die für Jugendliche nicht geeignet sind, müssen nicht für Jugendliche unzugänglich gemacht, sondern lediglich gekennzeichnet werden. Unzugänglich macht sie gegebenenfalls die Filtersoftware, wenn sie von den Eltern installiert worden ist. Viele Jugendliche sind vollkommen falsch informiert. Wir müssen hier noch viel Kommunikationsarbeit leisten.

Wir appellieren an die Zugangsvermittler, die Zugangssoftware kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Zugangsvermittler tragen zwar die Verantwortung für die Software, jedoch nicht für die Inhalte, da sie nur Vermittler und keine Anbieter sind. Das ist ein Verhandlungserfolg gewesen, auch der FDP.

Die FDP hat sich auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag schon nach drei Jahren evaluiert wird. Hier gibt es Möglichkeiten, das eine oder andere zu verändern.

Weiter haben wir uns dafür eingesetzt, dass Alterskennzeichnungen der Selbstkontrolle verwendet werden. Auch das ist jetzt im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag verankert. Es wird also keine neue Klassifizierung und keinen Kennzeichenschilderwald geben. Auch das haben wir zum Glück verhindert. Jugendliche müssen weiterhin die Möglichkeit haben, selbstproduzierte Texte, Blogs, Podcasts und Videos einzustellen und im Internet zu verbreiten. Diese kommunikative, kreative und partizipative Betätigung gehört in der heutigen Zeit zum Erwachsenwerden und zur Sozialisation.

Falsch ist auch das Gerücht, dass der Anbieter seine Seiten 24 Stunden überwachen müsse. Wenn jemand

einen Webblog anbietet und nicht genau weiß, was ein Dritter möglicherweise einstellt, reicht es, wenn er sich einer Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle unterwirft. Auch in Zukunft soll jeder Mensch wie bisher frei über das Internet kommunizieren, informieren und Kommentare abgeben können. Gleichzeitig wollen wir den Jugendschutz sichern. Das ist uns ein Anliegen. Deshalb bitte ich Sie, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Staatsminister Siegfried Schneider das Wort.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst einmal ganz herzlich für die Aussprache und die Diskussion über dieses sicher schwierige Thema. Auf die Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Es gibt auch keinen Weg, von dem wir sagen können, dass wir alle Themen abgearbeitet haben, wenn wir ihn gehen. Das Internet ist ein Medium, das mit großen Änderungen verbunden ist. Frau Sandt hat darauf hingewiesen, dass in drei Jahren eine Evaluierung stattfindet. Die Evaluation muss frühzeitig erfolgen, weil wir gar nicht wissen, welche technischen Änderungen und Möglichkeiten sich entwickeln werden. Ganz eindeutig kann die Lösung aber nicht darin bestehen, dass wir gar nichts tun und abwarten, was passiert. Ich habe noch keinen Vorschlag dazu gehört, wie man es besser machen könnte. Dagegen zu sein, ist zwar eine Haltung. Sie bringt uns aber nicht weiter, wenn es uns in erster Linie darum gehen muss, Kinder und Jugendliche zu schützen. Im Netz sind Gefahren vorhanden. Deshalb müssen wir den Jugendschutz auf mehreren Säulen aufbauen. Eine Säule ist die Selbstkontrolle der Anbieter, die damit ein Stück gesellschaftlicher Verantwortung übernehmen. In einem ganz großen Umfang ist die zweite Säule der Bereich der Medienkompetenz. Auf den Medienführerschein wurde schon hingewiesen. Das ist ein Weg. Wir müssen auch die Eltern dafür gewinnen, dass sie sich dieser Verantwortung stellen.

Dritte Säule: Diejenigen Anbieter, die sich nicht an ihre Verpflichtungen halten, müssen mit einer Ahndung rechnen. Letztlich geht es uns allen darum, dass wir die Möglichkeiten des Netzes offen halten und diese Möglichkeiten der jungen Generation zur Verfügung stellen. Lieber Kollege Sinner, das Gespräch mit den Jugendverbänden werden wir in der nächsten Zeit führen. Es ist wichtig, im Dialog zu bleiben. Es geht nicht um Strafaktionen, sondern darum, die Freiheit des Netzes zu beschränken und damit die Anliegen der Kinder und Jugendlichen zu berücksichtigen.

Deshalb danke ich ganz herzlich denen, die dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zustimmen werden. Ich hoffe, dass wir damit zum Wohle unserer Kinder und Jugendlichen ein Stück vorankommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Lassen Sie mich darauf hinweisen, dass auf die staatsrechtlich parlamentarische Problematik des Instruments des Staatsvertrags hinreichend eingegangen worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Staatsvertrag auf Drucksache 16/5283 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur auf Drucksache 16/6693 zugrunde. Gemäß § 58 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Staatsvertrag erfolgen. Der federführende Ausschuss empfiehlt Zustimmung. Wer dem Staatsvertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der Freien Wähler und der SPD. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Ich sehe keine. Dem Staatsvertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drs. 16/5873) - Zweite Lesung -

Ich möchte darauf hinweisen, dass für die Schlussabstimmung von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster hat der Kollege Martin Bachhuber das Wort.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Selten wurde hier in der jüngeren Vergangenheit über einen Gesetzentwurf diskutiert, der bereits im Vorfeld in diesem Haus eine so große fraktionsübergreifende Zustimmung erfahren hat wie eben dieses Olympiagesetz. Das Olympiagesetz wird deshalb auch in der Zweiten Lesung von diesem Hohen Haus mit großer Mehrheit verabschiedet werden. Daran werden auch Störfeuer aus diesem Haus oder von außen nichts ändern.

Ich betone es in aller Deutlichkeit: Wenn heute eine Anwaltskanzlei meint, diesem Hohen Haus ein Ultimatum stellen zu müssen, dann sage ich ganz klipp und klar: Der Bayerische Landtag lässt sich nicht erpressen!

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich war in den vergangenen Wochen zusammen mit Herrn Staatsminister Siegfried Schneider sehr intensiv in die Gespräche über die Grundstücke in Garmisch-Partenkirchen eingebunden. Ich kann Ihnen heute deshalb guten Gewissens sagen, dass im Augenblick mit 59 Grundstückseigentümern im Hinblick auf die Olympiabewerbung noch keine definitive Einigung erzielt wurde. Das mag auch die Zahl der Mandate des Rechtsanwalts sein.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da wird es Zeit!)

Darunter gibt es gerade noch einmal eine Hand voll Grundstücksbesitzern, mit denen Verhandlungen angestrebt werden, lieber Thomas Mütze.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Zwölf insgesamt!)

Sollte sich mit ihnen keine Einigung erzielen lassen, wird es Alternativen geben, welche die Bewerbung in keiner Weise gefährden. Alle Forderungen, die just vor einem Jahr in Garmisch-Partenkirchen öffentlich aufgestellt wurden, wurden vom Organisationskomitee unter starker Mithilfe von Staatsminister Siegfried Schneider erfüllt. Die Hausaufgaben wurden gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Olympiabewerbung für 2018 wird nicht an diesem Widerstand scheitern. Wir lassen uns nicht von wenigen eine demokratisch bereits legitimierte Bewerbung aushebeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vergangenen Wochen, in denen in diesem Haus die parlamentarischen Diskussionen über das Olympiagesetz geführt wurden, haben gezeigt, dass es wider Erwarten doch möglich ist, dass sich ein Vertreter der CSU über die Existenz von SPD und Freien Wählern im Bayerischen Landtag freuen kann. Ganz im Ernst, die nach der Ersten Lesung des Olympiagesetzes in insgesamt sechs Ausschüssen durchgeführten Abstimmungen haben ein Ergebnis gebracht, das bisher kaum möglich war.

(Tobias Thalhammer (FDP): Haben Sie sich auch über die FDP gefreut?)

In allen Ausschüssen haben CSU, FDP, SPD und Freie Wähler diesem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilt. Dagegen waren immer nur die GRÜNEN.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Einer muss den Kopf hinhalten!)

Im Umweltausschuss gab es aber eine Zustimmung von den GRÜNEN. Diese große Übereinstimmung quer durch vier von fünf Fraktionen beweist - lassen Sie sich das sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN -, dass das Olympiagesetz durchdacht, wohl abgewogen und ausgereift ist. Es ist ein Sicherheitsgarant für die olympische Vorbereitung und die Durchführung und Nachbetrachtung der Festspiele 2018.

(Zuruf von der SPD: Festspiele?)

Das Olympiagesetz ist zugleich die Basis, dass in Bayern ein großartiges Ereignis Realität werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Lieber Thomas Mütze, ich bitte um Aufmerksamkeit.

Meine sehr verehrte Damen und Herren, das Olympiagesetz ist kein Spaßgesetz, das wir heute nur zum Zweck verabschieden, damit die Jugend über die Kandahar-Abfahrt rasen kann oder damit Funktionäre aus exotischen Ländern das erste Mal in ihrem Leben Schnee sehen. Das Olympiagesetz ist weit mehr als ein Gesetz. Es regelt die Durchführung der Olympischen Winterspiele 2018 und der sich daran anschließenden Paralympischen Winterspiele. Ich meine, dieses Gesetz ist auch ein "Konjunkturpaket 3" für den gesamten Freistaat Bayern. Die Olympischen Winterspiele 2018 werden positive Impulse für die Bauwirtschaft, das Handwerk, den Handel und das Dienstleistungsgewerbe geben, die weit über die Austragungsorte hinausreichen werden. Alleine für Garmisch-Partenkirchen ist ein Wertschöpfungspotenzial von weit über 500 Millionen Euro zu erwarten. Daraus erschließen sich ungeahnte Chancen für die heimische Wirtschaft, die diese Region gut brauchen kann. Hinzu kommen Maßnahmen im Rahmen des Sportstättenbaus sowie die temporären Maßnahmen, die vom Olympischen Komitee ausgeschrieben werden und deren Volumen weitere 100 Millionen Euro betragen wird. Nicht zuletzt wird der Tourismus, dessen Wirtschaftskraft in Bayern oft verkannt wird, einen Impuls erfahren, wie er sonst nicht in dieser kurzen Zeit realisiert werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass der Freistaat Bayern sich mit einem Olympiagesetz ebenso wie der Bund und die Stadt München zur Übernah-

me von einem Drittel eines theoretischen Defizits verpflichtet, erscheint angesichts dessen durchaus angemessen. Wir werden mit Nachdruck darauf hinwirken, dass es nicht, wie bei vergangenen Olympischen Winterspielen, zu einem Defizit kommen wird.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang möchte ich auf eines verweisen: Wie Sie alle wissen, werden die Ausgaben des Bundes, des Landes, der Kommunen und der privaten Investoren für Sportstätten und Verkehrsinfrastruktur auf ein Volumen zwischen 1,35 bis 1,84 Milliarden Euro geschätzt. Im Bereich Verkehrsinfrastruktur sind das ausnahmslos Maßnahmen, auf die die Regionen Garmisch-Partenkirchen, Berchtesgadener Land und München schon seit Jahrzehnten warten. Das ist gewiss viel Geld. In dieser Summe sind aber auch 500 Millionen Euro enthalten, die der Bund für die Verkehrsinfrastruktur in Garmisch-Partenkirchen bezahlt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden mit diesen Olympischen Spielen die Voraussetzungen schaffen, dass sich Bayern in bester Weise präsentieren kann. Die Präsentationen in Mexiko und in China waren die beste Werbung für unser Oberbayern und für den ganzen Freistaat Bayern. Dass wir mit dieser Bewerbung die besten Voraussetzungen schaffen wollen, damit die Olympischen Spiele für alle Teilnehmer, aber auch insbesondere für Bayern große Nachhaltigkeit erzielen, dafür steht das Olympiagesetz.

Werte Kolleginnen und Kollegen, beim Blick auf die Rednerliste ist mir als Redner Kollege Hartmann aufgefallen. Er wird uns sicherlich erzählen, wie schrecklich die Winterspiele doch seien, weil das gesamte Geld in den Süden fließe und der Norden Bayerns wie ein Hund draußen vor der Metzgerei bleiben müsse. Mit dieser reflexartigen Argumentation, werter Kollege Hartmann, werden Sie selbst in Coburg und in Hof aus einem einfachen Grund nicht landen können. Fakt ist, dass die Metropolregion München bereits jetzt 30 % des bayerischen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und bereits jetzt 40 % der bayerischen Steuereinnahmen in der Metropolregion München anfallen. Wenn wegen der Olympischen Winterspiele weitere Steuereinnahmen fließen werden, wird ganz Bayern wie bei den Olympischen Spielen 1972 davon profitieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit der Verabschiedung des Olympiagesetzes ebnet der Bayerische Landtag nicht nur den Weg für die Durchführung der Winterspiele 2018, sondern wir machen zugleich auch deutlich, dass wir gewillt sind, die Bewerbung zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Olympiabewerbung 2018 ist eine einmalige Chance für

ganz Bayern. Das Olympiagesetz ebnet den Weg, damit wir diese Chance ergreifen können. Mit diesem Gesetz schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass das bedeutendste Sportereignis der Welt nach Bayern geholt werden kann und dass die Paralympics bei uns stattfinden können. Eine größere Wertschätzung der Menschen mit Behinderungen gibt es nicht. Und mit diesem Gesetz schaffen wir Sicherheit für die beteiligten Kommunen, aber auch für die beteiligten Bürgerinnen und Bürger und die Grundstücksbesitzer in den betroffenen Regionen. Kurzum, es gibt keinen triftigen Grund, sich gegen die Olympiabewerbung und gegen das Olympiagesetz zu stemmen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als nächster Redner hat Kollege Florian Ritter das Wort. Bitte schön.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über das Grundlagengesetz für die Olympischen und die Paralympischen Winterspiele 2018 in Bayern ab. Damit befinden wir uns nicht am Ende eines Weges, sondern damit beginnt für uns erst der Weg. Ich möchte nicht nur die Freude aufgreifen, die im Raum ist, sondern ich möchte auch auf die Verantwortung hinweisen, die wir uns mit diesem Gesetz auf die Schultern laden. Sicherlich wäre es ein Anlass zur Freude, wenn es uns gelänge, die Olympischen Winterspiele nach Bayern zu holen. Wir wissen aber auch, dass wir alle Investitionen, die wir in einer bayerischen Region vornehmen, gegenüber allen anderen Regionen rechtfertigen müssen. Wir wissen auch, dass all unser Handeln Einfluss auf unsere natürliche Umgebung hat. Dieses Wissen müssen wir uns bei der Behandlung des Gesetzentwurfes klarmachen. Es muss bei dem, was in den kommenden Jahren auf uns zukommt, Grundlage der Diskussion sein.

Das Konzept der Bewerbergesellschaft ist meines Erachtens insbesondere im Hinblick auf die ökologischen Fragestellungen zukunftsweisend: der Rückgriff auf die vorhandene Infrastruktur, der Rückbau von Anlagen, der meines Erachtens sehr sinnvolle Ersatz einer bestehenden Bebauung in München, die energetisch höchst problematisch ist, der technologisch und ökologisch zukunftsweisende Bau des Olympischen Dorfes, das danach dem Wohnungsmarkt zur Verfügung gestellt werden kann, und nicht zuletzt die Umweltprojekte, die Bestandteil des Projekts und nicht nur Rahmenprogramm sind. Wir wollen, dass das vorgelegte Konzept nicht nur hübsch aussieht, sondern wir wollen es mit einem hohen Anspruch an die Qualität der Winterspiele umsetzen.

Wir wissen, dass im Tourismus und bei Outdoor-Sportarten Eingriffe in die Natur und sehr problematische Entwicklungen stattfinden. Wir haben die Gelegenheit, endlich ein wirklich zukunftsweisendes Projekt umzusetzen, mit dem in Bayern positive Gegenbeispiele zu den Konzepten der anderen Bewerberstädte gesetzt werden. Das bayerische Konzept ist weltweit zukunftsweisend und innovativ.

Wir könnten natürlich die Entwicklung im Tourismusbereich auch so laufen lassen, wie sie läuft. Damit würden wir uns allerdings keinen Gefallen tun. Wir brauchen einen umweltpolitischen Quantensprung im Tourismus, und da können wir mit den Olympischen Winterspielen ein Zeichen setzen.

(Beifall bei der SPD)

Das umzusetzen wird in den nächsten Jahren eine Aufgabe sein, der wir alle mit hoher Verantwortung nachkommen müssen. Wir müssen und werden auch sicherstellen, dass Investitionen für Olympia nicht auf Kosten anderer Infrastrukturprojekte in Bayern stattfinden.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Wie sicherstellen?)

Da gibt es zum einen die Verhandlungen über einen Sondertopf, die mit dem Bund geführt werden. Was aber für den Bund gilt, Kolleginnen und Kollegen, muss selbstverständlich auch für Bayern gelten.

(Beifall bei der SPD)

Es wird unsere Aufgabe in diesem Haus sein, das haushaltspolitisch entsprechend umzusetzen. Die Olympischen und die Paralympischen Spiele können, sollen und werden eine Chance für ganz Bayern sein. Wir wollen uns von unserer besten Seite als moderner und ökologisch handelnder Standort für Sport, Wirtschaft und Tourismus darstellen. Und dazu machen wir heute einen ersten Schritt. Die eigentliche Arbeit, Kolleginnen und Kollegen, kommt dann, wenn der Zuschlag nach Bayern geht. Dann haben wir wieder eine Möglichkeit, uns zu freuen. Aber dann kommt auch der Zeitpunkt, wo wir die Ärmel hochkrempeln und für die Umsetzung dieses meines Erachtens wirklich zukunftsweisenden Konzeptes sorgen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Florian Streibl. Bitte schön, Herr Streibl.

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordneter, der im Landkreis Garmisch-Partenkirchen

wohnt, fühle ich mich natürlich auch herausgefordert, hier zu reden und auf die Chancen von Olympischen Winterspielen hinzuweisen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Wie ist es in Oberammergau?)

In Oberammergau, mein lieber Kollege von den GRÜNEN, hat Ihre Fraktion Veranstaltungen durchgeführt, in denen Sie sich zu Totengräbern der Region aufgespielt haben. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für Ihre Partei.

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es sollte schon so sein, dass man hier versucht, die Diskussion sachlich zu führen, ohne irrationale Ängste zu schüren und Argumente zu bringen, die die Leute verunsichern und verwirren. Man kann eigentlich in der Olympiabewerbung nur Positives sehen, wenn man sie richtig anpackt. Eine Fundamentalverweigerung, wie sie von manchen hier geübt wird, ist kein verantwortlicher Umgang. Ein Neinsagen ist nicht verantwortlich, sondern das ist letztlich dumm.

Man sollte einfach sehen, was in dieser Region los ist und wie man diese Region stützen und fördern kann. Man muss sehen, dass man hier in einer Gesamtverantwortung steht. Sich einfach auszuklinken, ist nicht angebracht.

Im Grunde wollte ich eher zu einer gewissen Besonnenheit aufrufen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da wird es Zeit!)

Wir leben in einer weltweiten Gesamtkultur. Sportliche Veranstaltungen führen letztlich zu einem psychischen Gleichgewicht beim Einzelnen, aber auch in einer Gesellschaft, auch in einer Weltgesellschaft. Die geschwisterlichen Beziehungen zwischen Menschen und Lebensverhältnissen sowie zwischen Nationen und Mentalitäten werden dadurch gefördert und gestützt. Wir sollten erkennen, dass wir in der einen Welt leben. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und schauen, wie eine Weltsolidarität gefördert wird, nämlich gerade durch solche Veranstaltungen, die weltweit Geltung und Achtung genießen. Insofern würde ich sogar von einem Gemeingut Olympische Spiele sprechen, das zu fördern und zu unterstützen ist.

Die Olympischen Spiele werden auf jeden Fall durchgeführt werden. Wir sollten als Bayern schon auch den Hut in den Ring werfen und sagen, dass wir davon überzeugt sind, die besten und nachhaltigsten

Spiele auszurichten. Unsere Bewerbung liegt im Grunde sehr, sehr gut. Darum sollten wir uns das ganze Konzept nicht schlechtreden lassen. An diesem Konzept wurde intensiv gearbeitet. Die ganzen Bedenken, die es gab, sind mit aufgenommen worden. Es gab viele Diskussionen. Viele Menschen haben sich bemüht und haben um diese Bewerbung gerungen. Viele Emotionen wurden hineingesetzt und auf der Strecke gelassen.

Wenn man überhaupt nicht will, dann sollte man das ehrlich sagen, aber nicht Argumente an den Haaren herbeiziehen. Dann sollte man sagen: Wir wollen die Olympischen Spiele nicht und auch sonst nirgends auf diesem Planeten. Das wäre ehrlich. Aber zu sagen, nein, wir wollen das hier nicht, weil uns das Hemd näher ist als der Rock, das ist ein bisschen zu kurz gesprungen. Wir sollten verantwortlich mit der Sache umgehen.

Wenn ich meine Region anschau, so stellte ich fest: In den letzten Jahrzehnten wurde im Süden von München bis zum Alpenrand sehr wenig investiert. Die letzte große Infrastrukturmaßnahme war im Zuge der Olympischen Spiele 1972 die Autobahn, die nach Garmisch-Partenkirchen führt. Wir brauchen einen Investitionsschub, nicht nur materiell, sondern auch durch Aufmerksamkeit auf internationalem Parkett, damit wir wieder wahrgenommen werden, auch als Tourismusregion. Hierfür sind diese Spiele Gold wert. Sie sind die beste Wirtschaftsförderung, die wir überhaupt haben können.

Aus den letzten Gesprächen, die ich mit der Autobahndirektion geführt habe, wurde deutlich, dass die gesamten Infrastrukturmaßnahmen, die mit den vier Tunnelprojekten in Garmisch-Partenkirchen geplant sind, unter dem Stern der Olympischen Winterspiele stehen. Klar ist es, dass diese Tunnel irgendwann kommen würden. Aber selbst die Umfahrung von Oberau, für die jetzt die Ausschreibung läuft, wird nur dann zeitnah umgesetzt - so heißt es in der Ausschreibung -, wenn der Zuschlag für Olympia kommt. Das Gleiche ist mit dem Kramertunnel, mit dem man schon zu bauen anfängt. Auch der wird nur dann fortgesetzt, wenn Olympia kommt, weil nur dann die Finanzierung gesichert ist. Man kann nicht eine ganze Region wieder in den Urwald zurückschicken,

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

nur weil man sich einer Olympiade verweigert.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Da sind die Oberfranken besser dran! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte Sie, Ihre Position zu überdenken. Sie reden gut, aber von einer schönen Naturkulisse kann man nicht herunterbeißen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Die Berge bei uns sind auch ein Lebens- und Wirtschaftsraum und keine romantische Kulisse mit Naherholungswert.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Mütze, beruhigen Sie sich wieder!

Florian Streibl (FW): Und eines sollte man auch sehen, nämlich die Nachhaltigkeit dieses Konzepts.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Die Leute fahren wegen der Kulisse, nicht wegen der Autobahn dort hin!)

Bei uns in Garmisch bestehen ungefähr 75 % der Sportstätten schon. Man kann auf vieles zurückgreifen, was schon da ist, auch in München. Darum ist das eine Leuchtturm-Olympiabewerbung, die es so noch nie gegeben hat. Dieses Pfund sollten wir nutzen und darstellen, nämlich dass wir auch mit ökologischen Technologien weltweit marktführend sein können, dass wir eine perfekte ökologische Olympiabewerbung einreichen und darstellen können. Darum ist eigentlich Mitmachen angesagt und nicht die Verweigerung. Die Chance, da ein gutes, nachhaltiges und durchdachtes Konzept vorzulegen und mitzuarbeiten, sollte man sich nicht entgehen lassen. Es geht letztlich um unsere Region und um die Menschen, die hier leben und hier ihre Zukunft sehen, indem sie sehen, dass etwas weitergeht, dass sie wieder Aufmerksamkeit bekommen und sich darstellen können.

Darum bitte ich Sie um Unterstützung. Die große Mehrheit dieses Hauses will ja dieses Gesetz, wie es in der Ersten Lesung in allen Ausschüssen deutlich geworden ist. Ich meine, man muss ein großes Ja zu Olympia sagen und darf sich nicht von Kleingeistern niederreden lassen. Es werden immer wieder verzweifelte Versuche gemacht, in der Öffentlichkeit die Olympiabewerbung schlechtzureden. Es ist schandbar, dass man auf jedes populistische Mittel zurückgreift, um das Ganze madig zu machen, weil man wohl weiß, dass das IOC auch auf die Stimmung im Lande schaut. Hier künstlich eine negative Stimmung erzeugen zu wollen, wird der Sache nicht gerecht. Wenn das der letzte Hoffungsanker der Fundamentalverweigerer ist, dann bitte schön. Ich glaube aber,

sie werden damit nicht durchdringen. Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr über eine glückliche Bewerbung reden können.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Ludwig Hartmann das Wort.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kollege Bachhuber, Sie werden es kaum glauben, aber einen Satz kann ich bei Ihnen unterstreichen: Das Parlament lässt sich nicht erpressen. Da bin ich vollkommen auf Ihrer Seite. Das heißt für mich aber auch, dass wir immer nach bestem Wissen und Gewissen abwägen, und das heißt für mich auch, dass wir nicht ein Gesetz machen dürfen, bei dem wir dem IOC, einer intransparenten Vereinigung, einen Blankoscheck ausstellen und Artikel 39 Absatz 1 der Bayerischen Haushaltsordnung außer Kraft setzen, wonach wir keine unbegrenzten Bürgschaften geben dürfen. Auch das gehört dazu. In der Begründung, derzufolge Sie das machen müssen, steht wörtlich, dass sonst die Chancen geschmälert würden, den Zuschlag zu bekommen. In dieser Hinsicht kann man auch sagen, dass Sie sich erpressen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprechen von einzelnen Störfeuern, die aus Garmisch kämen. Ich weiß nicht, wie lange Sie sich mit der Bewerbung befasst haben. Es handelt sich um eine Bewerbung, die alle zwei Monate auf die Schnauze fällt. Das hat bei den Geschäftsführern angefangen, dann kam das Problem der Finanzierung der Bewerbung. Hinzu kam im Frühjahr die Grundstücksproblematik, die immer noch ungelöst ist. Man muss das einfach einmal zur Kenntnis nehmen. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass man mit der Aussage angetreten ist, genau das zu vermeiden. Es hieß, die Deutschen seien Weltmeister im Planen, Organisieren und Durchführen. Man hat immer auf die Fußball-WM 2006 verwiesen. Aber man hat nach dem derzeitigen Stand nicht viel erreicht. Man fällt ständig auf die Schnauze, sieht sich vor neuen Hindernissen und kommt nicht weiter. Das ist Fakt.

Hinzu kommt - das ist heute schon deutlich -: Von Herrn Bachhuber ist kritisiert worden, wir liefen durch das Land und kritisierten, alles Geld werde in den Süden geleitet und dem Norden bliebe nichts mehr übrig. Dass diese Angst nicht ganz unbegründet ist, zeigt der Redebeitrag der SPD. Man muss ehrlich sagen: Die Angst ist nicht unbegründet.

(Florian Ritter (SPD): Das hat damit nichts zu tun!)

Doch, damit hat es zu tun; Herr Ritter: Bei der Forderung nach Sondertöpfen auf Bundesebene und der Frage, was Bayern bekommt, wissen Sie genau so gut wie ich, dass die anderen Bundesländer nicht Hurra schreien, wenn Sie Bayern mehr Geld geben sollen. Das wird nicht passieren. Wir haben das bei anderen großen Projekten festgestellt. Warum soll es bei Olympia so kommen?

Des Weiteren muss man sich die Transparenz ansehen: Immer wieder höre ich - auch vonseiten der SPD wurde eine Pressemitteilung herausgegeben -, man fordere Offenheit. Man muss dabei ehrlich sagen: Sie fordern das zu Recht. Sie haben ja wahrscheinlich noch nicht einmal das Umweltkonzept richtig gelesen. Sie führen aus, es koste 40 Millionen. Wenn man sich die Unterlagen ansieht, dann sieht man auf Seite 166, dass es bis zu 139 Millionen Euro kostet. Sie hätten die richtige Zahl verwendet, wenn Sie die Unterlagen gehabt und entsprechend angesehen hätten.

Ein weiterer Bereich, der deutlich angesprochen werden muss, ist die Transparenz bei den Kosten. Es wird immer so hingestellt, als ob über die Sicherheitskosten in dem Ausschuss bereits intensiv diskutiert worden sei. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass die Staatsregierung bzw. die Bewerbungsgesellschaft bei den Sicherheitskosten schon jetzt eine kreative Buchführung anwendet; man muss das ganz offen sagen. Ihnen allen ist ja bekannt, dass ein Non-OCOG-Budget und ein OCOG-Budget gibt. Das OCOG-Budget betrifft die reine Durchführung der Spiele. Wir sind uns sicher alle einig: Die Sicherheit während der Spiele ist für die Durchführung der Spiele notwendig. Ich denke, jeder in diesem Hohen Haus ist d'accord, dass das so ist. Wo werden die Sicherheitskosten gebucht? Einmal mit 31,8 Millionen Euro im OCOG-Budget, wo sie hineingehören. Weitere Kosten bis zu einer Summe von circa 50 Millionen Euro werden im Non-OCOG-Budget gebucht. Hierher gehören keine Sicherheitskosten. Die Kosten für die Polizistinnen und Polizisten aus anderen Bundesländern werden über den laufenden Haushalt gebucht. Das steht im Olympia-Gesetz.

Das heißt: Schon jetzt, bevor die Spiele überhaupt stattfinden, wird über drei verschiedene Posten gebucht. Man müsste ganz ehrlich sagen: Die entstehenden Kosten für die Durchführung - das sind die Sicherheitskosten - gehören in das OCOG-Budget und dürfen nirgendwo anders gebucht werden.

Vorhin wurde - ich glaube, von Herrn Kollegen Ritter - die Frage angesprochen, wo man in Bezug auf den Tourismus hin möchte. Wenn man jetzt weiter auf den Wintersport setzt, macht man genauso weiter wie in den letzten Jahren. Man muss das ganz offen sagen.

Die Chancen der Region Garmisch-Partenkirchen für den sanften und nachhaltigen Tourismus im Zuge eines Klimawandels werden sicher nicht im Wintersport liegen. Mit Sicherheit wird das nicht funktionieren. Wintersport und Liftanlagen rentierten sich nur bei 100 Tagen Schneesicherheit. Das wird dort nicht klappen. Mit diesem Ereignis wird Garmisch-Partenkirchen aber als Wintersportort beworben. Ich möchte das einmal sehen, wenn die Bauarbeiten dort stattfinden und an den Hängen gearbeitet wird. Es wird dort Eingriffe geben; das ist unumstritten. Was sagt eigentlich der Sommertourist, der vorher kommt, dazu? Geht er dort hin, wo der Lärm ist? Das wird er nicht tun. Wer sagt, dass er nach zwei oder drei Jahren wieder kommen wird? Das wird so nicht eintreten. Die Anlagen müssen ein Jahr vor Beginn der Spiele fertig sein - und damit nicht erst 2018. Das heißt, die Baustellen existieren bereits zwei Jahre davor. Man muss sich überlegen, ob man das in dieser Region haben möchte. Das Tal ist für dieses große Event einfach zu klein.

Obwohl es im Olympia-Gesetz enthalten ist, wird über Folgendes kaum diskutiert: Wir greifen massiv in die Planungshoheit der Kommunen ein. Wir schreiben vor, dass im näheren Umkreis der Austragungsorte keine Sportevents stattfinden dürfen, und zwar eine Woche vor und während der Spiele und auch eine Woche danach. Muten wir uns als Landesparlament zu, das den benachbarten Kommunen vorzuschreiben? Das liegt eigentlich in deren Hoheit. Man kann das eigentlich so nicht machen.

Deutlich angesprochen werden muss auch das Thema der Kosten und der Einnahmen. Ich bin damit beim Hauptkritikpunkt von unserer Seite. Die Kosten werden überall optimal gerechnet, während die Ausgaben heruntergerechnet werden. Das ist Fakt und es ist erstaunlich, dass der Präsident des DOSB in den Medien verkünden lässt, dass der Zuschuss aus den Fernsehrechten größer sein könnte als bisher geschätzt und geplant. Er nennt dabei eine Zahl von 440 Millionen Dollar. Genau diese Zahl steht jedoch bereits in den Unterlagen. Genau diese Zahl - das hat das IOC bekanntgegeben - ist die höchste Förderung, die man hinsichtlich des Zuschusses aus den Fernsehrechten bekommen kann. Er läuft aber durch das Land und erzählt, es werde ohnehin mehr, man habe nur konservativ gerechnet. Man hat bereits bisher mit den Höchsteinnahmen gerechnet. Das ist ganz klar.

Erstaunt hat mich - heute wurde nicht so intensiv darüber diskutiert wie in den Ausschüssen -, dass behauptet worden sei, die GRÜNEN seien die einzigen, die ein Störfeuer gegen die Olympia-Bewerbung richteten. Wenn man sich den Ablauf der Kreistagssitzungen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen ansieht,

dann sieht man: Sechs CSUler stimmten gegen die Bewerbung, genauso fünf SPDler, zwei GRÜNE - das versteht sich wohl von selbst -, zwei ÖDPLer und ein FDPler. Das heißt, die direkt vor Ort Betroffenen setzen sich anders mit dem Thema auseinander. Sie setzen sich massiv anders damit auseinander.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Das ist in Gorleben genauso!)

Dieses Anliegen sollten wir in diesem Haus diskutieren. Die GRÜNEN haben einen Bundesparteitagsbeschluss, wonach sich die Bundespartei dagegen ausspricht. Die GRÜNEN haben sich auf der Stadtversammlung mit einer Zweidrittelmehrheit gegen die Bewerbung ausgesprochen. Es ist richtig, dass die Rathaus-Fraktion dabei ist, aber alle entscheidenden Gremien der GRÜNEN haben sich dagegen ausgesprochen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Ist die Stadtratsfraktion kein entscheidendes Gremium?)

- Ich meine Parteigremien.

Zum Schluss möchte ich anmerken: Es wird immer wieder gesagt, in diesem Land sei die Zustimmung gewaltig. Die Leute sind begeistert, es brennt ihnen in den Augen und sie sind begeistert. Als man gestartet ist, hat man von Zustimmungsraten von 80 bis 85 % bundesweit gesprochen. Nach einem aktuellen ARD-Trend liegt man bei 60 %. Das heißt, die Menschen, die gar nicht so intensiv von der Problematik vor Ort betroffen sind und nur erst das Positive sehen, äußern sich kritisch, weil sie Angst bezüglich der explodierenden Kosten haben, die uns Olympia mit Sicherheit bringen wird. Für uns ist ganz klar: Es kann nicht sein, dass wir ein Gesetz verabschieden, nachdem wir unbegrenzt haften, falls es zu einem Defizit kommt. Ein Drittel von unbegrenzt ist auch unbegrenzt. Das kann nicht sein, und aus diesem Grunde lehnen wir den Gesetzentwurf zum Olympia-Gesetz selbstverständlich ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächste Rednerin darf ich für die FDP-Fraktion Frau Kollegin Sandt das Wort geben.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Money makes the world go round, heißt es so schön. Auch im Sport gilt: Ohne Moos nichts los. Die Olympischen Spiele kosten Geld, sind aber eben kein Fass ohne Boden, wie es uns manch grüner Schwarzmalter gerne suggeriert.

Ganz konkret beinhaltet der Gesetzentwurf, dass der Freistaat maximal 160 Millionen Euro für Baumaßnahmen an Sportstätten ausgibt, dass maximal 40 Millionen Euro in Umweltprojekte fließen und dass die Paralympischen Spiele maximal 15 Millionen Euro kosten.

Von den Infrastrukturmaßnahmen, die gefördert werden, profitieren doch auch Sie als GRÜNER, wenn die Strecke zwischen Uffing und Murnau zweigleisig ausgebaut wird. Herr Hartmann, wenn Sie wieder einmal nach Garmisch fahren, um dort schlechte Stimmung zu machen, können Sie wenigstens mit der Bahn fahren, was Sie als GRÜNER hoffentlich tun.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Des Weiteren werden auch andere Infrastrukturprojekte ausgebaut, zum Beispiel die Ortsumgehungen Garmisch und Partenkirchen mit dem Kramer- und dem Wank-Tunnel. All das sind doch Vorteile für die Bürger, die hier in Bayern leben und die auch gerne einmal von Nordbayern aus in die Berge zum Skilaufen fahren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Von diesen geplanten Maßnahmen profitieren wir alle. Die größte Unbekannte - das muss ich einräumen; das sagen wir offen und ehrlich - ist der mögliche Fehlbetrag des Organisationskomitees. Ein solcher Fehlbetrag kann zustande kommen. Das können wir nicht ausschließen. Aber er würde auf drei Schultern verteilt, und dies sind nun einmal die Spielregeln des IOC. Ich begrüße aber, dass der Kollege Barfuß angeregt hat, dass dem Haushaltsausschuss des Landtags vierteljährlich über die Kostenentwicklung berichtet wird.

(Markus Rinderspacher (SPD): Weil die SPD dies beantragt hat!)

Wir müssen die Kosten kontrollieren - das ist gar keine Frage -, auch wenn die Gutachter davon ausgehen, dass sich Einnahmen und Ausgaben die Waage halten werden. Wir müssen verantwortungsvoll damit umgehen.

Dennoch hat sich dieses Hohe Haus Gott sei Dank mehrheitlich für die Olympischen Spiele 2018 in Bayern ausgesprochen. Bis auf die GRÜNEN sehen alle Fraktionen mehr Chancen als Risiken.

Wir wollen junge Menschen nach Bayern holen, wir wollen junge Sportlerinnen und Sportler hier haben, wir wollen uns als ein dynamisches, weltoffenes und tolerantes Land präsentieren. Das ist doch eine einmalige Chance für unsere Heimat.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin froh, dass es eine derart breite Zustimmung gibt. Das internationale Renommee, das wir durch die Spiele bekommen können, ist unbezahlbar.

Ich möchte nur an die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 erinnern. Die Bundesregierung geht davon aus, dass allein 57,3 Millionen Euro Steuereinnahmen generiert werden konnten, dass 50.000 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, vor allem im Tourismus und in der Gastronomie. Viele Menschen haben dadurch eine Chance bekommen. Viel wertvoller als diese direkten Einnahmen ist die Tatsache, dass gemeinsam feiernde Menschen aus allen Nationen unser Bild in der Welt verändert haben: vom Spießler in Europa zur weltoffenen Nation. Dass wir professionell organisieren können, war bekannt. Dies haben wir auch erneut bewiesen. Aber seither gelten wir doch auch weltweit als sympathisch und fair. Dieses Bild, das die Welt von uns hat, hat auch einen langfristigen Effekt auf Produkte und Dienstleistungen "made in Germany", auf den Investitionsstandort Deutschland, auf den Tourismusstandort Deutschland. Dieser Wert ist in Zahlen überhaupt nicht messbar.

Wir gehen davon aus, dass Milliarden von Menschen die Sportereignisse vor dem Fernseher betrachten werden. Diese Chance, unsere Heimat darzustellen, ist einmalig. Bayern darf gegenüber anderen Wintersportregionen auf keinen Fall ins Hintertreffen geraten. Wir müssen die Chance nutzen, um uns wieder an die Spitze des Wintertourismus zu setzen. Die Eishockeyhalle in München und die Sprungschanze in Garmisch-Partenkirchen sind doch Glanzlichter des Sports in Deutschland.

(Zurufe von den GRÜNEN)

- Es sind eben nicht nur die Berge, sondern es sind auch viele Sportstätten. Aber wir haben tolle Berge, und warum sollten wir diese Berge nicht auch zeigen?

Nun zu den GRÜNEN und zu dem heute bekannt gewordenen Ultimatum der Garmischer Grundstücksbesitzer. Die tiefe Verunsicherung der betroffenen Grundstücksbesitzer ist doch nur das Ergebnis einer polemischen Desinformationspolitik der GRÜNEN, meine Damen und Herren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sehr gut! - Beifall des Abgeordneten Florian Ritter (SPD))

Sie spielen auf unverantwortliche Weise mit den Ängsten der Menschen in der Region. Ihre Stadtratsfraktion und Ihre Spitzenpolitiker sind dafür, die Landtags-GRÜNEN und der grüne Parteitag sind gegen die Olympiade. Ohne klaren Kompass kann man sich

doch nicht als ernsthafte politische Kraft etablieren. Sie sind doch nur noch eine Dagegen-Partei und nichts anderes mehr.

(Christine Stahl (GRÜNE): Wir haben einen Kompass und ganz klare Mehrheiten!)

Ihre Unkenrufe sind nichts als faule Kröten.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Gesetz, das wir heute verabschieden, garantieren wir nämlich den Eigentümern ihre Entschädigung, wir garantieren den Rückbau und die Rekultivierung ihrer Grundstücke. Auch das muss heute, da wir dem Gesetz hoffentlich zustimmen, gesagt sein.

Auch hinsichtlich des Umweltkonzepts kann ich es mir nicht verkneifen, an der Fähigkeit der GRÜNEN, was Einsicht und Weitsicht betrifft, stark zu zweifeln. Die neu versiegelte Fläche beträgt einen halben Hektar. Das ist weniger als ein Fußballfeld. Ohne Untertreibung ist das bayerische Umweltkonzept mit seinen achtzehn Umweltprojekten sehr ambitioniert. 40 Millionen Euro sollte uns die Umwelt auch wert sein. Soweit mir bekannt ist, gibt es nur eine Welt, in der wir leben. Wer umweltfreundliche Spiele möchte, der sollte sich dafür einsetzen, dass sie hier bei uns in Bayern stattfinden.

(Beifall bei der FDP, der CSU, der SPD und den Freien Wählern)

Die Olympischen Spiele 2018 liefern wertvolle und vor allen Dingen langfristige Anschübe für die Infrastruktur und auch für den Sport. Eine gute Infrastruktur und gute Sportwetten, gute Sportstätten

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war der FDP-Versprecher!)

verbessern doch auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wenn Olympia 2018 in Bayern stattfindet, dann setzt das Impulse für den Spitzensport, aber auch für die Sportbegeisterung der Menschen, für die Sportbegeisterung der Gesellschaft. Ich denke nur daran, wie uns gerade die Paralympischen Spiele motiviert haben. Ich wünsche mir, dass dieser Funken der Motivation auf uns alle überspringt und dass wir diesem Gesetz zustimmen.

(Beifall bei der FDP und den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. Für die SPD-Fraktion hat sich noch einmal Florian Ritter zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Hartmann, es gibt ja den Spruch von dem Optimisten und dem halb vollen Wasserglas und dem Pessimisten und dem halb leeren Wasserglas. Aber das ist nicht das Problem, das wir beide miteinander haben. Wenn man so argumentiert wie Sie, dann könnte man sofort jeglichen Stoffwechsel einstellen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie sagen: "Alles ist ja so kompliziert, mit dem Tourismus braucht man wegen der Klimaerwärmung gar nicht erst anzufangen", und so weiter und so fort. Das ist keine billige Dagegen-Partei-Polemik, wie sie zurzeit verwendet wird. In vielen anderen Projekten, bei denen die GRÜNEN auch eine Gegenposition bezogen haben, so beispielsweise bei der Diskussion um Stuttgart 21, gibt es ja Gegenkonzepte, Ideen, wie man es anders machen könnte, wenn man denn wollte. Zu fragen ist daher: Welches sind denn Ihre Ideen für einen zukunftsfähigen Tourismus in Bayern?

(Beifall bei der SPD)

Welches sind denn Ihre Gegenkonzepte, wie man es etwas machen kann, damit man auf den Klimawandel, so wie Sie ihn beschreiben, auch eingehen kann?

Wie gesagt: Nur zu sagen: Das wollen wir nicht, reicht tatsächlich nicht. Ich würde mich wirklich freuen, wenn von Ihrer Seite mehr dazu käme.

(Abgeordneter Ludwig Hartmann (GRÜNE) meldet sich zu einer Zwischenbemerkung)

- Sie können das gern hinterher als Zwischenbemerkung sagen. Damit haben Sie die Möglichkeit, das loszuwerden.

Aber Sie haben hier gesagt: Wenn man nach bestem Wissen abwägt, dann darf man diese Olympischen Spiele nicht durchführen. Jetzt stelle ich fest - das wurde in der Diskussion schon klargestellt -: Dies sind nicht nur die Olympischen Spiele bzw. ist nicht nur die Bewerbung des Freistaats Bayern, sondern es ist auch die Bewerbung der Stadt München. Jetzt frage ich Sie, wer in der Stadt München die Mehrheit stellt. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Wer noch? Können Sie mir weiterhelfen und sagen, wer mit dabei ist?

(Heiterkeit bei der SPD)

Das sind nämlich die GRÜNEN. Es ist schon erstaunlich, mit welcher destruktiven Lust einige Vertreter der GRÜNEN hier im Landtag

(Zurufe von den GRÜNEN)

- nicht alle, aber einige - die älteste und erfolgreichste deutsche Rathauskoalition ständig torpedieren.

(Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und der FDP)

Als Abgeordneter, der im Bereich der Stadt München kandidiert hat, aber tatsächlich eine Politik macht wie jemand, der eben nicht in München ist, was ja völlig okay ist, würde ich mich schon darüber freuen, wenn Sie sich regelmäßiger mit Ihren Kolleginnen und Kollegen im Münchner Stadtrat zusammensetzten und auch einmal die gemeinsamen Linien besprechen. Die Olympia-Bewerbung wurde übrigens lange Zeit von der Stadtratsfraktion der GRÜNEN und auch von der Münchner GRÜNEN-Basis mehrheitlich mit unterstützt. Ich würde mich wirklich sehr freuen, wenn Sie sich darüber mit Ihren Kollegen öfter einmal verständigten, damit diese Koalition auch auf Dauer zukunftsfähig ist.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Wir Sozialdemokraten halten solche Koalitionen mit den GRÜNEN im Prinzip für zukunftsfähig, aber dazu muss man sich natürlich auch als verlässlicher Partner erweisen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte bleiben Sie einen Moment. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Hartmann von den GRÜNEN gemeldet.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Herr Kollege Ritter, ich möchte nur einmal ganz kurz an das Thema Transrapid und SPD erinnern oder auch an das Thema dritte Startbahn/SPD-Parteitag. Sie kennen die Problematik genauso wie wir. Da brauchen Sie jetzt keine so große Show abzuziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Bereich, den Sie angesprochen haben, war, dass die Stadtratsfraktion am Anfang eine Rückendeckung von der Basis gehabt haben. Die zwei Beschlüsse der Basis hatten immer den Wortlaut, man müsse alles ansehen, bis die Unterlagen vorliegen. Die endgültigen Unterlagen zur Finanzierung und das Eckdatenpapier lagen aber erst im September vor. Danach gab es in der Stadtversammlung eine Zweidrittelmehrheit an Gegenstimmen. Es ist doch durchaus legitim, ein Projekt kritisch zu begleiten, bis die Fakten auf dem Tisch liegen.

(Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Wenn dann die Fakten auf dem Tisch liegen und man sagt, nein, so geht das nicht weiter, dann ist das ganz legitim. Ich finde es schade, dass die SPD sich nun einmal entschieden hat, auf neuere Überlegungen nicht eingeht und notfalls den Zug gegen die Wand fahren lässt. Das ist nicht unsere Art von Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun speziell zu Olympia. Wir hatten schon von Anfang an Debatten über ein Konzept und Gespräche mit der DOSB. Da hat hier im Hohen Hause noch kaum jemand von Olympia gesprochen. Es hieß dann immer: Wir müssen den Zuschlag kriegen. Das war das größte Ziel.

Ich kann kein Novum schaffen, ich kann kein Vorzeigeöko-Bewerbskonzept schaffen, wenn ich nur das Ziel habe, den Zuschlag auf Teufel komm raus zu bekommen. Das funktioniert nicht. Ich kann mir Olympia durchaus vorstellen, das muss ich ehrlich sagen. Es könnte regelmäßig an drei, vier oder fünf bestimmten Orten stattfinden, in denen die entsprechenden Anlagen vorhanden sind, auf Höhen, in denen die Schneesicherheit garantiert ist. Es geht aber nicht, dass die Spitzensportanlagen zu Olympia kommen, sondern Olympia muss zu den Anlagen kommen. So muss es laufen.

Ein weiterer Bereich: Wenn man wirklich von einem Novum spricht, sollte eine selbstbewusste Stadt wie München den Mut haben, im Zuge der Inklusionsdebatte einmal darüber nachzudenken, warum die Paralympics immer hinten dran gehängt wird. Warum findet sie nicht im gleichen Zeitfenster statt? Wir sollten diese Debatte einmal ehrlich führen und uns damit auseinandersetzen. Ich finde es zu einfach, uns nur vorzuwerfen, wir seien dagegen. Wir sind gegen die vorhandene Bewerbung mit dem vorhandenen Konzept. Denn das ist absolut der falsche Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Ich bitte um ein bisschen mehr Ruhe im Saal, damit wir die Antwort von Herrn Kollegen Ritter verstehen können.

Florian Ritter (SPD): Herr Kollege Hartmann, natürlich gibt es in der SPD zum einen oder anderen inhaltlichen Punkt unterschiedliche Auffassungen. Der tatsächliche Unterschied aber ist Folgender: Wir schwingen uns nicht so schnell zum moralischen Richter über die Kollegen auf. Bei der dritten Startbahn gibt es tatsächlich in den unterschiedlichen Gremien unterschiedliche Positionen. Das ist richtig. Aber da macht schon ein bisschen der Ton die Musik. Ich würde den Teufel tun, meinen Kollegen abzuspren-

chen, dass sie nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben. Das ist tatsächlich ein Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie nun sagen, Olympia müsse zu den Anlagen kommen und nicht die Anlagen zu Olympia, dann stelle ich mir schon die Frage, ob Sie das Konzept nicht gelesen haben.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich bin ich davon ausgegangen, dass Sie es gelesen haben. Denn ein Großteil der bestehenden Anlagen findet ja Aufnahme in das Konzept. Und das wissen Sie selbstverständlich auch.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die entsprechende Frage stelle ich jetzt ganz ernsthaft und ohne Schmä, denn wir wollen als Sozialdemokraten ökologische und nachhaltige Spiele haben: Wie kommen diejenigen, die sich jetzt in den Schmollwinkel zurückziehen, wieder aus diesem Schmollwinkel heraus, wenn denn der Zuschlag kommt?

Ich sage Ihnen ganz ehrlich; das ist meine persönliche Meinung: Natürlich will ich das Know-how der Umweltverbände, die sich im Augenblick noch dagegen aussprechen, gewinnen, wenn wir den Zuschlag haben; denn das bringt uns mit Sicherheit bei der ökologischen Umsetzung dieser Spiele weiter.

Also überlegen Sie sich einmal, wie Sie aus dem Schmollwinkel herauskommen wollen und eventuell dazu beitragen könnten, dass einige der Verbände, die sich ebenfalls bisher in diesen Schmollwinkel zurückgezogen haben, auch wieder herauskommen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank. Zum Abschluss der Debatte darf ich nun Herrn Staatsminister Siegfried Schneider das Wort geben.

Staatsminister Siegfried Schneider (Staatskanzlei): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst sage ich ein herzliches Wort des Dankes an die vier Fraktionen für die konstruktive Begleitung des Projektes und auch die dazu geführte Debatte und im Übrigen auch ein Dankeschön an die GRÜNEN, weil sie wieder einmal deutlich gemacht haben, dass es immer ein Hätte, ein Sollte, ein Könnte oder ein Müsste gibt. Wenn man aber dann entscheiden muss, dann gibt es nur ein Nein oder man ist dagegen, ohne dass eine Alternative vorgelegt wird.

Das ist zu wenig, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb danke ich ganz herzlich all denen, die sich im Vorfeld intensiv in die Debatte zum Olympiagesetz eingebracht haben. Es ist nicht so, dass da irgendetwas plötzlich entstanden wäre, sondern es handelt sich um einen langen Prozess, der in den Parlamenten über viele Monate intensiv auf unterschiedlichster Ebene - angefangen von der kommunalen Ebene bis hin zur Bundesebene - geführt wurde. Und es ist auch ein Ausweis dieser Bewerbung, dass ein großer Konsens mit breiten Mehrheiten das alles hier demokratisch legitimiert.

Mit dem Olympiagesetz gehen wir einen neuen Weg, vielleicht auch einen anderen Weg, indem wir sagen, wir wollen gemeinsam mit dem Parlament die Themen ansprechen, vor allem die finanziellen Themen, aber auch die möglichen Risiken.

Es ist alles andere als ein Freibrief für die Staatsregierung, sondern es ist vielmehr das Angebot, das Thema miteinander in gewissen Abständen, wie es eingefordert wird, immer wieder zu behandeln. Denn niemand hat ein Interesse, dass die Kosten davonlaufen, weder die Stadt München noch der Freistaat Bayern noch der Bund oder die betroffenen Kommunen. Wir wollen vielmehr die Argumente auf der Grundlage eines Konzepts, auch des Finanzkonzeptes, das nicht wir erstellt haben, sondern das wir von Externen haben erstellen lassen, nämlich von einem Unternehmen und einer wissenschaftlichen Stelle, gegeneinander abwägen.

Letztlich ist es unser Ziel, dass es sich nicht um einen einmaligen Prozess handelt, sondern dass es eine Begleitung durch die nächsten Jahre geben wird, sofern die Bewerbung erfolgreich sein wird. So können wir diese große Herausforderung, aber auch Chance für München, für Garmisch-Partenkirchen, für ganz Bayern und für Deutschland verwirklichen.

(Beifall des Abgeordneten Martin Bachhuber (CSU) - Zurufe von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Inhalte des Olympiagesetzes wurden vielfältig angesprochen. Ich möchte nur ein paar Punkte herausgreifen. Herr Kollege Hartmann versucht immer wieder, Störfeuer einzubringen. Ich nenne als Beispiel das Sicherheitskonzept. Da wurde zunächst immer das Beispiel Kanada zitiert. Jetzt hat man registriert, dass in Kanada das Militär auch den Pazifik absichern musste. Sicherheitsmaßnahmen sind in dem Umfang in München und Garmisch-Partenkirchen nicht notwendig. Damit stimmen auch unsere Kostenvoranschläge für die Sicherheit.

Heute haben Sie nun als neues Argument gebracht, dass die Kosten für das Umweltkonzept nicht stimmig seien. Ich sage es noch einmal: Der Freistaat gibt 40 Millionen. Es gibt aber auch andere, die etwas tun müssen, der DOSB, der Bund, München oder Garmisch-Partenkirchen. Also wird die Summe höher sein. Das ist kein Widerspruch, sondern es handelt sich um eine Addition. Und der Freistaat gibt 40 Millionen dazu. Ich bitte Sie also, das nicht nur so halb darzustellen und Zweifel zu streuen und damit das Ganze madig zu machen.

Wir haben eine tolle Chance in Bayern, nach den Olympischen Sommerspielen auch Olympische Winterspiele zu bekommen. Natürlich wissen wir, dass es in Garmisch-Partenkirchen nicht nur Wintertourismus gibt, sondern es gibt dort neben dem Wintertourismus auch einen Sommertourismus. Gleichwohl wird Garmisch-Partenkirchen auch in Zukunft ein Wintersportort sein.

Ich bin überzeugt, dass es möglicherweise den einen oder anderen GRÜNEN-Wähler aus Bayern gibt, der auch in Garmisch-Partenkirchen Ski fährt, statt ein paar Hundert Kilometer weiter zu fahren, die Umwelt zu belasten und woanders Ski zu fahren. Auch das sollte einmal gesagt werden. Ich weiß nicht, wer von Ihnen Ski fährt. Es gibt aber welche, die den Wintertourismus in Bayern schätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte eines noch einmal deutlich machen. Das große Plus unserer Bewerbung ist, dass die Sportstätten in einem ganz großen Umfang bereits vorhanden sind. Notwendig ist eine marginale Ergänzung an Sportstätten. Wenn das nicht als nachhaltig akzeptiert wird, weiß ich nicht, was Sie unter Nachhaltigkeit verstehen.

Für das ökologische Konzept haben wir letztlich die beste Punktzahl beim Mini Bid Book erhalten. Das ökologische Konzept ist von einem GRÜNEN, der auch Stadtrat ist, erarbeitet worden. Er hat es zusammen mit Umweltverbänden und Verantwortlichen aus den verschiedenen Bereichen verantwortlich gestaltet, damit ein geschlossenes ökologisches Konzept verwirklicht werden kann. Das gilt sowohl für die Wohnbebauung in der Landeshauptstadt als auch für die Almbewirtschaftung im Bereich Garmisch-Partenkirchen oder im Berchtesgadener Land. Das ist ein geschlossenes ökologisches Konzept, das sich Staat und Kommunen einiges kosten lassen. Das ist unser Pfund. Mit ihm werden wir wuchern, und das werden wir in unserer Bewerbung nach wie vor einbringen. Wenn es den GRÜNEN wirklich um die Umwelt geht, wenn es ihnen wirklich darum geht, dass sich die Umwelt positiv weiterentwickelt, müssten Sie dieser Bewerbung eigentlich zustimmen, weil jede andere Be-

werbung ein aus meiner Sicht weniger ausgeprägtes ökologisches Konzept hat.

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein paar Worte zu den Grundstücken in Garmisch sagen, weil das Thema heute auch in den Medien hochgekocht ist. Uns geht es darum, weiter in Verhandlungen auf Augenhöhe zu sein. Es ist kein Geheimnis, dass noch einige wenige Grundstücke fehlen. Dass die Verhandlungen nicht einfach sind, wissen wir auch seit Wochen. Zumindest habe ich den Eindruck, dass der Anwalt nicht nur an einer Lösung interessiert ist - ich formuliere das einmal so. Das wird uns nicht davon abhalten, in weitere Gespräche zu treten, um dafür zu werben, diese Grundstücke zu bekommen. Gemäß der geltenden Planung sind fünf bis sechs Grundstücke betroffen. Der Anwalt vertritt zwar 59 Landwirte oder Grundstückeigentümer, aber nach der geltenden Planung fehlen uns fünf oder sechs Grundstücke. Um diese werden wir auch in Zukunft werben. Sollte es wider Erwarten nicht möglich sein, diese Grundstücke zu nutzen, gibt es Alternativplanungen. Wir werden die Bewerbung abgeben. Sie ist nicht gefährdet. Ich sage aber genauso deutlich: Wir werden die Themen mit dem IOC in großer Offenheit besprechen. Da wird nichts unter den Tisch gekehrt. Das hat gar keinen Sinn, da sowieso alles öffentlich ist. Es wird sauber dargestellt, was bereits gesichert ist und welche Alternativplanungen es gibt.

Ich bitte Sie, diesem Olympiagesetz zuzustimmen, weil wir damit auch den Grundstückseigentümern die Sicherheit geben, die notwendige Entschädigung zu erhalten, und weil damit letztlich auch gewährleistet ist, dass sie ihre Grundstücke nach den Spielen wieder in dem Zustand zurückerhalten, der vor den Spielen geherrscht hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns sollte das gemeinsame Ziel vereinen: Wir wollen Olympische Spiele 2018 in Bayern. Lasst uns überall dort, wo es möglich ist, dafür werben. Herzlichen Dank für Ihre Mitarbeit.

(Beifall bei der CSU, der FDP und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/5873 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 16/6686 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt eben-

falls zu. Ergänzend schlägt er vor, in Artikel 5 als Datum des Inkrafttretens den "01. Januar 2011" einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der CSU, der FDP, der Freien Wähler, der SPD sowie von Frau Pauli und Frau Schopper von den GRÜNEN gegen die Stimmen der GRÜNEN angenommen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, kommen wir nun zur Schlussabstimmung, die wir gemäß § 56 durchführen. Namentliche Abstimmung ist beantragt worden. Ich eröffne die Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Wir haben für die Stimmabgabe fünf Minuten Zeit. Geschäftsführend füge ich hinzu, dass wir in fünf Minuten den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufen können.

(Namentliche Abstimmung von 17.35 bis 17.40 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir werden das Ergebnis außerhalb des Raumes ermitteln und Ihnen sobald wie möglich bekannt geben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW) zur Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung (Drs. 16/5130) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich füge hinzu: Wir müssen sie nicht ganz ausschöpfen, denn dann können wir die Abstimmung noch durchführen. Zur Einbringung bitte ich Herrn Dr. Fahn für die Freien Wähler zum Mikrofon. Bitte schön.

(Unruhe)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Ich habe jetzt einen relativ schlechten Part: Alle wollen zur Weihnachtsfeier, und da kommt noch dieser Gesetzentwurf.

(Zuruf von der SPD: Namentliche Abstimmung!)

- Nein, keine namentliche Abstimmung. Eigentlich waren 15 Minuten vorgesehen; wir sind dann auf fünf Minuten heruntergegangen. Das bitte ich auch zu beachten.

(Hans Joachim Werner (SPD): Die sind gleich um! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Genau.

Das geltende Gesetz zur Erwachsenenbildung stammt aus dem Jahr 1974. Es hat sich grundsätzlich bewährt. Aber wenn ein Gesetz 36 Jahre alt ist, muss es aktualisiert werden. Warum ist es erfolgreich? - Es erreicht jedes Jahr sechs Millionen Menschen in Bayern. Die Volkshochschulen sind der zweitgrößte Hauptschulanbieter; in Bayern sind sie 217mal vertreten. Wir begrüßen auch ausdrücklich die Unabhängigkeit und Staatsferne.

Trotzdem besteht ein Handlungsbedarf. Die Aufgaben weiten sich ständig aus - das wird uns immer wieder gesagt. Die Mittel sind aber zu knapp bemessen. Bisher beläuft sich der Anteil nur auf 2 ‰ des Gesamthaushalts des Kultusministeriums. Die Arbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung hat immer wieder betont, dass ihr Finanzierungsbedarf eigentlich 25 Millionen Euro beträgt, im Moment stehen ihr aber nur 19 Millionen Euro zur Verfügung. Das entspricht lediglich der Inflationsrate seit dem Jahr 1990. Der Freistaat trägt nur 5 % zu dieser Finanzierung bei, die Kommunen dagegen 20 %. Beim Landeszuschuss pro Einwohner liegt Bayern nur an fünfzehnter und damit vorletzter Stelle. Deshalb sollte der Etat zumindest auf 20 Millionen Euro aufgestockt werden.

In einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung vom Oktober 2010 liegt Deutschland beim Index Lebenslanges Lernen nur an zehnter Stelle in Europa, knapp vor Slowenien und Spanien. An der Spitze liegen Dänemark, Schweden und die Niederlande. Deswegen meinen wir, dass ein Steigerungsbedarf gegeben ist.

In der Bildungspolitik gibt es neue Herausforderungen im Sinne eines lebenslangen Lernens. Ich spreche von der Gesundheits- und der Umweltbildung, von der stärkeren Betonung der Integration durch Alphabetisierungskurse sowie von generationsübergreifendem Lernen vom Kindergarten bis zu den Senioren. 20 % unserer Schulabgänger können allenfalls auf Grundschulniveau lesen und rechnen. Bei den Deutsch-Kursen für Ausländer gibt es lange Wartezeiten; in der Regel betragen sie neun Monate.

Enttäuscht hat uns, dass die Vertreterin der FDP in der letzten Woche im Hochschulausschuss gesagt hat, dass das Thema Erwachsenenbildung bei der FDP eine untergeordnete oder keine Rolle spiele. Ich denke, hier spielt Unwissenheit eine Rolle.

Wir brauchen Weiterbildungsmaßnahmen. Diese gibt es aber nicht zum Nulltarif. Deshalb ist das Grundkon-

zept unseres Gesetzentwurfs ein Grundbildungsangebot, das natürlich finanziert werden muss. Wir haben den Bildungsbeirat aufgenommen, der von der Staatsregierung, die hoffentlich heute eine Antwort geben wird, als "Bürokratiemonster" verspottet worden ist. Unsere Idee ist es, dass sich gesellschaftliche Gruppen verstärkt über den Bildungsbeirat in die Planungen einbringen könnten. Warum haben Sie davor Angst? Der Landtag wird doch ohnehin eigenständig entscheiden.

SPD und GRÜNE sollten bitte Verständnis dafür haben, dass wir das Thema Bildungsfreistellung nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen haben. Das ist natürlich ein wichtiges Thema. Wir meinen aber, dass die Bildungsfreistellung in einem eigenen Gesetz, nicht in diesem Gesetz verankert werden sollte.

Zum politischen Sachstand in Bayern: Der Landtag hat bereits auf Antrag der CSU am 14. Februar 2008 beschlossen, das Gesetz den aktuellen Anforderungen anzupassen. Seitdem haben sich alle Oppositionsgruppierungen bemüht und Anträge sowie Gesetzentwürfe eingebracht. Die CSU hat aber nichts getan. Der Landtag hat zum Beispiel damals eine Qualitätssicherung und eine Qualitätssteigerung beschlossen. In Artikel 20 a des Gesetzentwurfs der Freien Wähler ist genau das vorgesehen. Dann hat jedoch der Vertreter der CSU, der wahrscheinlich gleich reden wird, in der letzten Sitzung gesagt, er lehne den Gesetzentwurf der Freien Wähler ab, weil diese Evaluation überflüssig sei und die Qualitätssicherung bereits erfolge. Verkehrte Welt. Das ist genau das, was der Landtag im Jahr 2008 beschlossen hat.

Staatssekretär Dr. Marcel Huber, der heute nicht da ist, sagte am 1. Dezember 2009, das Gesetz werde zeitnah aktualisiert. Meine Damen und Herren, inzwischen ist ein Jahr vergangen. Die Staatsregierung ist langsamer als eine Schnecke. Deswegen hoffe ich, dass jetzt etwas passieren wird. Ich bin sehr gespannt darauf, was die Staatsregierung sagen wird. Herr Staatsminister, Bildungspolitik wird heute zu stark als Schulpolitik angesehen. Bildungspolitik ist heute mehr: Sie reicht vom Kindergarten über die Schulen und Hochschulen bis zu den Senioren in allen gesellschaftlichen Gruppen. Deswegen ist es wichtig, dass das lebenslange Lernen eine stärkere Bedeutung bekommt.

Herr Kultusminister, ich bin sehr gespannt auf das, was Sie heute sagen werden und inwieweit dieser Beschluss aus dem Jahr 2008 umgesetzt wird. Ich bin auch gespannt darauf, ob Sie bereit sind, inhaltlich etwas zur Weiterentwicklung eines guten Gesetzes beizutragen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor wir mit der Debatte fortfahren, gebe ich Ihnen das Endergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung auf der Drucksache 16/5873 - das ist der Tagesordnungspunkt 7 - bekannt. Mit Ja haben 148 Abgeordnete, mit Nein 18 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltung.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXI. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz)".

Wir fahren in der Debatte fort. Für die CSU-Fraktion darf ich Herrn Kollegen Berthold Rüth ans Mikrofon bitten. Ich erinnere daran, dass freiwillige Kürzungen der eigenen Redezeit sehr willkommen sind.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland liefert sich alljährlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit China um den Titel des Exportweltmeisters. Deutschland hat 80 Millionen Einwohner, von denen 40 Millionen erwerbstätig sind. China ist ein Milliardenvolk. Deutschland hat keine Rohstoffe außer dem Rohstoff Geist. China hat viele wichtige Rohstoffe. Das können wir täglich in den Zeitungen lesen.

Wenn man bedenkt, dass gerade der Süden Deutschlands - Bayern, Baden-Württemberg und Hessen - einen großen Anteil zu diesem Export leistet, muss man darüber nachdenken, warum der Süden und die Menschen dort so stark sind. Eine Antwort auf diese Frage lautet, dass die Menschen dort bereit sind, sich den globalen Herausforderungen zu stellen und lebenslang zu lernen. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir in Bayern ein hervorragendes System der Erwachsenenbildung haben. Dafür möchte ich erneut ausdrücklich den sieben Trägern der Erwachsenenbildung danken. Ich führe Sie aus Zeitgründen nicht einzeln auf.

Meine Damen und Herren, wir haben im Jahre 1974 ein flexibles System geschaffen. Dieses System ist ein, wenn Sie so wollen, lernendes System und den Erfordernissen angepasst. Dieses System wird von den Trägern bestens betreut. Sie haben das Kunststück fertiggebracht, sich sehr stark an den aktuellen Bedürfnissen ihrer "Kunden" - ich sage das in Anführungszeichen - auszurichten. Deshalb haben sie so gute Teilnehmerzahlen. Herr Kollege Fahn hat bereits

erwähnt, dass jedes Jahr fast sechs Millionen Menschen diese Kurse besuchen.

Die Erwachsenenbildung zeichnet sich durch Freiheitlichkeit aus. Das bedeutet, der Staat beschränkt sich auf das Setzen der gesetzlichen Rahmenbedingungen und auf finanzielle Leistungen. Die Träger haben das Recht auf selbstständige Lehrplangestaltung, auf die Freiheit der Lehre und können den Leiter und die Mitarbeiter ihrer Einrichtungen selbst bestimmen. Sie haben also ein Selbstverwaltungsrecht.

Konkret zum Gesetzentwurf der Freien Wähler: Die Freien Wähler wollen erreichen, dass der Landtag die Höhe der finanziellen Mittel auf Vorschlag des Landesbeirats für die Erwachsenenbildung festlegt. Dieser Landesbeirat setzt sich aus den Trägern der Erwachsenenbildung zusammen. Das bedeutet, zu der bereits erwähnten Freiheitlichkeit würde quasi noch die Möglichkeit kommen, über das eigene Budget zu entscheiden. Eine solche Regelung würde nicht einer ordentlichen Haushaltspolitik und auch nicht den Regeln eines guten Parlamentarismus entsprechen. Deshalb und weil in den beratenden Ausschüssen außer dem Antragsteller selbst niemand diesem Gesetzentwurf zugestimmt hat, plädiert die CSU-Fraktion für die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die SPD-Fraktion darf ich Frau Karin Pranghofer ans Mikrofon bitten.

Karin Pranghofer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich will es kurz machen; denn die Debatte über die einzelnen Teile dieses Gesetzentwurfs haben wir ausführlich im Ausschuss geführt.

Ich möchte Folgendes deutlich machen: Wenn wir von Weiterbildung und Erwachsenenbildung sprechen, sollten wir klar definieren, was wir damit meinen und was wir davon halten. Weiterbildung oder Erwachsenenbildung ist die Fortsetzung des Lernens auf der Grundlage einer Erstausbildung an den Schulen, aus dem Beruf oder aus dem Studium heraus. Diese Bildung braucht dringend ein integriertes System. Wir brauchen ein integriertes Bildungsmodell, das für Erwachsenenbildung und Weiterbildung steht.

Insofern finde ich es gut und richtig, dass die GRÜNEN mit einem Gesetzentwurf, die Freien Wähler heute mit einem Gesetzentwurf und wir von der SPD mit einem Antrag versucht haben, dieses Thema voranzubringen und eine Weiterentwicklung zu erreichen.

Herr Rütth, warum haben Sie 2008 einen Antrag auf Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung gestellt, wenn Sie sagen: Alles ist schön und gut? Bis heute haben wir kein Ergebnis, da das Problem immer wieder hinausgeschoben und auf Eis gelegt worden ist. Insofern glaube ich, dass es im Rahmen des Gesetzentwurfs gut ist, dieses Thema erneut aufzugreifen. Ich hoffe sehr, dass die CSU und die FDP diesen Gesetzentwurf unterstützen. Ich appelliere vor dem Hintergrund der kommenden Haushaltsdebatte an Sie, die Organisation der Phase des Lernens nach der Schule weiterzuentwickeln und mit Mitteln auszustatten. Bitte nehmen Sie den Spickzettel, den Ihnen Frau Landtagspräsidentin Stamm in die Postfächer gelegt hat, zur Hand und stellen Sie die Erwachsenenbildung im Rahmen der Haushaltsverhandlungen mit ordentlichen Fördermitteln aus. Damit haben wir schon den ersten Schritt getan.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als nächste Rednerin darf ich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Simone Tolle an das Mikrofon bitten.

Simone Tolle (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte alle Oppositionsfraktionen loben, weil sie sich seit dem vergangenen Jahr mit dem Thema Erwachsenenbildung beschäftigt haben. Das kann ich abkürzen. Ich wollte mich bei den Freien Wählern dafür bedanken, dass sie das Thema am Laufen gehalten haben. Die inhaltliche Kritik wurde im Ausschuss bereits geäußert. Deshalb will ich aus Zeitgründen darauf verzichten. Wir erkennen ihre Mühen an. Deshalb enthalten wir uns.

Dennoch möchte ich etwas zum Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung sagen. Das Gesetz ist 36 Jahre alt. Das Gesetz ist so alt, dass darin immer noch DM-Beträge stehen. Die Welt hat sich jedoch in diesen 36 Jahren geändert. Die Bedeutung des lebenslangen Lernens hat sich auch geändert. In der Europäischen Union gibt es inzwischen eine "Lifelong Learning Strategy". Alle wissen, Bildung ist nicht nur Schule, sondern muss weitergedacht werden. Für den Zeitraum vor der Schule ist schon viel getan worden. Für die Zeit nach der Schule sollte ebenfalls viel getan werden. Ich frage mich: Was passiert auf der Grundlage dieser Erkenntnis in der CSU? - Gar nichts. Was passiert in der FDP? - Überhaupt nichts. Erwachsenenbildung bei Schwarz-Gelb beschränkt sich auf das Abwiegen berechtigter finanzieller Interessen. Diese berechtigten finanziellen Interessen sind nicht vermessen. Die Träger der Arbeitsgemeinschaft verlangen nichts weiter als einen Inflationsausgleich. Selbst

dieser wird ihnen im Moment verwehrt. Verehrte Damen und Herren, das halte ich für einen Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wünsche mir, dass die CSU zumindest quantitativ auf die Höhe der Zeit kommt. Die Forderung, zusätzlich eine Million Euro für die Erwachsenenbildung einzusetzen, kann nicht so einfach vom Tisch gewischt werden. Herr Kollege Rüth, alles, was Sie tun, ist die verbale Hervorhebung der Erwachsenenbildung. Das haben Sie heute wieder getan. Schwarz-Gelb hat sich um die Erwachsenenbildung überhaupt nicht verdient gemacht. Was Sie den Trägern der Erwachsenenbildung an quantitativer Unterstützung verwehren, müssen diese ausgleichen. Das geht die nächsten Jahre aber nicht mehr so weiter.

Der Landessozialbericht hat in Bezug auf die Erwachsenenbildung eine soziale Selektion festgestellt. Noch nicht einmal dieses Thema gehen Sie an. Das finde ich beschämend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen gibt es für die Änderung des Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung einen Beschluss, der fast drei Jahre alt ist und immer noch nicht umgesetzt worden ist, weil finanzielle Forderungen ignoriert werden. Das lässt für den kommenden Doppelhaushalt auf nichts Gutes hoffen. Ich will nicht, dass sich die Debatten zur Erwachsenenbildung nur um das Geld drehen. Geld brauchen wir jedoch auch. Frau Will, Sie brauchen gar nicht zu nicken. Das schwarze Loch in der Qualität der Erwachsenenbildung ist durch Gelb auch nicht besser geworden.

Ich möchte eine inhaltliche Debatte, in der die Frage nach der Finanzierung am Ende geklärt wird. Für den zusätzlichen Drive in der inhaltlichen Debatte haben zumindest die Oppositionsparteien gesorgt. Schwarz-Gelb wäre nun an der Reihe, drei Hausaufgaben vorzulegen: die Gewährung des Inflationsausgleichs im Rahmen des Doppelhaushaltes, die Ausführung des Landtagsauftrags nach drei Jahren und das Führen einer ehrlichen Debatte, die verbalen Bekundungen Taten folgen lässt. Das neue Jahr gibt uns etwas Hoffnung. Ich freue mich auf Ihre Vorschläge im neuen Jahr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als möglicherweise letzte Rednerin der Debatte darf ich Frau Kollegin Will an das Mikrophon bitten. Mit etwas Kürze können wir vielleicht noch vor 18 Uhr abstimmen. Das wird schwierig. Sie haben es in der Hand.

Renate Will (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Tolle, wir wissen: Bildung sichert Teilhabe. Bildung sichert Chancen. Bildung ist ein Garant für unsere Demokratie. Bildung sichert Wohlstand und das friedliche Miteinander. Wir, die Koalition aus CSU und FDP, sind natürlich gefordert. Wir sind gefordert, für eine gerechte Verteilung der Mittel für die Bildungschancen im Doppelhaushalt zu sorgen. Die richtigen Weichen werden im Programm "Aufbruch Bayern" gestellt. Trotz der aktuell schwierigen Haushaltslage wird kräftig in Bildung investiert. Das ist das richtige Signal. Wir haben erfolgreich dafür gekämpft, dass nicht an der Bildung gespart wird.

Die Schwerpunkte setzen wir zunächst einmal auf den Aufbau der frühkindlichen Bildung und den Ausbau eines dichten Netzes an Ganztagschulen. Wir setzen die Schwerpunkte auf mehr Qualität im Bildungswesen und entsprechende Lehrerstellen.

Der amerikanische Industrielle Henry Ford hat Anfang des 20. Jahrhunderts gesagt: Wer aufhört zu lernen, ist alt - er mag 20 oder 80 sein. Dieser Satz ist ein treffendes Bekenntnis zum lebenslangen Lernen. In unserer Gesellschaft ist eine dauerhafte berufliche und soziale Teilhabe nur möglich, wenn die Bereitschaft des Einzelnen zum lebenslangen Lernen besteht. Hierfür - das ist entscheidend - sind auch die außeruniversitären Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen und die anerkannten Bildungswerke von Verbänden ein fester und wichtiger Partner. Das stellen Sie in Ihrem Entwurf richtig fest.

Trotzdem werden wir den Gesetzentwurf ablehnen müssen, Kolleginnen und Kollegen, denn er weist auch gravierende Fehler auf. Sie wollen zum Beispiel den staatlichen Finanzierungsbeitrag für die Erwachsenenbildung jährlich vom Landesbeirat für Erwachsenenbildung - Kollege Rüth hat es schon angesprochen - neu berechnen lassen. Das geht natürlich nicht. Das geht zu weit. Sie wollen, dass die Zuschussempfänger künftig über die Höhe der Zuschüsse selbst entscheiden dürfen. Wo gibt es denn so etwas?

Nicht angemessen ist angesichts der allgemeinen Kassenlage auch die Steigerung der Zuschüsse um 13 Millionen auf bis zu 25 Millionen Euro. Dieser Betrag ist absolut unrealistisch.

(Günther Felbinger (FW): Welche Vorschläge hat denn die FDP?)

Unrealistisch ist auch die Forderung, dass der Landtag bei der Bemessung der Mittel keine Mitsprache haben soll. Bezeichnenderweise haben sich sogar die anerkannten Träger der Erwachsenenbildung in Bay-

ern kritisch zu ihrem Gesetzentwurf geäußert. Sie vermengen die politischen Ebenen und Zuständigkeiten. Für Bildungsgutscheine und Weiterbildungsdarlehen ist der Bundesgesetzgeber, nicht der Landesgesetzgeber zuständig. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

CSU und FDP werden die Rahmenbedingungen für die Erwachsenenbildung im Laufe dieser Legislaturperiode weiterentwickeln.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Bis wann denn?)

- Wichtig ist, dass wir es im Laufe der Legislaturperiode schaffen.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Sie haben dafür noch zweieinhalb Jahre Zeit! Schaffen Sie das noch?)

- Das schaffen wir.

(Die Rednerin hustet - Zuruf von der SPD: Da verschlägt es Ihnen die Sprache!)

- Nein, mir verschlägt es die Sprache nicht. Ich bin sehr erkältet. Es tut mir leid.

(Thomas Mütze (GRÜNE): Dann gute Besserung!)

- Danke schön.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass weiterhin jeder zu jeder Zeit und in jeder Lebensphase in die Weiterbildung einsteigen kann. Die Träger der Erwachsenenbildung sind auch aufgefordert, ihr bisheriges Angebot zu überdenken. Viele berufliche Fort- und Weiterbildungsangebote haben sich im Zuge der Bologna-Reform an die Hochschulen verlagert. Dort finden vor allem Berufstätige ein hervorragendes Angebot an weiterqualifizierenden Maßnahmen. Den klassischen Weiterbildungseinrichtungen ist eine Konkurrenz erwachsen. Das müssen wir bei den Lösungsvorschlägen, die wir in nächster Zeit vorlegen werden, berücksichtigen. Gemeinsam mit den Trägern müssen wir zu einer guten Lösung kommen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FW))

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: War das noch eine Wortmeldung? - Entschuldigung, Frau Kollegin, auch wenn ich Ihnen gute Besserung wünschen darf, muss ich Sie leider noch einmal nach vorne bitten, weil sich Kollege Fahn zu einer Zwischenbemerkung gemeldet hat. Herr Kollege Fahn, das war zwar spät, aber Sie haben das Wort.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FW): Trinken Sie noch einen Schluck Wasser, Frau Kollegin! - Sie haben viel kritisiert, kündigen aber seit zwei Jahren Vorschläge an. Können Sie uns vielleicht einmal einen ganz kleinen Vorschlag nennen, den die FDP zur Weiterentwicklung der Erwachsenenbildung hat? Oder verträsten Sie uns wieder auf die nächsten Monate?

Das Zweite. Können Sie unserer Landtagspräsidentin Barbara Stamm zustimmen, die am 28. Oktober bei einer Veranstaltung der Träger der Erwachsenenbildung gesagt hat, dass im neuen Doppelhaushalt bei der Erwachsenenbildung nicht gekürzt wird? Stimmen Sie dieser Äußerung unserer Landtagspräsidentin zu?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nehmen Sie sich Zeit, Frau Kollegin. Jetzt machen wir keine Abstimmung mehr.

Renate Will (FDP): Zur letzten Frage: An der Erwachsenenbildung wird nicht gespart.

Zur ersten Frage: Ich habe gerade zum Schluss gesagt, dass wir uns mit den Trägern darauf verständigen müssen, wie wir weitergehen. Die Situation hat sich durch den Bologna-Prozess verändert. Die universitäre Erwachsenenbildung hat sich weiterentwickelt. Deshalb müssen neue Konzepte gefunden werden.

Herr Fahn, wir müssen uns gemeinsam auf eine Lösung verständigen. Es kann nicht jeder für sich irgendeinen Gesetzentwurf vorlegen, der nicht trägt. Wir wollen bis zum Ende der Legislaturperiode etwas vorlegen, was trägt, aber nicht etwas, was zerrissen und zerfleddert wird. Wir setzen auch Prioritäten. Jetzt haben wir andere Prioritäten gesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Damit ist die Aussprache geschlossen. Durch die eingetretenen Verzögerungen haben wir die 18-Uhr-Grenze so deutlich überschritten, dass ich mich nicht mehr traue, die Abstimmung durchzuführen. Oder ist meine Armbanduhr mit 17.59 Uhr noch richtig? - Nein. Damit führen wir die Abstimmung zu diesem Punkt morgen früh als Erstes durch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Namentlich!)

- Ist das ernst gemeint? - Darüber wird noch innerhalb der Fraktion diskutiert.

Ein Hinweis von unserer Seite: Nehmen Sie bitte die Laptops in Ihre Büros mit, damit wir einen aufgeräumten Saal hinterlassen. Es sind noch viele fremde Personen im Haus.

Nun freue ich mich, nachher mit Ihnen zusammen auf der Weihnachtsfeier ein paar besinnliche Stunden verbringen zu dürfen. Bis nachher! Wir sehen uns im Senatssaal. Für heute ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 18.07 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 3. November 2010 (Vf. 27-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
 1. des § 11 Abs. 3 der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen (Bayerische Mutterschutzverordnung - BayMuttSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Oktober 2003 (GVBl S. 785, BayRS 2030-2-26-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. April 2009 (GVBl S. 79)
 2. des § 14 Abs. 3 der Verordnung über den Urlaub der bayerischen Beamten und Richter (Urlaubsverordnung - UrlV) vom 24. Juni 1997 (GVBl S. 173, ber. S. 486, BayRS 2030-2-25-F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Dezember 2009 (GVBl S. 643)

PII/G-1310/10-11
 Drs. 16/6541 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
2. Der Antrag ist begründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 19. November 2010 (Vf. 28-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 6 Abs. 1 Sätze 1 und 2, Abs. 4 des Bayerischen Fischereigesetzes (BayFiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2008 (GVBl S. 840, ber. 2009 S. 6, BayRS 793-1-L), geändert durch Gesetz vom 25. Februar 2010 (GVBl S. 66, ber. S. 130)
 PII/G-1310/10-12
 Drs. 16/6669 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

2. Der Antrag ist unbegründet.

3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Christa Steiger u.a. SPD Bayern, aber gerechter
 Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG)
 Bildungsgerechtigkeit in Kindertagesstätten verwirklichen
 Drs. 16/2588, 16/6633 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Sozialbericht ernst nehmen! - Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz reformieren
 Drs. 16/3205, 16/6641 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Perspektiven für Heilpädagogische Fachdienste in Bayern?
Drs. 16/4475, 16/6427 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
Konzept für ein kostenfreies Kindergartenjahr
Drs. 16/4855, 16/6635 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
U-Untersuchungen - Kindeswohl im Auge behalten!
Drs. 16/4856, 16/6649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
Fachkräftepool
Drs. 16/4857, 16/6651 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
In Kinder investieren! - Verbesserter Anstellungsschlüssel
Drs. 16/4858, 16/6652 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
In Kinder investieren! - Schulkompetenz fördern
Drs. 16/4859, 16/6653 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
Berücksichtigung von Entwicklungsverzögerungen
Drs. 16/4860, 16/6654 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

**bzw. gleichlautendes Votum des mitberatenden Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Qualitätsoffensive Kindergarten
Arbeit des Heilpädagogischen Fachdienstes sicherstellen
Drs. 16/4861, 16/6639 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmungsrecht stärken - Zwangsheirat bekämpfen - Stigmatisierung verhindern!
Angebot an spezialisierten Fachberatungsstellen und Schutzeinrichtungen ausbauen
Drs. 16/5254, 16/6428 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmungsrecht stärken - Zwangsheirat bekämpfen - Stigmatisierung verhindern!
Mehrsprachige niedrigschwellige Angebote einrichten
Drs. 16/5256, 16/6429 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmungsrecht stärken - Zwangsheirat bekämpfen - Stigmatisierung verhindern!
Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachpersonal
Drs. 16/5257, 16/6430 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Selbstbestimmungsrecht stärken - Zwangsheirat bekämpfen - Stigmatisierung verhindern!
Vorhandene Ressourcen bündeln und nutzen
Drs. 16/5258, 16/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Grundsätze Teil 1 - Vorrang für Gemeinwohl
Drs. 16/5329, 16/6553 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Grundsätze Teil 2 - Wald vor Wild
Drs. 16/5330, 16/6554 (A)

Antrag der Fraktion der Freien Wähler gem. § 126 Abs. 3 GeschO:

**Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt
und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Grundsätze Teil 3 - Kontrolle
Drs. 16/5331, 16/6590 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Grundsätze Teil 4 - Ökologische Zielgrößen
Drs. 16/5332, 16/6555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Grundsätze Teil 5 - Naturschutzkonzept
Drs. 16/5333, 16/6556 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 1 - Rendite
Drs. 16/5334, 16/6229

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

23. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 2 - keine Revierreduktion
Drs. 16/5335, 16/6558 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 3 - kein Zentralismus
Drs. 16/5336, 16/6559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 4 - Arbeitskonzepte
Drs. 16/5337, 16/6560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 5 - Regionale Geschäftspolitik
Drs. 16/5338, 16/6561 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 6 - Alterssicherungsfonds
Drs. 16/5339, 16/6562 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 7 - Geschäftsfelder
Drs. 16/5340, 16/6563 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Unternehmen Teil 8 - Zusammenspiel
Drs. 16/5341, 16/6564 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 1 - Durchlässigkeit sichern
Drs. 16/5342, 16/6565 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 2 - Einstellungskorridor verbreitern
Drs. 16/5343, 16/6566 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 3 - Zufriedenheit steigern
Drs. 16/5344, 16/6567 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 4 - Personalrat als Partner
Drs. 16/5345, 16/6568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 5 - Personalabbau stoppen
Drs. 16/5346, 16/6569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft,
Mitarbeiter Teil 6 - Bildung ermöglichen
Drs. 16/5347, 16/6570 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl u.a. SPD
Vorbildliche Waldwirtschaft, Mitarbeiter Teil 7 - Nachwuchs fördern
Drs. 16/5348, 16/6571 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Sylvia Stierstorfer CSU,
Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u.a. FDP
Einheitliche Regelung für den Fahrscheinerwerb in Zügen
Drs. 16/5365, 16/6581 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Dr. Paul Wengert, Bernhard Roos u.a. SPD,
Alexander Muthmann, Thorsten Glauber FW
Entwicklung und Zukunft „strukturschwacher ländlicher Räume“ in Bayern
Drs. 16/5436, 16/6644 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen,
Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Barrierefreiheit an den bayerischen Hochschulen
2. Mehr Kompetenzen für Behindertenbeauftragte
Drs. 16/5452, 16/6452 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen,
Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Barrierefreiheit an den bayerischen Hochschulen
3. Unterstützung aus einer Hand
Drs. 16/5453, 16/6453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen,
Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Hilfen für Programmkinos
Drs. 16/5456, 16/6454 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Hans-Ulrich Pfaffmann,
Martin Güll u.a. SPD
Flächendeckender Ausbau der Ganztagschulen in Bayern
Drs. 16/5457, 16/6594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

43. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert u.a. SPD
Situation der Fachdienste
Drs. 16/5459, 16/6432 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Annette Karl u.a. SPD
Bericht des Staatssekretärausschusses „Ländlicher Raum“
Drs. 16/5460, 16/6645 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Koordinierungsstelle für den Umgang mit verschiedenen Formen geschlechtsspezifischer
Gewalt in Bayern einrichten
Drs. 16/5463, 16/6433 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Harald Güller u.a. SPD
Neue Amnestieregelung im Waffenrecht
Drs. 16/5616, 16/6449 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u.a. SPD
Bessere Beschulung von Jugendlichen bei gleichzeitiger geschlossener Unterbringung
Drs. 16/5617, 16/6595 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahn A 8 im Streckenabschnitt zwischen
München und Taufkirchen
Drs. 16/5618, 16/6584 (A)

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
SPD
Keine Übertragung der Aufgaben der Nachlassgerichte erster Instanz auf Notare
Drs. 16/5624, 16/6655 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer SPD
Keine Umsetzung des Bologna-Prozesses im Bereich der Juristenausbildung
Drs. 16/5626, 16/6656 (ENTH)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Hochschule,**

Forschung und Kultur

**Die Fraktion der Freien Wähler hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der
Abstimmung zugrunde zu legen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FW)
Baustellenmanagement in Bayern
Drs. 16/5641, 16/6647 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures u.a. SPD
Wirtschaftsspionage
Drs. 16/5648, 16/6648 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Christa Naaß, Volkmар Halbleib, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Bayerisches Konzept und Förderprogramm für Mikrofinanzierung vorlegen
Drs. 16/5649, 16/6542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konsequenzen aus Dringlichkeitsanträgen (Lebensmittelkennzeichnung Drs. 16/4605 und Drs. 16/4607): Schnell reagieren - gezielt kontrollieren
Drs. 16/5761, 16/6631 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Einsatz von „Google Analytics“ bei den Internetangeboten bayerischer Behörden
Drs. 16/5773, 16/6591 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Albert Füracker u.a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Grundsteuer vereinfachen - keine Bewertung mit Verkehrswerten!
Drs. 16/5783, 16/6397 (G)

Antrag der Fraktion der Freien Wähler gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Kernkraftwerk Isar I abschalten
Drs. 16/5784, 16/6587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

58. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Aufweichung der Anforderungen bei der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll
Drs. 16/5786, 16/6574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

59. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
Reaktivierung der Bahnstrecke Selb - As (CZ)
Drs. 16/5788, 16/6420 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

60. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ausreichung von Fördermitteln an Kammern und Kammergesellschaften
Drs. 16/5789, 16/6421 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

61. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Erwin Huber, Dr. Otmar Bernhard u.a. und Fraktion (CSU),
Tobias Thalhammer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Dr. Andreas Fischer u.a. und Fraktion (FDP)
Zustimmung zum Energiekonzept der Bundesregierung
Drs. 16/5797, 16/6650 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

62. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Keine Laufzeitverlängerung Isar I
Drs. 16/5798, ber. 16/6588 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

63. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Segnung öffentlicher Gebäude
Drs. 16/5800, 16/6596 (A)

**Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht,
Parlamentsfragen und Verbraucherschutz
Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Ablehnung“ der Abstimmung zugrunde zu legen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

64. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Verordnung über das Teilzeitstudium an den Hochschulen des Freistaats Bayern
Drs. 16/5845, 16/6598 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

65. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert u.a. SPD
Frauenquote in der Wirtschaft
Drs. 16/5851, 16/6592 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

66. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fahrscheinerwerb in Zügen
Drs. 16/5852, 16/6586 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht der Staatsregierung zum Stand der Umsetzung des Nachnutzungskonzeptes für den ehemaligen Fliegerhorst Fürstenfeldbruck
Drs. 16/5862, 16/6575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

68. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Georg Winter u.a. und Fraktion (CSU), Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP)
Keine EU-Steuer
Drs. 16/5914, 16/6657 (ENTH)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und
Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

69. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Christa Steiger u.a. und Fraktion (SPD)
Bayern, aber gerechter:
Sozialgipfel zur Umsetzung der Neuregelung des SGB II
Drs. 16/5915, 16/6434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

70. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FW)
Keine Erhöhung der Gebühren zum Waffenrecht
Drs. 16/5916, 16/6673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

71. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Maria Noichl u.a. und Fraktion (SPD)
Bayerns Bürgerwillen achten
Ja zum Atomkonsens und Modellregionen für erneuerbare Energien
Drs. 16/5918, 16/6589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

72. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FW)
Die flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung in Bayern dauerhaft sichern!
Drs. 16/5919, 16/6576 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

73. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eberhard Rotter, Alexander König u.a. CSU, Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner FDP
Bahnlinie Selb - Asch
Drs. 16/5927, 16/6419 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

74. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag: Erhebung des Rundfunkbeitrags datensparsam gestalten
Drs. 16/5973, 16/6697 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

75. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl SPD
Scherben in Bayern zusammenkehren/Sorge um Berg- und Schutzwald
Drs. 16/5994, 16/6637 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A

76. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Annemarie Biechl, Albert Füracker u.a. CSU
Jungpflanzenschutz im Wald
Drs. 16/5995, 16/6583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

77. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Vergabe staatlicher Dienstleistungen an Private
Drs. 16/5998, 16/6667 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

78. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Tobias Thalhammer u.a. FDP, Christian Meißner, Alexander König CSU
Gebührenbelastung der Bürger im Waffenrecht nicht erhöhen
Drs. 16/6025, 16/6672 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

79. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Christa Steiger u.a. SPD
Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG)
Drs. 16/6058, 16/6638 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

80. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u.a. und Fraktion (SPD)
Bundesratsinitiative der Länder Berlin und Brandenburg für ein Patientinnen- und Patientenrechtegesetz
Drs. 16/6101, 16/6580 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

81. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Gentechnik durch die Hintertür
Drs. 16/6114, 16/6629 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

82. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Antrag zur flexibleren Handhabung der Ferienregelung
Drs. 16/6115, 16/6597 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

83. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Untersuchung von Auswirkungen von Studiengebühren optimieren:
Monitoring-System in Bayern umgehend einführen und bisherige Umsetzungsschritte transparent machen
Drs. 16/1807, 16/6661

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

der den Antrag für erledigt erklärt hat

84. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Florian Streibl u.a. und Fraktion (FW)
Transparenz im Umgang mit Nutzerdaten
Drs. 16/5682, 16/6593

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

der den Antrag für erledigt erklärt hat

85. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Kathrin Sonnenholzner, Christa Steiger u.a. SPD
Sicherung der Hausarztverträge - Sicherung der ambulanten hausärztlichen Versorgung
Drs. 16/6205, 16/6550

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

86. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian Ritter, Susann Biedefeld u.a. SPD
Sachstand Hotelprojekt Biss
Drs. 16/6308, 16/6632

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

87. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FW)
Bericht über den Versorgungsfonds im Freistaat Bayern (BayVersRückIG)
Drs. 16/6321, 16/6467

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

der den Antrag für erledigt erklärt hat

88. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern umsetzen - inklusive Studienbedingungen an allen Hochschulen verwirklichen
Drs. 16/5145, 16/6451 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

89. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)
Entwicklung eines Konzepts für die Gemeinschaftsunterkunft in Aschaffenburg
Drs. 16/5208, 16/6659 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

90. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Angelika Weikert, Diana Stachowitz u.a. SPD Bayern, aber gerechter
Für einen einheitlichen „Freiwilligen Sozialen Dienst“
Drs. 16/5985, 16/6658 (A) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

91. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“
Drs. 16/5997, 16/6695 (E) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

92. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Thomas Mütze, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Teilzeitstudiengänge ausbauen - Flexibilisierung des Studiums ermöglichen
Drs. 16/6094, 16/6663 (ENTH) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 14.12.2010 zu Tagesordnungspunkt 7: Gesetzentwurf der Staatsregierung; über Gewährleistungen im Zusammenhang mit der Bewerbung und der Austragung der XXIII. Olympischen und der XII. Paralympischen Winterspiele 2018 (Olympiagesetz - OlympiaG) (Drucksache 16/5873)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete		X	
Dr. Beckstein Günther	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Dr. Bertermann Otto	X		
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. Bulfon Annette	X		
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas	X		
Dr. Förster Linus			
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud			
Görlitz Erika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia	X		
Kamm Christine		X	
Karl Annette	X		
Kiesel Robert	X		
Dr. Kirschner Franz Xaver	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Lorenz Andreas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula			
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz	X		
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard	X		
Rötter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz	X		
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	148	18	0